

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltrte Zeile
jeweils ober deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerbliche Verlags-
und Verfassungsveränderungen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonabend, den 3. Februar 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

England am Scheideweg.

Der Gang der Ereignisse in Südafrika hat für England
eine Lage geschaffen, die es vor die Wahl stellt, entweder mit
der Politik, welche zu dem Kriege geführt hat, vollständig zu
brechen, oder sich der Gefahr einer Katastrophe auszusetzen,
in welcher das englische Weltreich zu Grunde gehen kann.

Wenn die Kaiser Englands in ihrer blinden, den Wunsch
zum Gedanken machenden Wut behaupten, Englands Welt-
stellung sei schon jetzt erschüttert oder vernichtet, so ist das
eine lächerliche Uebertreibung, die der Unkenntnis englischer
Verhältnisse entspringt. Was hat sich in Südafrika gezeigt?
Dass England kein Militärstaat in unserem Sinn ist. Das
haben wir aber längst gewußt. Und das ist
doch kein Nachteil. Im Gegenteil. Der Reichtum und
die Freiheit Englands beruhen wesentlich darauf,
dass es kein Militärreich ist. Und die Tatsache, dass
es den Engländern gelungen ist, ein Heer von ungefähr
110 000 Mann in Südafrika zu vereinen, wird selbst von
Fachmilitärs für einen Beweis angesehen, dass die militärische
Leistungsfähigkeit Englands größer ist, als man erwartet hatte.
Niemand vorher hat England eine so große Armee
beisammen gehabt. Während des Krimkriegs über-
stieg die Truppenzahl auf dem Kriegsschauplatz zu
keiner Zeit 30 000 Mann; und auch in den Kriegen gegen
Napoleon war sie nie größer gewesen. Bei einem Staat ohne
Militarismus versteht es sich von selbst, dass zu Beginn
eines großen Krieges die Armee nicht auf sofortiges Eintreten in
die Aktion vorbereitet ist. Das zeigte sich namentlich auch in den
Kriegen Englands gegen Frankreich zu Ende des vorigen
und zu Anfang dieses Jahrhunderts, wo die englischen
Streitkräfte eine sehr traurige Rolle spielten, bis aus den
gewonnenen Erfahrungen sich die Lehren ergaben, und unter
tüchtigen Führern tüchtige Leistungen erfolgten (z. B. unter
Wellington), die den tüchtigsten Leistungen militärischer
Nationen an die Seite zu stellen sind. Politisch gesunde und
durch den Militarismus nicht belastete Staaten wie England
und die Vereinigten Staaten von Nordamerika entsalten
begreiflicherweise in einem großen Kriege ihre mili-
tärischen Kräfte erst während des Krieges und sind,
weil nicht vor dem Krieg durch die furchtbaren Kosten des
„bewaffneten Friedens“ erschöpft, nachhaltigeren Anstrengungen
fähig als die Militärmächte. So hatten die Vereinigten Staaten
am Schluss des Krieges gegen die Sklaven-Barone im vierten
und letzten Jahr eine sechsmal so große Armee wie in dem ersten
Jahr, und hätten Armee wie Flotte noch auf lange Zeit hinaus
mehr und mehr verstärken können. Zu sagen, dass England nach
den letzten Niederlagen in Südafrika am Ende seiner militärischen
Leistungsfähigkeit angekommen sei, ist also sinnloses Gerede —
ebenso sinnlos wie das England seine Weltstellung ein-
gebüßt habe. An Ansehen hat es allerdings verloren;
und das Ansehen ist für einen Staat, was der Kredit
für einen Kaufmann — auch ein Nachfaktor. Aber so
wenig ein zahlungsfähiger Geschäftsmann bankrott wird,
weil aus dem einen oder andern Grund sein Kredit
momentan erschüttert ward, so wenig geht ein lebens-
fähiger Staat zu Grunde, dessen Ansehen durch irgend einen,
die Wurzeln seiner Kraft nicht zerstörenden Schlag in seinem
Ansehen gelitten hat.

Und die Wurzeln der englischen Kraft sind durch die
Niederlagen im Boerenkrieg nicht angegriffen. Bis jetzt
nicht. Wenn aber der Krieg fortgesetzt wird, dann
sind sie unzweifelhaft bedroht. Bisher hat der Erbfeind
Englands, die einzige Macht, welche ein Interesse, ja
geradezu ein Lebensinteresse daran hat, England zu be-
kämpfen und ihn Fall zu bringen, Rußland, nichts
Ermüthliches gegen den Nebenbuhler zu unternehmen gewagt.
Das ist jedoch keine dauernde Stimmung, auf die man sich
verlassen könnte. Rußland ist in schlimmsten Finanz-
nöten, der Haager Friedens-Konferenz-Schwindel
war nur Reklame für einen Riesenpump, und diesen
erhofft Rußland von oder durch England. Ueberdies herrscht
die Hungersnot in gut einem Viertel des europäischen Ruß-
lands und ist infolge der notorischen Gemütskrankheit des
Zaren die ohnehin schlecht funktionierende Regierungsmaschine
in ärgster Unordnung. Allein die Rache läßt das Rußen
nicht. In Afghanistan, in Persien und namentlich in China
zeigt sich die Spur der Raubtierfraktionen, und wo
immer auf dem Welttheater die russische Diplomatie an-
greifend handelt, ist England der Feind. Und wenn
der Krieg mit den Boeren sich in die Länge zieht und
Englands Kräfte an einem Punkt lahm legt, der für die
Weltmachtstellung des britischen Reichs gleichgültig ist
— denn wer kann glauben, dass sie irgend geschwächt würde,
wenn die Boerenrepubliken die Anerkennung ihrer Unab-
hängigkeit von England erlangen und auch Natal und die
Kapkolonie sich von England trennen? — wenn der Krieg sich
in die Länge zieht, ist es mathematisch gewiß, dass Rußland
die Gelegenheit nicht vorübergehen ließe.

In eine rasche Beendigung des Krieges, außer wenn
England ihn einstellt, ist aber nicht zu denken. Auch gesetzt
den für England günstigsten Fall: es gelänge den englischen
Truppen, Ladysmith zu entsetzen und mit Meeressoldaten in
die Hauptstädte der Schwesterrepubliken vorzudringen — frei-
lich ein sehr unwahrscheinlicher Fall — würden die Boeren
im Stande sein, den Kleinkrieg (Guerrilla-Krieg), zu dem sie bei

weitem mehr Geschick und Tauglichkeit haben als die Spanier,
noch Jahre hinaus zu führen und die Engländer zu zwingen,
dass sie ihre letzten Truppen nach Südafrika schicken, wo
dieselben — wie gesagt — für die Weltstellung Englands
ganz wertlos sind.

Kurz, die Dinge stehen so: der Boerenkrieg zwingt Eng-
land, seine militärische Kraft da zu gebrauchen, wo sie ihm
nichts nützt, und hindert es, sie da zu gebrauchen, wo sie
nützlich ist. Das Interesse Englands erfordert demnach die Be-
endigung des Krieges. Zu den politischen Erwägungen
kommen noch die moralischen. Weit mehr als durch die
militärischen Niederlagen ist das Ansehen Englands geschädigt
worden durch die nichtswürdigen Beweggründe dieses Krieges
und durch die nichtswürdigen Mittel, mit denen er in Scene
geführt wurde. Doch hierüber haben wir uns schon wiederholt
ausgesprochen.

Was denkt man nun in England? Von einer Massen-
bewegung hat noch nichts verlautet. Die Social-
demokraten haben den Standpunkt unserer Partei ein-
genommen, doch sie haben die Massen noch nicht hinter sich.
Die Parlamentsverhandlungen, die am Dienstag begannen,
haben noch keine Klärung gebracht. Die Thronrede giebt die
Ansichten der Regierung wieder, die den Krieg an-
gefangen hat. Die Vertreter der Regierung im
Unter- und Oberhaus beschönigen natürlich den Krieg und
wiederholen die auch in der Thronrede enthaltene Lüge, der
Krieg sei ein Verteidigungskrieg. Und die liberale Opposition,
die genau so kapitalistisch und chauvinistisch ist wie die Regierungspartei,
dubelt das alte Lied ab: „ob Recht oder Unrecht, es ist
mein Vaterland!“, das heißt, das Unrecht und der Krieg muß
fortgesetzt werden, bis das Unrecht besiegt hat. Weilläufig erklärt
der „Reichsbote“ diesen uns so oft vorgehaltenen Moralfay des
blöden Philister- und Geldsacks-Patriotismus für „innerlich
unfitlich“ — was wir für künftige Fälle uns merken
wollen.

Die liberale Gesinnungstüchtigkeit geht bloß so weit, zu
verlangen, dass den Boeren, n a c h d e m sie besiegt sind, die Unab-
hängigkeit und ein ehrlicher Friede gnädig gewährt werde. Da die
siegreichen Boeren schwerlich Lust haben, den englischen Liberalen
zu Vieh sich besiegen zu lassen, so stimmen tatsächlich die Liberalen
mit den Konservativen in dem Wunsch überein: den Krieg
und die Reizele fortzusetzen. Die Irländer im Parlament
sind vernünftiger und wollen, dass den Boeren der Friede an-
geboten und der Krieg eingestellt werde; allein die Fraktion der
Irländer hat im Parlament keinen Einfluß, und seit der brave
Michael Davitt im Efel über diesen Krieg sein Mandat nieder-
gelegt hat, auch keinen Einfluß auf die öffentliche Meinung in
England.

So hängt jetzt alles ab von den englischen Ar-
beitern. Anfang der sechziger Jahre waren es die englischen
Arbeiter, die, obgleich sie schwerer unter dem amerikanischen
Bürgerkrieg zu leiden hatten, die chauvinistische Regierung
Englands an der Intervention hinderten. Werden die
englischen Arbeiter sich auch jetzt auf diese Höhe
der echten internationalen Weltpolitik empor-
schwingen und im Namen der Menschlichkeit, der Ge-
rechtigkeit und der Zivilisation Protest erheben gegen einen
schmachvollen Krieg, mit dem das englische Volk nichts zu
thun hat, und die Schuldigen zur Strafe ziehen, welche dieses
ungeheure Verbrechen begangen haben?

Wird das englische Proletariat der Aufgabe ge-
wachsen sein?
Die Zukunft Englands hängt davon ab.

Aus dem englischen Unterhand.

Die Besprechung der südafrikanischen Politik der Regierung ist
auch am Donnerstag noch nicht zu Ende gekommen. Ueber den
Anfang der Sitzung haben wir bereits in der vorigen Nummer be-
richtet. Nach den Worten Balfours führte der Oppositionelle Piffie
aus: Der gegenwärtige Krieg wird noch schmachvoller geführt
als der Krimkrieg. Den einzigen Trost bildet der persönliche Mut
und die Tapferkeit der Offiziere und Mannschaften. Die Regierung
ist sich noch jetzt nicht einmal klar über den Ernst des Krieges und
das Gewicht ihrer Verantwortlichkeit. Sie kann keine Entschädigung
dafür finden, daß die Regierung die Stärke der Boeren unterschätzt
und die Haltung des Orange-Freistaats falsch beurteilt hat. Die
Verantwortlichkeit hierfür fällt nicht auf das Kabinetsbureau,
nein, sie muß dem Kabinett zugeschoben werden. (Weißall bei der
Opposition.)

Der Unterstaatssekretär des Krieges Wyndham
verteidigt sodann eingehend die Haltung der Regierung. Dem
britischen Militärsystem seien gewisse Grenzen gezogen. Die Re-
gierung habe sich bemüht, in der Periode tiefen Friedens dieses
Systems zu erweitern. Wenn die Regierung Unrecht damit gethan
haben sollte, daß sie die Abwendung der Truppen verzögerte,
so entgegnete er, daß er dies in der richtigen Absicht gethan habe,
der Diplomatie Zeit zu lassen. Binnen kurzer Zeit würden, ab-
gesehen von der achten Division und der vierten Kavallerie-Brigade,
180 000 Mann Infanterie, Kavallerie und Artillerie in Südafrika
stehen mit 36 Belagerungsgeschützen, 33 Marinegeschützen, 30 fünfzäh-
rigen Hauptbüchsen, 54 Kanonen der rückenden Artillerie und 234 Feld-
geschützen. Er wolle an das Haus die Bitte richten, der Regierung
weiter Beistand zu leisten, damit das System der militärischen
Verteidigung auf eine gesunde und bessere Grund-
lage gestellt werde. Werde der Antrag Hymaurice angenommen,
so werde das älteste Parlament der Welt dem Gelächter der ganzen
Welt preisgegeben. (Weißall.)

Der Liberale Edward Grey, der danach zum Wort kam,
gab einige Erklärungen ab, die darauf hinausliefen, daß auch die
Liberalen einen Eroberungskrieg in Südafrika billigen. Die Oppo-

sition, so führte er aus, könne mit ihrem Tadel für das Vergangene
nicht zurückhalten, aber sie sei bereit, der Regierung ihre Unter-
stützung in der Zukunft zu leisten. Der Antrag solle nicht
den Wunsch ausdrücken, daß die Politik der Regierung umgekehrt
werde oder eine Schwächung in der Weiterführung des Krieges ein-
treten solle. „Wir sind bereit“, fährt Redner fort, „den Krieg
bis zum Ende durchzuführen.“ Balfour hat versucht, den
Wert der Hilfe, die wir zu leisten beabsichtigen, herabzu-
setzen und uns unterstellt, wir beabsichtigten, dem Kriege
Einhalt zu thun, sobald die Boeren aus dem britischen Gebiet ver-
trieben sind. Diese Annahme ist ungerechtfertigt. Mein Parteigenosse Adquith hat in einer Versammlung er-
klärt, der Krieg müsse durchgeführt werden, bis die britische
Flagge in Pretoria und Johannesburg gehißt sei“. Balfour
unterbricht hier den Redner mit den Worten: Wenn dies die
Politik der Opposition darstellt, so habe ich nichts daran aus-
zusetzen. (Weißall.) Grey fährt fort: Das Hauptziel der
Politik, die zu dem Kriege geführt hat, war nicht, die Boeren
vom britischen Gebiet zu vertreiben, denn sie befanden sich damals
nicht auf demselben. Die Ziele, welche ich erreicht sehen möchte und
bei deren Erreichung ich der Regierung meine äußerste Unterstützung
leihen werde, sind hauptsächlich zwei: erstens gleiche Rechte zwischen
den Weissen in Südafrika (Weißall) und damit meine ich, daß nie
wieder in einem Teile des britischen Machtbereiches eine Lage
entstehen soll, bei der einer modernen industriellen Gemein-
schaft von einer Minderheit der Rasse auf den Rücken
gelehrt wird, die am Veralteten festhält, vom Vorurteil
beherrscht und von der Korruption regiert wird. (Weißall bei den
Ministerialen.) Das zweite Ziel ist, daß nie wieder in Südafrika
ein Arsenal oder eine Ansammlung von Kriegsmaterial unter einer
andern Kontrolle als der britischen soll zu Stande kommen können.
(Gauner Weißall.) Wenn diese Ziele, die erreicht werden müssen, die
Ziele der Regierung sind, wird sie meine Unterstützung haben. Die
Regierung hat keinen ungerechten Krieg provoziert; auch
ist es nicht wahr, daß in diesem Kriege die Boeren-Regierung der
Kämpfer für die Freiheit sei. —

Politische Ueberblick.

Berlin, den 2. Februar.

Agrarische Stimmungsbilder.

Die konservativen und agrarischen Parteiführer sind durch
die neuen Flottenpläne in eine äusserst schwierige Lage
geraten. Sie stehen seit dem vorigen Sommer in Rebellion
gegen eine der „Vorlagen des Kaisers“ — nun auch gegen
die Flotte, der des Herrschers heftigste Wünsche gelten,
zu rebellieren, das wäre zu lähnen, zu gefährlich. So
hätten sie denn gute Miene zum Flottenspiel zu
machen versucht und waren aus „nationalen Gründen“ für
die Flottenforderungen.

Aber allmählich regt es sich in den Kreisen der agrarischen
Gesährten, die nicht nach Hofgunst zu fragen haben und ihre
Interessen durch eine künstlich gesteigerte industrielle Export-
politik höchlichst gefährdet sehen. Die breiten Schichten
der größeren und mittleren Grundbesitzer auf dem Lande,
die sonst ihre Interessen in den Händen der Wangenheim,
Dahn und Dertel wohl aufgehoben glauben und sich
nir in den alljährlichen Circus-Busch-Vorstellungen mit
kräftig dröhnendem Schritt bemerkbar machen, sie be-
ginnen sich allgemach zu rühren und die wenig diplomatisch
gedrechselte Sprache, die sie führen, dürfte nicht nur den
Flottenparteiern, sondern vor allem den konservativen „Ver-
tretern der Landwirtschaft“ arge Verlegenheiten bereiten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht sich gedrängt, „bei der
gewaltigen Wichtigkeit und Tragweite der Flottenvorlage“
Stimmen aus dem Vorkreise zu veröffentlichen. Die erste
derartige Veröffentlichung, ein Artikel von
D. C. Vogt zu Gr. Vriig in Weidenburg, ist sehr charakteristisch
für den reichlich angeammelten Marinenerdruß der agrarischen
Besitzer. Aus dem ersten Stimmungsbild der „D. T.“ sei
einiges festgehalten:

In der Begründung der Flottenvorlage stellt sich die deutsche
Reichsregierung auf den Standpunkt, daß durch die deutsche Flotte
die für die Ernährung des deutschen Volks notwendige Lebens-
mittelzufuhr sichergestellt werden muß, und daß der deutsche See-
handel immer mehr in stetig sich steigendem Tempo zu einem
unentbehrlichen Lieferanten werde.

Wie ein Blitzstrahl erhellt diese Stellungnahme der
deutschen Reichsregierung das Dunkel der augen-
blicklichen inneren politischen Lage und stellt die
landwirtschaftsfeindlichen Bewegungen einzelner Minister im
preussischen Abgeordnetenhaus und im Reichstage in das ihnen
gedäuhende Licht. Bisher wurde die Flottenfrage von der deutschen
Reichsregierung von rein nationalen Standpunkte
aus behandelt und fand als nationale Frage von hoher Bedeutung
auch in den Kreisen der deutschen Landwirte vielfach Zustimmung.
Dadurch aber, daß die deutsche Reichsregierung beabsichtigt, die
Ernährung des deutschen Volks durch die vergrößerte Flotte sicher
zu stellen, hat sie die Flottenvorlage ihres nationalen
Charakters entkleidet und sie zur wirtschaftspolitischen Streit-
frage von größter Bedeutung gemacht.

Was ist denn „national“? Das hohe und herrliche
Gebäude des Deutschen Reichs ist erbaut auf dem Grund-
stein der deutschen Landwirtschaft. Sie war und
ist heute noch bis auf ein geringes die Ernährerin des deutschen
Volks. In ihr wurzelt die deutsche Wehrkraft, die Liebe zur
heimatlichen Scholle, zu Fürst und Vaterland. Ist es da
national, den bewährten Grundstein unseres deutschen Reichs
zu unterwühlen und die Ernährung des deutschen Volks durch
den deutschen Ackerboden und die emsige Arbeit des deutschen
Landmanns unmöglich zu machen, wie es durch die
Handelsverträge gescheh? Ist es national, die Ernährung
des deutschen Volks den unsicheren und wandelbaren
Plänen einer deutschen Flotte anzuvertrauen?

Mit einer derartigen Begründung der Flottenvorlage hat die deutsche Reichsregierung den nationalen Werten verfallen und sich zu einer grund- und ulerlosen Weltpolitik bekennt.

Rational ist heute, mit der ganzen Macht diesen Ideen der Regierung entgegenzutreten und zu fordern, daß wirtschaftspolitische Maßnahmen getroffen werden, die eine Verdrängung des Grundbesitzes unseres Deutschen Reichs unmöglich machen, bevor an eine weitere Ausdehnung des Gebäudes gedacht werden kann. Die technische Möglichkeit, die deutsche Landwirtschaft wieder zur alleinigen Ernährerin des deutschen Volks zu machen, hat die deutsche Reichsregierung durch den Mund des Landwirtschaftsministers v. Hammerstein anerkannt. Die Begründung der Flottenvorlage läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß die deutsche Reichsregierung nicht beabsichtigt, durch wirtschaftlichen Säug unserer landwirtschaftlichen Produktion eine derartige Preisfrage unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse herbeizuführen, die allein es ermöglichen kann, die deutsche Landwirtschaft wiederum zur alleinigen Ernährerin des deutschen Volks zu machen.

Aufgabe der deutschen Reichsregierung wäre es gewesen, in der Begründung der Flottenvorlage in dieser Weise gegen die von ihr ausgeübte Initiative, die Flotte sollte die deutsche Volksernährung sichern, Stellung zu nehmen. Hätte sie weiter durch Thesen bewiesen, daß sie die deutsche Landwirtschaft zur alleinigen Ernährerin des deutschen Volks wiederum zu machen gedenkt, wozu ihr der Fleischbeschau-Gesetzentwurf Gelegenheit bot, so hätte sich mit ihr über die Bewilligung der Flottenvorlage verhandeln lassen; heute erscheint die Ablehnung geboten.

Es handelt sich heute nicht mehr um Flotte und Landwirtschaft, sondern um Flotte oder Landwirtschaft. Unsere Reichsboten aber rufe ich ein Votum coalescens zu.

Nun ist klar, daß die Flottenopposition auf den Gütern der agrarischen Führer unter Umständen auch willkommen werden kann. Je mißliebiger der Flottenstult auf dem Lande erscheint, um so höher wächst das „patriotische Versehen“ der Zustimmung zu dem Gesetz und um so nachdrücklicher kann man auf die Regierung drücken, daß sie schon jetzt gehörige Kompensations für die „Nothleidenden“ verspreche.

Die ländliche Flottengegnerschaft würde aber den Agrariern sofort gefährlich werden, wenn der Reichstag der Flottenvorlage, und wäre es auch nur in der Debatte, ernsthafte Schwierigkeiten bereitere. Für das Centrum insbesondere bietet die Abstimmung der ländlichen Bevölkerung gegen das Flottenwesen die denkbar günstigste Gelegenheit, wenigstens eine Regelung der Kostenfrage zu erzwingen, bei der die arbeitenden Massen geschont werden. Auf eine Auflösung des Reichstags wird es die Regierung sicherlich nicht ankommen lassen, denn alsdann würde die Flottenabneigung der ländlichen Bevölkerung einen dicken Strich machen durch alle Marinehoffnungshorizonte, und die „berühmten Führer der Landwirtschaft“, die Konservativen und Bündler, würden in eine ganz verurteilte böse Situation geraten.

### Der triumphierende Professor.

In neueren Hefen der „Preussischen Jahrbücher“ stellt ihr Herausgeber, Professor Hans Delbrück, einige lehrwürdige Betrachtungen über den Boerenkrieg an. Er ist als Kriegshistoriker nicht zu versagen, und weiß in ganz entzückender Weise aneinander zu setzen, daß die glänzenden, in der Defensive erfochtenen Siege der Boeren noch nicht die wirkliche Entscheidung gebracht hätten, die vielmehr davon abhänge, ob die Boeren im entscheidenden Augenblick die Offensive zu ergreifen wählten.

Leider beweist Herr Delbrück in demselben Aufsatz aber auch, wie leicht es in Kriegssachen ist, das Richtige auf dem Papier zu finden, und wie schwer, es in der Wirklichkeit durchzuführen. Statt den Boeren ein leuchtendes Vorbild zu geben, wie sie es machen sollen, begeht er selbst den noch ärgeren taktischen Fehler, mitten in einer siegreich begonnenen Offensive inne zu halten, was im Kriege nur die allerunfähigsten Feldherren fertig kriegen. Irgend ein bürgerlicher Verein hat bekanntlich vier Professoren, darunter Herrn Delbrück, und vier sozialdemokratische Abgeordnete aufgefordert, vor seinen Säulen über die Flottenvorlage zu pausen, ein Kampferverbot für den Flottenraum, der, weil er eben dies war, von den Professoren unterstützt, aber von den sozialdemokratischen Abgeordneten abgelehnt wurde. Dagegen wurde den kampfsüchtigen Professoren in der sozialdemokratischen Presse angedeutet, daß sie mit aller Höflichkeit und Hochachtung empfangen werden würden, wenn sie in Arbeiterversammlungen kommen und ihre Flottenpauzen halten wollten. Da schnappten aber die kampfsüchtigen Männer ab und thaten so, als ob sie keine Ehren hätten zu hören, worauf nun Herr Delbrück also die Fanfare bläst: „So sehr der „Vorwärts“ tobt und so sicher die sozialdemokratische Fraktion gegen das Flottengesetz stimmt, wird, in ihrer Gefolgschaft ist die Stimmung bereits eine ganz andre.“ Und nachdem Herr Delbrück erzählt hat, daß die Professoren angenommen, aber die Sozialdemokraten abgelehnt hätten, vor einem bürgerlichen Verein über den Waffepantheismus zu diskutieren, fährt er fort: „Der Grund kann gar kein anderer sein, als daß sie ihrer eignen Seite nicht mehr sicher sind. Noch ein paar Jahre weiter mit dieser Politik und der feste Ring der geschlossenen sozialdemokratischen Partei ist gesprengt.“ Da hat Herr Delbrück aber doch ganz vergessen, was er drei Seiten vorher den Boeren gepredigt hat; wenn er mitten in einer siegreichen Offensive zu sein behauptet, weshalb erstirbt er nicht mit gewaltiger Faust das Lager des innerlich aufgeregten Feindes?

Es ist nun schon ein hübscher Erfolg, das Proletariat in wilde Flucht zu werfen, aber unsern triumphierenden Professor genügt das nicht; er sieht auch die Großindustrie vor seinem Feldherrenange davonstieben. Er sagt, ohne daß ein Personenwechsel stattgefunden habe, sei ein vollkommener Umschwung eingetreten. Die Sozialdemokratie sei wieder keine „vorübergehende Erscheinung“ geworden und Herr v. Stumm sei nach Italien gereist, da für die Schorfmaschepolitik keine Ausflüchte mehr vorhanden seien. Es springt nun in die Augen, daß dieser „Umschwung“ seine guten Gründe hat; Herr Delbrück selbst nennt sie, indem er sagt, „offenbar“ moche die Flottenvermehrung „eine freundlichere Stimmung der breiteren Volksmassen nötig“. Da aber diese profanen Gründe nur die profane Schlüsselfolgerung zulassen, daß der ganze „Umschwung“ keinen Pfifferling wert ist, und die alte Schorfmascherei nach Genehmigung der Flottenvorlage wieder mit aller Fröhlichkeit rumoren wird, so muß Herr Delbrück die historische Bedeutung des „Umschwungs“ fester zu verankern suchen. Er schreibt: „Allen Respekt vor unserer Großindustrie, aber es ist doch kein schlechtes Zeugnis für das deutsche Volk, daß die Großindustrie mit all ihren ungeheuren Mitteln vor den Professoren hat weichen müssen. Selten hat sich die Kraft der besten Idee, ohne jede materielle Macht dahinter, so klar bewährt, wie hier.“ Jeder Leser wird erkannt fragen: Aber wie so denn? Was denn? Davon spricht der triumphierende Professor? Und es ist wirklich schwer, keine erhabenen Gedankengänge zu erklimmen. Erstens hat der Flottenverein den Schweineburg abgehalftert und an dessen Stelle die Professoren als seine Trompeter angenommen; das ist „ein wirkliches Stück deutscher Kulturgeschichte; sobald es

Erst wurde und man's Volk wollte, waren die deutschen Professoren, die man anfänglich mit so viel List fern gehalten hatte, nicht mehr zu entbehren. Es ist das richtige Seitenstück zu jener Flucht der Sozialdemokraten vor der „Öffentlichen Diskussion“. In der That das richtige Seitenstück, denn die Sozialdemokratie greift sich für die Reklamezwecke der großen Industrie nicht her und überläßt der deutschen Professoren den Ehrgeiz, den Galgler Schweineburg bei den Krupp- und Störmeren auszuschießen. Zweitens aber sagt Herr Delbrück: „Jene entschlossene Erklärung der 25 Wähler von Charlottenburg bei den letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus, daß sie, obgleich auf konservativem Boden stehen, jetzt liberal wählen müßten, hat doch ihre Wirkung gehabt.“ Und was für eine, wenn sie die Großindustrie in den Stand setzt!

Nach der Befreiung des Proletariats und der Großindustrie bleibt dem triumphierenden Professor nur noch eine Sorge, wozu nämlich die Junker zu versöhnen seien. Da er bekanntlich der Ansicht ist, daß zur Erhaltung der bankrotten Spielerei nicht nur die Lebensmittelpreise und die Viebesgaben, sondern auch Tabak, Schnaps und welche Monopole sonst noch notwendig sind, so sieht sehr staatsmännischer Blick noch „sehr ernste Auseinandersetzungen“ vor sich. Die schade aber, daß Herr Delbrück seine glorreiche Politik nicht einer Arbeiterversammlung „auseinanderlegen“ mag; der lebhafteste Dank für eine Stunde heiteren Gemüthes würde ihn in das einsame Deutscherheim zurückgeleitet, wo er die schwersten Probleme löst, wie der Rühlader die Rüsse.

### Deutsches Reich.

**Die Unfähigkeit „en face“.** Der Herr v. Mirbach scheint zur Zeit der geheime Polizeipräsident von Berlin zu sein. Seine Thätigkeit nimmt einen unheimlichen Umfang an. Keulich entfernte die Polizei eine Nachbildung von Böllings „Spiel der Wellen“ aus dem Schaufenster einer Kunsthandlung. Jetzt werden die „Allstudien“ konfiszirt.

Die „S. Z.“ berichtet, kam am 30. Januar in ein Kunstmagazin ein Herr und hat mit Vorlage von Allstudien. Es wurden ihm „Freiwillig“, die jedem Künstler bekannten Aste von Professor Max Koch, der als Historienmaler ja auch in weiteren Kreisen einen Namen hat, sowie der „Anderer“ von Max Heiser und eine Anzahl weiblicher Aste des „Photographischen Kunstverlags Bloch in Wien“ vorgelegt. Der Herr wählte aus jeder Sammlung je ein Blatt und ging. Am folgenden Tag um erliegen der Kriminalkommissar Damm in Begleitung eines Kriminalpolizisten und erklärte, daß er die sämtlichen Allstudien auf Grund des § 184 des Strafgesetzbuchs (Verbreitung unzüchtiger Schriften und Bilder) mit Beschlagnahme belegen wolle, eventuell eine Hausdurchsuchung veranlassen würde. Es sei gestern ein Herr hier gewesen, der sich nicht als Maler legitimiert und gleichwohl die Studien fälschlich erhalten hätte. Diese Studien seien nun, soweit sie „en face“ darstellten, unzüchtig und fielen unter den genannten Paragraphen! Der Kriminalkommissar beschlagnahmte nun insgesamt 118 Studien.

Wir nähern uns nun einer Art Sittlichkeitskritik. Das Radte en face ist danach unzüchtig. Das Radte im Profil scheint vorläufig nach dem stillosen Empfinden Mirbachs nicht anstößig zu sein, was aber vielleicht auch nicht das Endgültige ist. Einstweilen wird man Raisen und Gemäldegalerien, die durchweg en face unzüchtig sind, sperren und die Salohbrüde, die ebenfalls en face das Natürliche zur Schau stellt, wegen Verbreitung unzüchtiger Bilder konfiszieren. Das Soudouci, wo die en face-Unzüchtigkeit geradezu Orgien feiert, unerbittlich mit einer hohen Planer umgeben werden muß, versteht sich von selbst. Künstler, bildet das Radte nur im Profil nach, sonst holt Euch der Mirbach!

**Die Kontrapolitik gegen die neue deutsche Weltpolitik** wird von konservativer Seite fortgesetzt. Als Schiefgeschide wird der britische Imperialismus bemängelt. Die „Kreuzzeitung“ nennt in gewählter Form das agrarische Meuterei den Flottenphantasien zu, so legt die „Staatsbürger-Zeitung“ in ihrer ruppigen, antisenarisch beträchteten Weise diesen versteckten Kampf gegen den Weltmachtsturz fort. Sie schreibt:

Der politische Dünkel ist eben auch ein von jenen Lastern, welche der Jude groß zieht, um es für seine Zwecke benutzen zu können. Die weisen Warner — in Englands Fall ein Gladstone, ein Philosoph wie Herbert Spencer — werden von jüdischen Hebern verschönt und verzerrt. Und da Juda ja zur Zeit die Presse der gesamten Welt bereits so ziemlich in Alleinbesitz genommen hat, so ist es ihm ein leichtes, auch die Gedankenwelt und die politischen Strömungen in aller Welt zu beherrschen. Die Völker gegeneinander hegen, wie Graf Rolke sagte, das ist die feste Aufgabe, die sich diese groß- und international-kapitalistische Judenpresse gestellt hat. Und dazu dient ihr der national-patriotische dieser Völker, den sie vergiftet und zum Imperialismus, wie er jetzt in England herrscht, entarten muß. Es war dieser Imperialismus, den die Chamberlain, Beit und Rhodes bewussten, um England in den heillosen Boerenkrieg zu verwickeln. „Die Welt gehört ja England, also auch Afrika.“ Wir bringen den Völkern die Kultur, die Freiheit, den Vortritt, folglich haben wir ein Recht, das Recht anderer Völker mit Füßen zu treten!

In diesem Sinne sind noch alle Weltreiche zu Grunde gegangen: Rom und Spanien, und England wird ihnen folgen.

Es wird die christlich-germanischen Flottenmagiatoren, die für die Verbreitung dieses Wahns angeestellt sind, interessieren, daß sie Juden sind. Die Marinemagiatoren, die Weltpolitik, die Völkerverheerung, wie sie unsere Alldeutschen anlässlich der Beschlagnahme deutscher Schiffe betrieben — alles jüdische Erfindungen. Wir stellen fest, daß die Führer der Antijuden total verjudet sind, weil sie im Marinemagall und Chauvinistentum vorantzen.

**Die „Vorlage des Kaisers“.** Der Gedanke an die Kriegsflotte „ersten Ranges“ begleitet den Kaiser bei allen seinen Beschäftigungen. Auch in der Darstellung des Kaisers auf die ihm zugehenden Geburtstagsgrüße bemerkt der Kaiser:

„Mit besonderer Freude bin ich in den Kundgebungen dem Verständnis für die dringende Notwendigkeit bezeugt, eine der Weltstellung des Deutschen Reichs und seinen Handelsinteressen entsprechende Flotte zu schaffen, und habe ich die vielfachen Versicherungen treuer Mitarbeit an dieser großen nationalen Aufgabe mit herzlichster Freude entgegengenommen.“

**Der frühere Erzieher des Kaisers,** der jetzt aus Frankreich ausgewiesene frühere Hauptmann Sidon O'Danne, der in Berlin unter dem Namen S. O. D. v. Schwerin ein Verlagsgeschäft eröffnet hatte und von Angehörigen der Nationalsozialistischen Bewegung verfolgt wird, hat dem Berliner Polizeipräsidenten von Mirbach mitgeteilt, daß er sich der Behörde zur Verfügung stelle und in Berlin eintreffen werde.

**Der Trinkpruch des Erzbischofs von Köln** wird jetzt in der „Köln. Volksz.“ in authentischer Form veröffentlicht. Danach ist in diesem Trinkpruch mit keiner Silbe von der Flotte die Rede, und es hat sich die in Offen erscheinende „Rhein.-Westf. Zeitung“ mithin durch die Verbreitung einer andern Version nur einen Scherz erlaubt.

**Bremen, 1. Februar.** (Eig. Ber.) Die Bürgererschaft beriet gestern die Vorlage betreffend Einrichtung eines **Hafeninspektors**, die ihren Ursprung einem Antrage unserer sozialdemokratischen Vertreter verdankt. Unsere Genossen Evert und Boigt, welche letzterer selber lange Jahre Hafenarbeiter war, begründeten ihre Forderungen. Der sozialdemokratische Antrag, die Verbindung des Inspektorsamtes mit einem andern Amte abzulehnen, fand keine Annahme. Es wird also ein im Auswanderungswesen tätiger Be-

amter die Funktion des Hafeninspektors nebenamtlich zu erledigen haben. Angelehnt wurde ferner der Antrag, die Inspektion auf die Häfen von Bremerhaven auszudehnen. Annahme fand aber der sozialdemokratische Antrag, die Funktion des Hafeninspektors über die in der Vorlage vorgesehene Gebiete hinaus auf sämtliche dem Röh- und Ladeverkehr dienenden Stromflächen der städtischen Weier auszudehnen. Außer dieser wichtigen Verbesse rung der Vorlage gelang es unsern Genossen, den weiteren Antrag zur Annahme zu bringen, daß der Hafeninspektor dem Jahresbericht über seine Thätigkeit einen Bericht über die Arbeits- und Wohnverhältnisse der im Hafenbetrieb beschäftigten Arbeiter anfügen solle.

Bei der Beratung über das Straßenbau-Budget stellte Genosse Rhein den Antrag, der Senat solle die Veräußerung beauftragen, bei Vergebung der Arbeiten den Unternehmern die Verbindung aufzulegen, daß beim Straßenbau in erster Linie Arbeiter beschäftigt werden sollen, die im bremischen Staatsdienst beschäftigt sind und ferner den beim Straßenbau beschäftigten Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt werde. Die Straßenbau-Unternehmer suchen nämlich die Organisation der Arbeiter zu sprengen, indem sie unorganisierte Arbeiter aus den ländlichen Gebieten heranziehen. Der Führer der liberalen Gruppe suchte die Abneigung gegen den sozialdemokratischen Antrag mit formalen Gründen zu decken. Als dann aber unsere Vertreter den Liberalen auf den Zahn fühlten, indem sie den Antrag in der förmlichen Fassung den Wünschen der Gegner gemäß abänderten, lehnten die Liberalen denselben trotzdem ab. Nur ein paar Mann aus ihren Reihen erhoben sich für die Forderung, daß es den Arbeitern seitens der Unternehmer nicht verboten werden dürfe, sich zu koalieren. So ist des Freiheits wahres Gefühl!

**Das Versammlungsrecht in freisinnigen Händen.** In Jaborge (Oberhessen) veranstaltete der Ortsverband der Christlich-Deutschen Gewerksvereine eine öffentliche Versammlung, in der der freisinnige Redakteur Harskamp ausstosig referierte. Bevor der Referent aber zu Wort kam, verlangte, nach dem „Oberhessischen Tageblatt“ (dem Organ des Herrn Harskamp), der überwachende Polizeibeamte die **Entfernung eines bekannten Mitglieds der sozialdemokratischen Partei**, welches, wie der Beamte erklärte, sich an dem Kaiserhoch nicht in gebührender Weise beteiligt habe.“ Dem Verlangen wurde statgegeben, Redakteur Harskamp aber sprach sein Bedauern darüber aus, da er gern eine Diskussion mit dem Sozialdemokraten gehalten hätte.

Warum läßt sich denn der tapfere Freisinnsmann dieses völlig ungeredhtigte Eingreifen des Polizeibeamten gefallen? Kennt er das Versammlungsrecht so wenig oder hatte er nicht den Mut, dem Polizeibeamten entgegenzutreten?

**Ueber die Zulassung von Ausländern zur Geschlechtsung** in Preußen ist nachstehender gemeinsamer Erlaß des Justizministers und des Ministers des Innern ergangen:

Bei den Standesbeamten scheint vielfach die Meinung erweckt worden zu sein, daß sie nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs Ausländer nur dann zur Geschlechtsung zulassen dürfen, wenn sie ihrerseits die Erfordernisse der Geschlechtsung nach dem Heimatsrechte der Ausländer bis ins Einzelne geprüft und festgestellt hätten. Demgegenüber bemerken wir, daß der Artikel 48 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch in § 1 und den hierauf sich beziehenden Vorschriften in §§ 3 und 4 den Zweck verfolgt, den Standesbeamten jene für sie mit großen, kaum überwindbaren Schwierigkeiten verbundene Prüfung ersucht abzunehmen. Betreffs des ausländischen Rechts werden die Standesbeamten sich daher im allgemeinen mit den dort vorgeschriebenen Zeugnissen oder Befreiungen begnügen dürfen.

**Der Agrarier Sorge für die Volksgesundheit.** Die Allgemeine Fleischereivereinigung schwebt schwere Vorwürfe gegen die „Schlachterei vereinigtger Landwirte“ in Rosenburg, deren Fleischbeschau eine fehlerhafte und den gesetzlichen Vorschriften nicht genügende sein soll.

### Die Produktivität der Landwirtschaft.

Zu den thörichtesten und zugleich sozialpolitisch gefährlichsten Spekulationen einer irregulierten Vernunft gehören die Phantasien über die allzu starke Vermehrung der Bevölkerung und die relative Unzulänglichkeit der Lebensmittel. In einer akademischen Ansprache zur „Jahresendrede“ hat Prof. Max Delbrück, der Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin, wie wir schon neulich erwähnten, interessante Ausführungen über die Produktivität der Landwirtschaft gemacht. Delbrück ist Säugzöchner, Agrarier und selbstinteressierter, wenn auch nur in einer sehr angelegten Schlußwendung, zugleich Weltpolitiker — seine politischen Bemerkungen haben für uns keinen Wert, zumal sie keineswegs durch seine technischen Ansichten begründet sind. Aber seine rein technischen Darlegungen verdienen Beachtung; sie seien daher nach dem Geiste der „Preussischen Jahrbücher“ auszusprechen wiedergegeben.

Delbrück schildert zunächst die technische Entwicklung der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert.

Wenn man die Geschichte einzelner Güterwirtschaften heranzieht, so ist es kein Zweifel, daß die Erzeugung von Getreide auf dem Morgen sich in diesen 100 Jahren verdoppelt hat. Diese Verdoppelung ist nicht erzielt durch eine Vergrößerung der Anbaufläche, sondern durch verbesserte Kultur. Gewiß soll die Neukultivierung von Grund und Boden, die Herbeiziehung der Moore nicht gering angeschlagen werden, aber der eigentliche Erfolg liegt in den Verbesserungen der Kulturmethoden selbst. Zu dieser Rebezeugung in Körnerfrüchten ist hinzuzurechnen die ganze Ernte unserer Gashfrüchte, wozu diejenige, die die Hauptmasse ausmachen — der Kartoffeln und der Futterrüben. Ihre Anbau bis zur jetzigen ungeheuren Ausdehnung konnte ermöglicht werden ohne eine wesentliche Vergrößerung des Arealis für Ackerbau, denn ihnen fielen zu die Flächen, welche durch die Ueberwindung der Brodwirtschaft frei wurden. Hierin liegt die ungeheure Bedeutung des Hausflutbaues, denn wenn man die Trockenflutbau, welche durch ihre Ernte dem Felde abgerungen wird, vergleicht mit der Menge des Strohes, welche der Getreide Anbau liefert, so sind die Stammen fast gleich. Getreidebau und Haackflutbau liefern die gleiche Ernte an Nährstoffen. Hat die Körnerernte sich verdoppelt, wird hinzugefügt der Haackflutbau, ein reiner Zuwachs und in der Substanzmenge der Körnerernte gleich, beide zusammen die Hauptmasse des Pflanzenbaues darstellend, so ist das Ergebnis: **die landwirtschaftliche Produktion im Pflanzenbau hat sich im vergangenen Jahrhundert vervierfacht.** Mehrere große Erfolge sind auf dem Gebiete der Tierproduktion zu verzeichnen. Nach den Zählungen, welche vorliegen, hat sich der Pferdebestand in Preußen von 1,5 Millionen auf 2,8 Millionen gehoben. Der Rindviehbestand ist von 53 auf 105, der Schweinebestand von 2 auf 9,4 Millionen Stück gestiegen. Welches sind nun die Mittel gewesen, die zu diesem großartigen Erfolg führten? Die Arbeitskraft ist vermehrt, die Vorkraft ist gewachsen. Zugvieh stand in größerer Zahl zur Verfügung, Maschinenkraft wurde durch die Dampferzeugung mittels Kohlen bereitgestellt. Vor allen Dingen ist aber die Kraftausnutzung gewachsen durch die Anwendung ausgezeichneter Arbeitsmaschinen. Ihnen gefellte sich zur Hilfe die fortschreitende Naturwissenschaft, die Schaffung der Agrarökonomie. Der Erfolg auf diesem Gebiete danken wir dem praktischen Landwirt wie dem Gelehrten.

Die Erfolge der Rübenerzeugung liegen nicht bloß in der großen Ausdehnung des fabrikmäßigen Betriebes, sie sind ebenso sehr in seiner chemisch-technischen Durcharbeitung, in der in Verbindung mit der Landwirtschaft erfolgreich erstrebten Verbesserung der Rübenernte zu suchen. Die Landwirtschaft gewann vom Felde steigende Mengen Rüben mit steigendem Zuckergehalt. Der Industrie gelang es auf diesen Rüben den Zucker immer vollständiger herauszuholen.

100 Kilogramm Rüben lieferten an Kilogramm Rohzucker:

1875/80	8,1—9,2
1880/85	8,8—10,8
1890/95	12,0—12,4

Vom Seltar mit Rüben befruchteter Ackerfläche wurden gewonnen:

1873/77	22 Doppelcentner Rohzucker
1888/92	36
1897/98	39

Was wird in dem neuen Jahrhundert werden? Es steht unter dem Zeichen der Volksvermehrung. Im 19. Jahrhundert hat sich die Seelenzahl des deutschen Volkes, nach dem Umfange seines jetzigen Gebietes berechnet, von einigen 20 Millionen auf 56 Millionen gehoben, d. h. mehr als verdoppelt, fast verdreifacht. Wird diese Vermehrung, welche jährlich über 1 Proz. beträgt, im neuen Jahrhundert anhalten? Man wird es kaum annehmen dürfen; aber wenn wir wissen, daß wir zur Zeit jährlich um 900 000 Personen wachsen, daß alsbald die jährliche Zunahme 1 Million Seelen überschreiten wird, dann wird man kaum sehen, die Volkszunahme im neuen Jahrhundert auf eine Verdoppelung zu schätzen. Im 19. Jahrhundert hat die landwirtschaftliche Produktion bei weitem stärker zugenommen als die Volkszahl. Wenn die landwirtschaftliche Produktion noch einmal verdoppelt werden? Ich nehme keinen Anstand, diese Frage ohne weiteres zu bejahen. Die großen Fortschritte der Landwirtschaft liegen ja gar nicht weit zurück. In dem letzten Jahrzehnt ist die Erzeugung

des Roggens	um 19 Proz.,
bei Weizen	10
Gerste	3
Kartoffeln	23

gestiegen. Pflanzenzüchtung, Sortenwahl, Kultur und Düngung haben an diesem Resultat gleichen Anteil, bei Roggen stärker als bei Weizen, weil die Hochkultur auf Roggen-Anbaugelände später sich übertragen hat, bei Gerste eine geringere Zunahme, weil hier weniger die Quantität als Qualität ins Auge gefaßt wird, bei Kartoffeln ein unmittelbarer Erfolg der Verbreitung ertragreicherer widerstandsfähiger Sorten.

Aber ist die Zunahme des letzten Jahrzehnts nicht mehr auf zufällige klimatische Umstände zurückzuführen? Das wird schwer zu entscheiden sein, aber die Möglichkeit des Fortschritts können wir aus den Heftverträgen entnehmen. Die hohen Ernten der letzten Jahre zu Grunde gelegt, entnehmen wir vom Roggen an 5,9, an Weizen 7,5, an Gerste 6,85, an Kartoffeln 49,9 Centner im Durchschnitt. Sind das Erträge, wie sie auf hochkultivierten Gütern erreicht werden? Sind das Erträge, wie sie auch nur auf guten Wirtschaften des Sandbodens betriebligen? Ich wage es anzusprechen, daß für die Körnerfrüchte im Durchschnitt eine Verdoppelung der Erträge in Aussicht gestellt werden kann und muß und daß eine Verdreifachung der Kartoffelerträge keineswegs außer dem Bereich der Möglichkeit liegt. Vorrat an Kali und Phosphorsäure haben wir im eignen Lande und soweit der Sticksstoff aus der Einfuhr an Salpeter nicht geliefert werden kann, wird er mit Sicherheit bereit gestellt werden durch Ausnutzung der Sticksstoff sammelnden Eigenschaften der Pflanzen, durch die Kunst der Stickstoffierung des Sticksstoffs im Dünger, welche, sagen wir es gerade heraus, noch in den nächsten Jahren steht. Das 20. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Agrikultur-Bakteriologie sein, aus ihr wird die Düngestoffe gewonnen werden, welche zur Verdoppelung der Erträge führen wird.

## Ausland.

### Die Anarchisten-Vegnadigung.

Aus Madrid wird uns über die Verhandlung der Vegnadigungsangelegenheit im spanischen Parlament folgendermaßen berichtet:

Im Abgeordnetenhaus fragte der republikanische Abgeordnete Vletget (die sozialistische Partei ist im spanischen Parlamente belamüht nicht vertreten) den Ministerpräsidenten Silvela, weshalb die Regierung nicht die wiederholt besprochene Revision des Montjuich-Prozesses durchgeführt habe, und sagte hinzu, es sei un-menschlich und grausam, die Anarchisten, welche angeblich an dem großen Bombenattentate von Barcelona beteiligt waren, aus den Kerkern von Montjuich zu entlassen, um sie auf Grund eines sogenannten Vegnadigungsabkommens in die Fremde zu jagen, wo sie Hungers sterben müssen. Er und seine Freunde würden die Revision-Compagne fortsetzen. Der Ministerpräsident entgegnete kühl und diplomatisch, daß Vletget übertreibe, wenn er von einem Besprechen der Regierung spreche. Die Regierung habe auf Initiative der Königin die Vegnadigung der Projektanten vorgeschlagen; aus Gründen der Staatsraison, die er nicht preisgeben könne, hätte vorläufig nicht mehr bewilligt werden können, als bewilligt worden sei. „Ich rechne niemals auf Wandelbarkeit“, fuhr Herr Silvela mit Empfindung fort, „aber ich fürchte auch nicht die Kritik meiner Handlungen. Wenn Sie, wie Sie anknüpfen, die revisionistische Compagne fortsetzen, wird auch die Regierung ihre Pflicht thun, denn sie kann nicht gestatten, daß Sie sich außerhalb des Gesetzes stellen.“ Vletget erwiderte, daß es ihm nicht ein-gelassen sei, Drohungen anzuschütten; er habe nur angeknüpft, was er für seine Pflicht halte. Ein zweiter Redner aus dem Hause, der Abg. Azcarate, wies gleichfalls darauf hin, daß die Vegnadigten durch die Verbannung in eine traurige Lage geraten seien. Er fragte, ob der oberste Gerichtshof, als er die Revision des Prozesses verweigerte, die Untersuchungsprotokolle des Militärgerichts und der bürgerlichen Gerichte in Erwägung ge-gogen, oder ob er etwa nur auf Grund der Untersuchung des Kriegsgerichts geurteilt habe. Der Ministerpräsident antwortete etwas gereizt, daß die verbannten Anarchisten sich schlimmsten Falls in derselben Lage befinden wie andere Emigranten, die im fremden Lande ihr Brot verdienen müßten. Wenn der oberste Gerichtshof die Revision verweigert habe, so habe er wahrscheinlich seine Gründe dafür gehabt, und ebenso wahrscheinlich sei es, daß er vorher die Protokolle des militärischen und des bürgerlichen Gerichts geprüft habe. Azcarate entgegnete darauf, daß der Minister verzeihen zu haben scheine, daß der Prozeß in der ganzen Welt eine mächtige Bewegung zu Gunsten der Angeklagten hervorgerufen habe; die Leute seien wahr-scheinlich unschuldig verurteilt worden, sicher aber sei es, daß sie im Gefängnis in unerhörter Weise gemartert worden seien. Deshalb verlange er, daß die Prozeßakten dem Parlament vorgelegt werden. Silvela kam nun ganz aus dem Häuschen. Er gab zunächst zögernd zu, daß in Spanien und im übrigen Europa in der That eine „gewisse Bewegung“ geherrscht habe; man habe aber die Anarchisten durchaus nicht entschuldigen wollen, da der Glaube an ihre Schuld feststehe; man habe nur deshalb eine Revision herbei-führen wollen, weil bei der Prozeßführung angeblich Mißbräuche vor-gelommen sein sollten, was aber nicht erwiesen sei. Prozeßakten dürften nur dann vorgelegt werden, wenn eine Regierung der Pflichten-bergesessenheit bezichtigt werde. Er könne und werde aber niemals zugeben, daß dem Parlamente Akten vorgelegt werden, um Richter anzuklagen, die sich nicht öffentlich verteidigen konnten. Azcarate bestand jedoch auf Veröffentlichung der Prozeßakten und schloß seine wirkungsvolle Rede mit den Worten: „Wenn die Regierung es nicht thut, werde ich mich vielleicht genötigt sehen, Dokumente und Angaben, die ich selbst gesammelt habe, ins Parlament zu bringen; möge man mich dann nicht der Uebereilung beschuldigen.“ Silvela erwiderte heftig, daß das Gesetz eine schädliche Veröffentlichung, die die öffentliche Meinung gegen die Justiz des Landes aufwiegele, müsse, nicht gestatte. Der Ministerpräsident wird aber trotzdem nicht verhindern können, daß die Frage der Revision des Montjuich-Prozesses von den Kämpfern für Wahrheit und Recht wieder auf das Tapet gebracht wird.

### Oesterreich-Ungarn.

Unerhörte Soldatenausführungen. Die bosnischen Soldaten, deren gewaltthätiges Auftreten vor einigen Jahren in Graz die größte Erbitterung unter der Zivilbevölkerung und schwere Unruhen hervorgerufen hat, haben nun auch in der Reichshauptstadt Wien schlimme Ausschreitungen verübt.

In einer großen Wirtshaus der Leopoldstadt kam es am Donnerstags zwischen etwa dreißig bosnischen Infanteristen und dem Wirt wegen des überaus herausfordernden Benehmens der Soldaten zu einem heftigen Wortwechsel. Die Soldaten beschimpften den Wirt und die Kellner und machten Miene, von der Waffe Gebrauch zu machen. Der Wirt sah sich deshalb genötigt, zur Polizei zu laufen, die ihrerseits, da die Soldaten der Aufforderung der Beamten, das Gasthaus zu verlassen, keine Folge gaben, militärische Hilfe erbat. Unter dem Befehl eines Offiziers rückte eine starke Militär-Abteilung an, welche die widerwärtigen Soldaten in die Mitte nahm. Während des Zuges durch die Straßen spielten sich, wie „Extrablatt“ und „Arbeiterzeitung“ melden, Szenen unerhörter militärischer Justiz ab. In den Straßen waren Tausende von Menschen angeammelt. Die bosnischen Soldaten schrien, beschimpften, ja mißhandelten Passanten; einige Soldaten laßen Steine auf, warfen sie nach den Zuschauern und sogar in Fenster. Einzelne Personen wurden von den Soldaten blutig geschlagen, so daß sie zusammensinken, Vorstellungen bei dem befehlgebenden Offizier hatten keinen Erfolg. Sechzehn Soldaten wurden dem Arreste eingeliefert. Die Entziehung der Bevölkerung ist allgemein.

Wien, 2. Februar. Die Hochzeit der Kronprinzessin Stefani mit dem Grafen Lonyay, die seitens des Hofes zu hintertreiben gesucht wurde, findet am 3. März in Schloß Miramare statt.

### Schweiz.

Zürich, 29. Januar. (Eig. Ber.) In der gestrigen Nationalratswahl unterlag unsere Partei. Der bürgerliche Kandidat, Sekretär Frey, wurde mit 15 204 gegen 8312 Stimmen, die auf unsere Genossen Greulich fielen, gewählt. Die Zahlen bedeuten, daß die Bürgerlichen um fast 3000 Stimmen mehr aufbrachten als am 20. Oktober 1899 bei den Hauptwahlen, die Socialdemokraten dagegen um einige Hundert Stimmen weniger. — Im Kanton St. Gallen wurde in der Volksabstimmung das neue Steuer-gesetz mit 3749 gegen 17 709 Stimmen verworfen. Die Stadt St. Gallen brachte 3313 Ja und 337 Nein auf. — Einen Erfolg hatte gestern unsere Partei im Kanton Aargau, wo bei einer Ersta-wahl in den Kantonsrat Genosse von der Ha, Schriftföhrer, im Kreis Bevet mit 348 von 357 Stimmen, also fast einstimmig, gewählt wurde, da die bürgerlichen Parteien keinen Gegenkandidaten auf-gestellt hatten. — Der schweizerische Arbeiterbund beruft auf den 25. Februar einen außerordentlichen Arbeitertag nach Bern ein zur definitiven Stellungnahme zur Kranken- und Unfall-versicherung.

### Frankreich.

Paris, 2. Februar. Ein Dekret des Präsidenten der Republik schloß gewisse körperliche Strafen in der Marine ab.

Die Kammer genehmigte heute einen außerordentlichen Kredit von zwei Millionen Francs zu Specialausgaben für die Aus-stellungszeit.

### Italien.

Deputiertenkammer. Auf eine Anfrage des Deputierten Jacci (radikal), warum die Regierung das Erscheinen des Studenten-Manifestes, welches einen antikirchlichen Universitäten-Kongress nach Rom einberief, verhindert habe, erklärte der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Bertolini, die Regierung habe das Manifest und den Kongress verboten nicht nur aus Rücksicht auf das heilige Jahr, sondern auch, weil auch Anarchisten an dem Kongress teilgenommen haben würden.

### Dänemark.

Die Steuerreform in Dänemark. Die beiden direkten Steuererlasse sind nun zur zweiten Beratung im Folkething. Diese Gesetze waren ursprünglich dazu bestimmt, durch Staatssteuern die Gemeinden zu entlasten. Schon als die Gesetze vor drei Jahren zum erstenmal dem Reichstag zugehen und in der Form der Re-gierungsvorlage angenommen wurden, hatten sie einen so agrarischen Charakter, kamen die Ueberweisungen der neuen Steuern so vornehmlich den Großgrundbesitzern zu gute, daß unsere Partei, freilich vergeblich, dagegen protestierte. Diese Gesetze wurden aber dann sowohl vom Landesthing als von den Liberalen des Folkething Änderungen unterzogen, die sie immer mehr verschlechterten. 1890 erhielten die Großgrundbesitzer vom Staat 2 1/2 Millionen Kronen für den Verzicht auf ihre Steuer-freiheit, nur sollten sie wieder fast steuerfrei werden, ohne jenes Geld zurückzahlen. Auch der Minister Hörring erklärte, er könne den Antrag der Linken nicht annehmen.

Trotzdem wurden die Entwürfe unserer Partei abgelehnt, und der Antrag der Majorität, da die ganze Linken — die Bauern-vertreter — dafür stimmten, angenommen. Die dritte Beratung wird an dem Resultat wenig ändern.

### Rußland.

Petersburg, 2. Februar. In dem Abschluß der perfischen fünfprozentigen Goldanleihe für Persien erblickt der „Zwei“ einen weiteren Schritt des russischen Vordringens nach dem Indischen Ocean und einen Beweis für das Wachstum der Finanzkraft Rußlands. Das Ausland im stande sei, so teure und ausgedehnte Kombinationen zu realisieren, das ver-danke es der Energie und dem staatsmännischen Geschick des Finanz-ministers Witte.

### Aegypten.

Unsichere Haltung der englischen Truppen im Sudan. Aus London wird gemeldet, die Nachricht, daß Truppen in Omdurman gemuntert hätten, sei unzutreffend. Das Gericht sei auf die Thatsache zurückzuführen, daß zwei Bataillone den Befehl auf Zurückziehung der scharfen Patronen, weil sie darin den Ausdruck des Misstrauens erblickten, unwillig ausnahmen, ohne sich jedoch der Ausführung des Befehls thätlich zu widersetzen. Sonst sei nichts vorgekommen, was die Disziplin der Garnison berühre.

Die direkt aus Aegypten kommenden Nachrichten lauten dagegen ganz anders. Aus Kairo wird vom Freitag gemeldet: Die öffent-liche Meinung beschäftigt sich lebhaft mit der wachsenden Un-zufriedenheit in der ägyptischen Armee. Diese beklagt sich über die Mißhandlungen von Seiten der englischen Offiziere sowie über die heimlichen Senkungen von ägyptischen Truppen und Kriegsmaterial nach Südafrika, was mit der Neutralität Aegyptens in Widerspruch stehe. Die englische Regierung, welche bezüglich der Haltung der schwarzen Truppen in Unruhe ist, erjudete den Abtheilung um seine Vermittelung; dieser forderte brieflich zum Gehorsam auf. Trotzdem ist man weiter sehr besorgt. Von europäischen Truppen ist Aegypten fast ganz entblößt.

## Partei-Anschlüssen.

Partei-Geschäfte. Am 1. Februar schied Genosse Wigan aus der Geschäftsleitung der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ aus und an seine Stelle trat Genosse Ude-Dresden.

Aus Ungarn. Als Vertreter der Arbeiter bei dem neu-gegründeten staatlichen Arbeitsvermittlungsausschuss wurden von den Vorständen der 30 Budapest-Verenigungen die Genossen Georg Vozgolya, Stefan Karlos und Andreas Salh gewählt.

In der sächsischen Gemeinde Hölzöwen bei Wasth wurden nur Socialdemokraten in die Leitung des dortigen Industrievereins ge-wählt. Dies ist der erste Sieg, den die ungarische Socialdemokratie in einer sächsischen Gemeinde errungen hat.

Ueber die amerikanischen Parteiverhältnisse wird uns ge-schrieben: In den Verhältnissen der socialistischen Fraktionen hat sich seit der letzten Wahl wenig geändert. Die Original-Fraktion der „Socialistischen Arbeiterpartei“ wächst mit jedem Tage, während die „Social-De Leonische Fraktion“, soweit die Urabstimmungen einen Anhalt abgeben und auch nach sonstigen Anzeichen, immer mehr zusammenschrumpft. Als von Seiten dieser letzteren Fraktion

im letzten Spätkommer eine Urabstimmung betrefss der Frage, ob eine Special-Konvention abgehalten werden solle, angeschrieben worden war, befanden sich die vielen kleinen Sektionen im Lande noch ganz im Sinne der alten National-Exekutive, und dieselbe konnte mit 138 Sektionen, welche 2840 Stimmen abgegeben hatten, auf-marschieren. Das hat sich nun offenbar stark geändert. Denn eine kürzlich stattgefundene Urabstimmung über den Sitz ihrer höchsten Behörde, des „Board of Appeals“ (Berufungs-Ausschuss) ergab nach der Veröffentlichung ihres eigenen offiziellen Blattes, des „People“, nur ein Stimm von 1400, und von der Anführung der einzelnen Sektionen ist gar nicht mehr die Rede; nur das Gesamt-votum wird angeführt: sicherlich aus guten Gründen.

Die „Socialistische Arbeiterpartei“, Original-Fraktion, zu welcher, abgesehen von den bedeutenderen englischen Blättern, die „New Yorker Volkszeitung“, das „Philadelphiaer Tageblatt“ und andre gehören, hält nun ihre National-Konvention vom Sonnabend, den 27. Januar, an im Stadtverordneten-Saale (Common Council Chamber) der City Hall der Stadt Rochester N. Y. ab. Dort wird es zu wichtigen Entscheidungen kommen. Man nimmt an, daß die Kon-vention etwa eine Woche währen und unter andern zu einer Ver-einbarung mit der „Social Democracy“ führen wird, wonach die beiden Parteien sich wenigstens nicht mehr feindlich gegenüber stehen würden. Der Drang nach Vereinigung aller socialistischen Elemente ist überall ein sehr starker; möge er auf der bevorstehenden Kon-vention die richtige Form finden, um endlich auch in diesem Lande eine große, innerlich gefestigte und zielbewußte socialistische Partei zu schaffen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

In der Majestätsbeleidigungssache Müller-Schmidt fand vorgelesen vor dem Landgericht Magdeburg der letzte Akt statt. Genosse Harbaum, der Berleger der „Rostföhrer“, wurde zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, weil er in der Zeit vom 23. bis 28. Juli 1898 den Genossen Müller als verantwortlichen Redacteur angegeben hat, obgleich derselbe an der Herstellung der Zeitung nicht beteiligt war. Der Staatsanwalt hatte 150 M. Geldstrafe beantragt.

## Socialdemokratie und Stockprügel.

Die „Allgemeine Zeitung“ in München beschäftigte sich kürzlich mit sichtlichem Vergnügen mit einem jüngst in Garburg gefällten Gerichtsurteil, über das wir nach dem dortigen Parteiblatt be-richteten und das über die Frau des socialdemokratischen Redacteurs Kaufmann ein Jahr Gefängnis verhängte wegen Mißhand-lung ihres Kindes.

Die „Allg. Ztg.“ knüpft daran Speculationen über die Stellung der Socialdemokratie zur Schulprügelerei, wobei sie sich besonders auf unsere Äußerungen zu dem Vorkessenen Schulprügelgesetz und dessen Zurücknahme durch den neuen Kultusminister stützt; sie findet darin den Beweis für einen von ihr selbst aufgestellten, angeblich in unserer Partei geltenden Satz: „Unsere Maximen gelten nur für die andern nicht für uns selbst.“

Es muß doch schwer sein, der Socialdemokratie beizuliegen, wenn sich ein Blatt wie die „Allg. Ztg.“ zu solchen unsinnigen Schlussfolgerungen versteinert.

Erstens würde das Verhalten eines Einzelnen natürlich nichts gegen die Socialdemokratie beweisen und schließlich ist es doch unglücklich fündlich, unsre Stellung zu der Schulprügelerei als einer öffentlich rechtlichen Einrichtung zu prüfen an dem Falle einer Ueberschreitung des elterlichen Väterlichkeitsrechts.

Wir könnten uns an diesen allgemeinen Bemerkungen genügen lassen. Aber der vorliegende Fall bietet auch an sich Interesse genug, um ihn, nachdem er einmal aufgegriffen worden ist, etwas näher zu untersuchen.

Wir haben uns die schriftliche Ausfertigung des Urteils ver-schafft und da müssen wir sagen: Eine weniger gründliche Begründung eines Straflammer-Urteils ist uns noch nicht vorgekommen. Nach Feststellung der Personalien heißt es da wörtlich:

„Die Mitbewohner des Hauses haben sehr häufig wahr-genommen, daß von Seiten der Angeklagten dem vorerwähnten Kinde Biola eine sehr schlechte Behandlung zu teil wurde. Die darüber vernommenen Zeugen behaupten, daß stets das Kind ängstlich und schen umhergelaufen sei, so oft sie es in der Nähe der Mutter gesehen hätten und daß das Kind stets im Gesicht und an den Händen blutunterlaufene Stellen und grüne und blaue Flecken gehabt habe.“

Die Mitbewohner des Hauses haben ferner sehr oft das Kind laut und jämmerlich schreien hören, sogar in der Nacht, und wenn sie sich bemerkbar machten, wahrgenommen, daß das Geschrei plötzlich verstummte, wie wenn dem Kinde der Mund zugehalten oder eine Decke ihm über den Kopf geworfen wurde und daß das Kind später stöhnte und wimmerte.“

Weistenteils hat die Angestellte das Kind eingesperrt gehalten und nicht mit andern Kindern im Garten spielen lassen.“

Das Kind ist mehrfach aus der elterlichen Wohnung weg-gelaufen und einmal auf der Straße spät abends von fremden Leuten aufgegriffen und in die elterliche Wohnung zurückgebracht worden.“

Unter den Mitbewohnern des Hauses besteht ziemlich Ueber-einstimmung darüber, daß lediglich aus Angst vor der Angestellten das Kind aus dem Hause gelaufen ist und sich gestrichelt hat, zu der Angestellten zurückzuführen.“

So, das nennt sich eine Feststellung! Wer das ausgelegt hat, was wirklich passiert ist, wann es passiert ist — kein Wort darüber; nichts als eine Reihe unbestimmter, beschwärender Annahmen und Vermutungen.

Das Urteil fährt dann fort zu erzählen, daß „am dem Abend“, wo das Kind von fremden Leuten nach Hause gebracht worden sei, es plötzlich laut und jämmerlich geschrien habe und am andern Tage braun und blau im Gesicht gewesen, Blutunterlaufungen und Haut-abschürfungen gehabt habe und auf dem Schulwege mehr gekrochen als gegangen sei.“

Wer das bekundet hat, darüber nichts!

Dagegen hat der Ehemann der Angeklagten ausgesagt, daß er, als ihm das Kind eines Abends von fremden Leuten nach Hause gebracht worden sei, dies mit einem dünnen Mohrflecken, das dem Bericht vorlag, gequält habe. Fünf Tage danach hat er es ärztlich untersuchen lassen, weil er von der gegen seine Frau und ihn eingereichten Denunziation durch die bürgerliche Presse Garburgs (!) Kenntnis erlangt hatte.

Das Zeugnis des Dr. med. Gröbel in Reustadt i. G., wo-hin das Kind inzwischen gebracht worden war, stellt fest, daß nicht eine Spur von Mißhandlungen und Körperverletzungen an dem Mädchen wahrzunehmen waren! Und das fünf Tage, nachdem man es mit Blutunterlaufungen und Haut-abschürfungen gesehen haben will! Im Urteil wird aber von diesem ärztlichen, in der Verhandlung verlesenen Zeugnis kein Wort erwähnt! Auch kein Wort von der Behandlung des Ehemanns, daß er und nicht seine Frau das Kind an dem betreffenden Abend geschlagen habe. Auch kein Wort davon im Urteil, ob der Abend, den die Belastungszeugen meinen, identisch mit dem, den der Ehemann meint. Ueber die Zeit der Ereignisse macht sich das Urteil überhaupt keine Sorgen.

Nun treten einzelne Belastungszeugen auf. Ein 13-jähriges Mädchen, das bei dem Vorfall mit dem Mißlingen dabei gewesen ist, widerlegt die Behauptungen der Angeklagten, daß die Ver-letungen (welche? von wann?) von Schlägen herrühren, die ihre Tochter von einem Mißlingen mit der Wanklame bekommen.

Diese 13-jährige Zeugin will durch das Fenster der zu ebener Erde gelegenen Wohnung gesehen haben, wie die Angeklagte „vor vier Wochen“ das Kind in den Leib getreten habe. Der Ehemann konstatiert sofort, daß „vor vier Wochen“ seine Frau an einer schweren Entzündung krank im Bett gelegen hat und auch Wochen vor- und nachher nicht im stande ge-gewesen sei, das Kind mit dem Fuße in den Leib zu treten. Auch davon kein Wort im Urteil!

Dann hat ein Zeuge sich auch durch das Fenster gesehen, wie die Angeklagte das Kind mit dem Feuerball geschlagen habe. Der Zeuge erinnert sich nicht mehr genau. Dieser Zeuge hat ferner gesehen, daß die Angeklagte „früher“ das Kind mit Fäusten getreten und mit der Faust ins Gesicht geschlagen hat.

Und eine dritte Zeugin befindet, daß ihr das Kind von Mißhandlungen erzählt habe.

Damit ist der Belastungsbeweis erledigt. Ueber den Entlastungsbeweis enthält das Urteil folgendes:

Die Entlastungszeugen der Angeklagten haben die auf positiven Befragungen der übrigen Zeugen getroffenen Feststellungen nicht zu erschüttern vermocht. Mögen sie auch bei ihren häufigen Aufenthalten in der Wohnung der Angeklagten von Mißhandlungen der Viola nichts bemerkt haben und vielmehr wahrgenommen haben, daß die Angeklagte dem Kinde gegenüber freundlich war, so ist nicht ausgeschlossen, daß in ihrer Abwesenheit die Mißhandlungen vorgekommen sind. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß die Angeklagte die Mißhandlungen meistens vornahm, wenn sie sich unbedacht glaubte.

Das ist alles; kein Wort mehr, kein Wort weniger. Dabei ist unter andern Zeugen, die im Hause Kaufmanns aus- und eingingen, ein Dienstmädchen vernommen worden, das 1/4 Jahr bei ihm in Stellung war und nichts von Mißhandlungen oder Spuren derselben bemerkt hat. Auch dessen Aussagen sind in den Bemerkungen über den Entlastungsbeweis mit begriffen. Das angeblich mißhandelte Kind, ein Mädchen von 8 Jahren, hat auf die Vorstellungen des Vorsitzenden die Aussagen verweigert. Dagegen hat es sich dem Vormunde gegenüber geäußert.

Der Angeklagten ist nämlich auf Grund der eingereichten Denunziation das Erziehungswort über das Kind entzogen und dieselbe von Amts wegen ein Vormund bestellt worden. Dieser äußert sich in einem vom 22. Januar d. J. aus Neustadt i. S. datierten Briefe:

„Da ich die ganze Verhandlung in Stube gehört habe und Viola gar nicht in Anspruch genommen ist, und ich doch deshalb da gewesen bin, so habe ich Viola vorgenommen und habe sie gefragt, ob das wahr sei, was die Leute da ausgesagt haben. Da hat sie mir zur Antwort gegeben, es sei alles die Unwahrheit.“

1. Ob ihre Mutter sie mit dem Fuße in den Leib gestoßen habe, sagte sie nein.

2. Ob ihre Mutter ihr in die Wade gemittelt habe, sagte sie auch nein.

3. Ob ihr das Gesicht immer gelb, grün, blau und mit Blut unterlaufen gewesen ist, sagte sie auch nein in Gegenwart von Zeugen. Folglich muß die Lehrerin, wo sie zur Schule gegangen ist, es doch wissen, ob sie jemals so zur Schule gekommen ist.“

Schließlich sei noch bemerkt, daß das angeblich lebensgefährlich mißhandelte Kind niemals die Schule versäumt hat und daß es vor Zeugen erklärt hat, lieber bei Papa und Mama sein zu wollen, als an seinem jetzigen Aufenthaltsort.

Das also soll die Strafe von einem Jahre Gefängnis rechtfertigen, eine Strafe, die selbst bei schweren Ueberschreitungen des Zuchtungsrechts in dieser Höhe nur selten verhängt wird; die Schwefel-Carola, deren pädagogisches Opfer alle die Prügelmale an seinem Körper zeigte, die das Kind Viola nach ärztlichem Zeugnis nicht gezeigt hat, wurde ja sogar freigesprochen. Es kann für einen Unbefangenen keinem Zweifel unterliegen, daß hier ein Urteil gefällt worden ist, das durch die schriftlich vorliegende Begründung in keiner Weise gerechtfertigt wird.

Wie erklärt sich das Urteil? Die Beurtheiler ist die Ehefrau eines Redacteurs des „Hörburger Volksblattes“, das sich die Kritik an allen öffentlichen Verhältnissen mit anerkanntem Eifer angelegen sein läßt und sich dadurch den wäsendsten Hohn aller Ordnungshüter der Gegend zugezogen hat. Die auf einem außerordentlich niedrigen Niveau stehende bürgerliche Presse der Gegend lebt in der borniertesten Weise durch Verbreitung von Klatschgeschichten gegen die leitenden Personen der Socialdemokratie Harburgs. An der Denunziation ist ein Werkführer beteiligt, gegen den die Arbeiter mehrfache Beschwerden wegen schlechter Behandlung in der Fabrik im „Volksblatt“ veröffentlicht. Dieser Mann fungierte auch als Hauptbelastungszeuge.

Solche Umstände sollten zwar im „Rechtsstaate“ nicht ausreichen zur Erklärung eines harten Urteils. Leider lehrt die Erfahrung, daß sie dennoch ausreichen können. Die Presse unseres liberalen Bürgerthums, das sich noch immer an der Phrase vom Rechtsstaate beaufsetzt, hätte wirklich im eigenen wohlverstandenen Interesse weit besser, aus solchen Urteilen den Anlaß zu schöpfen, für eine Verbesserung seiner Rechtspflege einzutreten, anstatt aus solchem Anlaß in blöder Weise über die Socialdemokratie herzufallen. Verfehlungen, die in unsern Reihen geschehen, verurtheilen wir mit ebenso großer und größerer Schärfe, als wenn sie in andern Kreisen begangen werden. Hier aber handelt es sich um ein Urteil, das uns in allen wesentlichen Punkten der Begründung zu entbehren scheint.

In Magdeburg hat das Gericht die Kriminalität der „Zeitung“ entdeckt. Sollten auch in diesem Fall die Sünden der Zeitung der Angeklagten mit angerechnet sein? Die Vermutung ist nicht ganz abzuwehren, weil der Staatsanwalt in diesem Prozeß es für nötig gehalten hatte, den Ehemann der Angeklagten darauf aufmerksam zu machen, daß er künftig wohl vor seiner eignen Thür stehen werde!

## Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

Aus Wien wird uns vom 1. Februar geschrieben: Die Unternehmer des Ostrauer Reviers haben gestern einen solchen Mißthäter Persönlichkeit begangen, daß in allen Kreisen der Bevölkerung über ihr Verhalten die größte Entrüstung herrscht. Das Einigungsamt war, wie gemeldet, gestern nach Teichen einberufen und allgemein war die Meinung, daß es endlich an einem Punkte zu einer meritorischen Verhandlung kommen werde. Als aber die Beratung beginnen sollte, erhob sich der Direktor der Larischschen Werke und gab, wie schon telegraphisch berichtet, namens der Unternehmer die Erklärung ab, daß die Gewerke nicht früher in sachliche Verhandlungen eintreten werden, bevor die Arbeiter die Arbeit aufgenommen haben. Die Unternehmer, so heißt es in der Erklärung, hätten keine Garantie, daß die Abmachungen, die eventuell vor dem Einigungsamt getroffen werden, von den Arbeitern gehalten würden; eine solche Garantie vermögen sie nur allein zu erbitten, wenn die Vertreter der Arbeiter behaupten, daß sie auf die Arbeiter Einfluß haben, und dieser Beweis könne nur damit geliefert werden, daß die Führer der Arbeiterbewegung, die Arbeit bedingungslos aufnehmen. Die Arbeiterdelegierten brandmarkten diese unerhörte Schamlosigkeit sofort mit der Feststellung, daß die Gewerke absichtlich und im vollen Bewußtsein den Weg der Verhandlungen verworfen haben und für die Fortsetzung des Kampfes nun allein die Unternehmer verantwortlich sind. Obwohl angesichts dieser Sachlage die Verhandlungen eigentlich als gescheitert erklärt hätten werden sollen, vertagte sie der Vorsitzende bloß, und zwar auf so lange, als eine der Parteien die Wiederaufnahme begehrt.

Was die Gewerke mit diesem ungläublichen Vorgehen bezwecken, ist klar und durchsichtig. Wenn sie, die durch Jahrzehnte der Organisation die stärksten Hindernisse in den Weg gelegt, alle Brunnentäler des Kapitalismus entseufet haben, um das Zusammenschließen der Arbeiterkraft zu hindern, nun aber die Unerschlichkeit der Organisation klagen, so wird kein Vernünftiger an die Aufrechthaltung dieser Klage glauben. Es ist auch klar, daß um einer solchen Erklärung willen die Inszenierung des Einigungsamts nicht notwendig gewesen wäre; was hätten die Unternehmer auch sagen können, bevor man die weite Reise nach Teichen angetreten hätte. Die Bereitwilligkeit, mit der scheinbar die Unternehmer auf die Verhandlungen vor dem Einigungsamt eingegangen sind, diente vielmehr einem bestimmten Zwecke: Die Arbeiter sollten durch die feierliche

Komödie verblüfft, eingeschüchtern und in Bestürzung versetzt werden; die Hoffnung, die Gewerke würden sich nachgiebiger erweisen, wurde just zu dem Zwecke genährt, um den Arbeitern durch diese grausame Enttäuschung den Kampfesmut zu nehmen. Der Plan der Ausbeuter war freilich so verflucht geschickt, daß er herzlich dumm ausgefallen ist. Nicht Bestürzung, sondern Erbitterung ist das Gefühl, das die Arbeiter angesichts dieser höhnenden Erklärung erfaßt hat, und von Unterwerfung ist heute noch weniger die Rede als es seit dem ersten Tage dieses gewaltigen Ringens der Fall war.

Der Streik verflümpft nicht, sondern er wird immer fester und umfassender. Die offiziellen Schätzungen, die gewiß nicht zu Gunsten der Arbeiter angefertigt werden, geben heute die Zahl der Streikenden allein im Ostrauer Revier auf 30 000 Menschen an, wogegen vorige Woche jedenfalls berichtet wurde, die Zahl der Streikenden wäre auf 14 bis 16 000 zusammengesunken. Mit der Größe und Dauer des Streiks wächst aber auch die wirtschaftliche Gefahr seiner Folge-Erscheinungen und Ungewissens. Die ganze österreichische Industrie steht heute vor einer halbpassiven Vermittlung; wenn sich die Regierung aus ihrem halbpassiven Vermitteln nicht zu einer wirklichen That aufrauft, die die habgierigen Unternehmer geistlich an die Wand drückt, so können die Wirkungen dieses Streiks auf das gesamte Schaffen wahrhaft verhängnisvoll werden. So riefenhafte Unternehmungen wie die Eisenwerke der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft und das große Witschauer Eisenwerk haben ihren Betrieb schon auf das geringste Maß reduziert und stehen unmittelbar vor der Einstellung.

Und all diese Schädigungen und Vernichtungen des wirtschaftlichen Lebens muß die Gesellschaft über sich ergehen lassen, weil eine Handvoll Ausbeuter auf ihren Schloßhöfen des Privateigentums hartnäckig pocht! Die Einzigen und ihre Eigentümern, sie sind es, die hier der Gesellschaft ihren Hebelhandhabe hinwerfen und höhnvoll über alle Bedürfnisse der arbeitenden Menschen, über alle Interessen des wirtschaftlichen Lebens triumphieren! Welchen Wahnsinn zeitigt doch diese kapitalistische Ordnung!

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Zur Aussperrung der Formstecher. Adermalige Verhandlungen zwischen den Arbeitern und Unternehmern in Köln hatten seiner Zeit zu einer Verständigung geführt, wonach folgende Bedingungen festgelegt wurden: 1. Der Lohnzuschlag beträgt 12 1/2 Prozent, vom 1. April d. J. 15 Prozent. 2. Als Minimallohn ist im ersten Jahr 18 M., im zweiten 19.50 M. und im dritten 21 M. zu gewähren. 3. Der Lohnzuschlag für Ueberstunden, die zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens fallen, beträgt 25 Proz. Diese Vereinbarungen sollten nun vor dem Einigungsamt des Gewerkegerichts in Köln für alle Betriebe in Deutschland festgelegt werden.

Die Arbeiter nahmen dann auch im Vertrauen auf die Unternehmer am 1. Februar die Arbeit an, da die Verhandlungen vor dem Einigungsamt an demselben Tage mittags stattgefunden hatten.

Aber die Arbeiter sollten sich in ihrem Vertrauen getäuscht haben, denn die Unternehmer erschienen nicht vor dem Einigungsamt. Damit war deutlich gesagt, daß die Herren nicht gewillt sind, das den Arbeitern Versprochene zu halten. Hieraus haben sämtliche Formstecher die Arbeit wieder einmütig niedergelegt. Bisher ist nur in Harburg auf der Grundlage der in Köln geplanten Vereinbarungen eine Einigung erzielt und dort die Arbeit aufgenommen.

Arbeiter, Parteigenossen! Bereits 16 Wochen stehen die Formstecher im Ausstand. Ist die Zahl der Ausstehenden auch keine große, so sind doch zwei Drittel aller in diesem Berufe beschäftigten Arbeiter, ca. 250 Personen, auf's Pfaster geworfen. Der Kampf, den wir führen, steht an Schärfe dem Hamburger Hafenarbeiterstreik, sowie dem großen Arbeiterausstand in Dänemark nicht nach, denn schwer haben wir gegen unsre wortbrüchigen Unternehmer zu kämpfen. Arbeiter, Parteigenossen! Eure Opferfreudigkeit den großen Ausständen gegenüber war stets groß, darum möchtet ihr an Euch die Bitte richten, verzeiht die kleine lämpfende Schär der Formstecher nicht, damit wir nicht gezwungen sind, vor unsren wortbrüchigen Unternehmern zu Knechte zu kriechen.

J. A.: C. Schaubart.  
Alle Sendungen nimmt die Berliner Gewerkschaftskommission, Annenstr. 16, sowie unser Centrallokaliser L. Kaste, Moritzberg-Gildesheim, Sandstr. 1, entgegen.

Die Tapezierer haben über die Werkstatt des Herrn Frisch, Trammstr. 100, die Sperre verhängt. Die Differenzen sind infolge von Lohnhöhen entstanden.

### Deutsches Reich.

Arbeitersekretariate! Bei der in neuerer Zeit immer häufiger werdenden Gründung von Arbeitersekretariaten fehlt mangels geeigneter Bekanntheit eine Uebersicht, wo solche Institute bereits bestehen. Trotzdem erscheint diese Kenntnis für die verschiedensten Zwecke, nicht nur für die Arbeitersekretariate selbst, sondern auch für die organisierten Arbeiter höchst wünschenswert. Die Leiter von Arbeitersekretariaten werden deshalb gebeten, die genaue Adresse ihrer Institute an die unterfertigte Stelle möglichst bald einzusenden, von wo aus die Zusammenstellung alsdann in geeigneter Weise veröffentlicht und zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden soll.

Arbeitersekretariat Stuttgart  
J. B.: H. Mattutat.

Der Streik der Bergarbeiter bei der Firma F. Voake in Brandenburg a. d. Havel, ist dank der guten Organisation der Arbeiter nach zweiwöchiger Dauer zu Gunsten der Ausständigen beendet.

Achtung, Zimmerleute! In Köln sind aus Betreiben des Obermeisters der Zwangsinnung mehrere Zimmergeleuten gemacht worden. Auf der schwarzen Liste stehen dreizehn Zimmerer, darunter die Leiter der Gewerkschaft. Die Kölnner Zimmergeleuten sind zu 80 Proz. organisiert und sind nicht genehmigt, sich von den Unternehmern entzweien zu lassen. Eine zahlreich besuchte Gewerkschaftsversammlung beschloß, daß der Zuzug nach Köln fern zu halten sei.

In Speyer legten die Schneider in der Konfektionsbranche ihren Ausstand mit großer Entschiedenheit fort, so daß der Ausstand ein allgemeiner ist. Beteiligt sind an demselben 220 Arbeiter und 15 Arbeiterinnen.

## Gerichts-Zeitung.

Eine Privatklage gegen unsern verantwortlichen Redacteur John wurde am Freitag vor dem Schöffengericht verhandelt. Als Kläger trat Herr Christian Brand auf, jener junge Mann, der seiner Zeit von der Zuhörertribüne des Reichstags unter dem Ruf: „Nicht Dohren, sondern Menschenrechte!“ Flugblätter, die den Fall Sternberg behandelten, in den Sitzungssaal warf. Er ist auch derselbe, der bald nach diesem Vorfall den Abgeordneten Dr. Lieber vor dem Reichstagsgebäude anhielt und ihn mit einer Hundepfote mißhandelte. Diesen Vorgang hatten wir am 18. Dezember in einer Lokalnotiz als die That eines anscheinend geistesgestörten Mannes bezeichnet und weiter gesagt, daß der Kläger wiederholt gewaltsam die Augen der Öffentlichkeit auf sich zu lenken versuchte. Dadurch fühlte sich Herr Brand beleidigt. Er machte vor Gericht geltend, daß sein gewaltsames Vorgehen gegen Dr. Lieber einem edlen Motiv entsprungen sei, nämlich der Verteidigung der Rechte des nach Ansicht des Klägers zu Unrecht entmündigten Dr. Sternberg, und nun komme es dem Kläger darauf an, vor der Öffentlichkeit nicht als geisteskrank zu gelten. Die Absicht des Klägers und seiner Hintermänner scheint in der Hauptsache jedoch dahin zu gehen, daß der Fall Sternberg in voller Breite vor Gericht entrollt werde. Wenigstens für den Inzeratenteil verantwortlich: Th. Glöckel in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

hätten verschiedene Anträge, die der Anwalt des Klägers stellte, diese Folge gehabt, wenn das Gericht ihnen stattgegeben hätte. Der Gerichtshof lehnte aber alle dahingehenden Anträge ab und fand auch in der unter Anklage stehenden Äußerung keine Verleumdung. Wenn eine Handlungsweise, so führte der Vorsitzende aus, wie sie der Kläger gegen Dr. Lieber geübt hat, als die That eines anscheinend Geistesgestörten hingestellt werde, so sei das noch die mildeste Erklärung, die man für solchen Fall finden könne. In Fällen, wie dem vorliegenden, siehe auch der Brief, welcher Richtung sie auch angehören möge, der Satz des § 103 auf Seite. Das der Kläger wiederholt die Augen der Öffentlichkeit auf sich zu lenken versuchte, siehe fest. Der Angeklagte wurde aus diesen Gründen freigesprochen.

Die Wirtschaft mit dem Groben Unfug-Paragraphen geht trotz allem tapfer weiter. So wird uns aus Halle a. S. berichtet: Der Redacteur der „Graphischen Presse“, Genosse Müller von Schleuditz, wurde bekanntlich vom Schöffengericht in Schleuditz und auch vom Landgericht in Halle von der Anklage, durch den Streiknachrichten-Jugak: „Zuzug fernhalten“ groben Unfug verurteilt zu haben, freigesprochen, auf die Revision des Staatsanwalts wies das Oberlandesgericht in Rumburg, obwohl ein neueres Erkenntnis des Reichsgerichts vorliegt, wonach in jenem Sache kein Unfug vorzuliegen ist, die Sache in die Vorinstanz (Halle) zurück, die dazu gezwungen wurde, den früheren für Müller günstigen Standpunkt zu verbessern. Der Staatsanwalt beantragte 30 M. Geldstrafe eventuell 10 Tage Haft und das Gericht — Strafkommission — erkannte auf 5 M. Geldstrafe eventuell 1 Tag Haft. In der Urteilsbegründung hieß es, der Gerichtshof sei im Gegensatz zum Oberlandesgericht der Meinung, daß eine unmittelbare und grobe Verleumdung bei dem groben Unfug vorliegen müsse. Aber, so wurde dann weiter ausgeführt, das Oberlandesgericht habe in dem Satz: „Zuzug fernhalten“, groben Unfug als vorliegend erachtet. Das Reichsgericht sei allerdings anderer Ansicht, aber das hiesige Gericht müsse im vorliegenden Falle nach dem Entscheide des Oberlandesgerichts urteilen.

## Vom Kriegsschauplatz

ist heute nur sehr wenig zu melden. Eine Londoner Zeitung hatte zwar am Donnerstag „aus guter Quelle“ gemeldet, General Buller habe den Zuzug an drei Stellen überschritten. Es werde dem ganzen Tag über gekämpft. Aber das Kriegsamt bezieht sich mitzuteilen, daß ihm hiervon nichts bekannt sei.

Eine Drahtung des „Daily Telegraph“ besagt, die Truppen hätten während der letzten drei Tage Extrarationen empfangen und ruhten sich aus. Eine Abteilung Kavallerie mit Kanonen überwachte die Richards-Drift. Die Schiffkanonen in der Nähe des Swartkops besaßen Montag die Boeren, die fortgesetzt Laufgräben und Verteidigungswerke gegenüber Potgieters errichteten. „Daily Telegraph“ folgert aus diesem Umstande, daß die Potgieters- und Richards-Drift von den britischen Truppen besetzt gehalten werden und daß Buller nochmals versuchen werde, den Spionkopf einzunehmen. „Morning Post“ glaubt ebenfalls, ein solcher Versuch werde ohne Zeitverlust gemacht werden, die Bewegung sei wahrscheinlich schon im Gange.

Sonst liegt uns noch die folgende Meldung aus Spearman's Camp vom 30. Januar vor: Lord Dundonalds Kavallerie führte heute eine Melognodierung in weißlicher Richtung gegen Honkerspoort (identisch mit Indles) aus. Vom Feinde wurde nichts gesehen. Man fand zwei Joche der im Bau befindlichen Brücke bei Gled (?) zerstört vor.

## Von der Friedensbewegung.

Brüssel, 2. Febr. Die Petition, welche in ganz Belgien organisiert wurde, um den Präsidenten Mac Kinley zu bitten, die Vermittlung im südafrikanischen Krieg zu übernehmen, hat bereits 100 000 Unterschriften aufzuweisen.

In Washingtoner Repräsentantenhaus bemerkte am Donnerstag Schaffroth von der Partei der Silberleute, es sei Pflicht der Vereinigten Staaten, vermittelnd in den südafrikanischen Krieg einzugreifen. Kein rechtlich denkender Mann könne die südafrikanische Streitfrage prüfen, ohne die Ueberzeugung zu gewinnen, daß England im Unrecht und Transvaal im Recht sei. Die Rede wurde lebhaft applaudiert.

## Fortsetzung der Adressdebatte im Unterhaus.

London, 2. Februar.

Parlamentarischer Sekretär des Aeußern Brodrick erklärt, die Regierung habe es nicht unternommen, in Ken oder an einem gleich weit vom Kriegsschauplatz entfernten Punkt, Schiffe auf Kriegsschauplatz hin zu unternehmen, da man nicht verhindern könne, daß nach solch einer Unternehmung in später angekauften Häfen Kontorbande an Bord genommen werde, und da die für diese Häfen bestimmte Ladung eine wirksame Durchsuchung beeinträchtigte. Da die Postdampfer bedeutenden öffentlichen Interessen dienen, würden dieselben nicht angehalten werden, wenn nicht über einen bloßen Verdacht hinausgehende Gründe für die Annahme vorhanden seien, daß sich Kontorbande an Bord befinden. Das Verfahren hinsichtlich der Festsetzung einer Entschädigung für die Beschlagnahme von Frachzeugen beim Preisengericht könne nur auf Antrag der Parteien und mit Zustimmung des Gerichts eingestellt werden. Die Regierung begehre sich keines Rechts, aber im Hinblick auf die Vorstellungen der deutschen Regierung und die von der Postdampfer-Gesellschaft gegebene Versicherung, daß sie keine Befehle erteile habe, es dürfe keine Kontorbande befördert werden, habe die britische Regierung es übernommen, bis weitere Vereinbarungen getroffen würden, derartige Fahrzeuge nicht zu beschlagnehmen, es sei denn, daß die schwersten Verdachtsgründe vorlägen. Die hierauf bezüglichen Schriftstücke würden in kurzem dem Hause vorgelegt werden. Brodrick teilt ferner mit, die Regierung habe keine Information bezüglich irgend welcher Verhandlungen, welche neuerdings zwischen den Niederlanden und irgend welcher andern Macht in Bezug auf die gegenwärtigen Feindseligkeiten in Südafrika stattgefunden hätten, oder betreffend die gegenseitigen Beziehungen der europäischen Mächte in Bezug auf diese Angelegenheit. Er fragt an, ob Chamberlain auf den Brief Hawleys vom 20. Februar 1897, gerichtet an den Earl of Grey, aufmerksam gemacht worden sei, in welchem Hawleys mittelte, daß Telegramme vom letzten Halbjahr 1896 oder besser Verhandlungen über diese Periode herauskommen würden und wenn dies geschehe, Chamberlain niemand anders als sich selbst zu tadeln habe.

Orde wies die Unterstellung zurück, als ob die Opposition aus dem Kriege für die Partei Kapital schlagen wolle. Die Ministererklärungen über die Ursachen des Kriegs seien belanglos und unbefriedigend, die Beschwerden der Ausländer seien übertrieben; die Ausländer würden sich selbst Recht verschaffen haben ohne Krieg, der schlimmer sei als die Beschwerden. Die Frage der Souveränität sei unzulässig von Chamberlain hineingezogen worden. Was könnte man andres von dem Boeren erwarten, als daß sie den Krieg erklärten, als es klar war, daß der Krieg im Anzuge war?

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Aus dem Schlussband der deutschen Berufsstatistik.

Während die Berufszählung am 14. Juni 1895 aufgenommen wurde, daziert die Vorrede zum letzten Band der Berufs- und Gewerbe- und Handelsstatistik im Deutschen Reich nach der gewerblichen Berufszählung vom 14. Juni 1895. (Statistik des Deutschen Reichs, Neue Folge Band 119) vom November 1899. Schon in den Jahren 1898 und 1897 sind eine Reihe wertvoller, vorläufiger Mitteilungen und größere tabellarische Nachweisungen über die Ergebnisse dieser Erhebungen in den Vierteljahrsheften der Statistik des Deutschen Reichs publiziert worden. In diese vorläufigen Mitteilungen schlossen sich 18 Bände an, die zusammen ein Werk von 9940 Druckseiten des größten Quartformats und 80 Blätter graphischer Darstellungen enthalten. 9 Bände erschienen schon im Jahre 1897, welche die Einteilung der Bevölkerung des Reichs nach Gruppen, den Nebenberuf (Band 102), die Einteilung der Bevölkerung nach dem Beruf in Verbindung mit Alter, Familie, Stand und Religion (Band 103), die Bevölkerung der einzelnen Bundesstaaten nach Gruppen und Nebenberuf, für Preußen (Band 104), für die andern Bundesstaaten (Band 105), die Bevölkerung der Bundesstaaten nach dem Beruf in Verbindung mit Alter, Familie, Stand und Religion, sowie Spezialnachweise über Hausierer, Hausindustrielle und Arbeitslose (Band 106), dann Berufsgruppen und Nebenberuf in 28 einzelnen Großstädten (Band 107), ebendasselbe der Beruf in Verbindung mit Alter, Familie, Stand und Religion, mit weiteren Spezialnachweisen (Band 108), ferner die Bevölkerung der einzelnen kleineren Verwaltungsbezirke in ihrer beruflichen Gliederung (Band 109), und dann noch die Bevölkerung des Reichs und der einzelnen Bundesstaaten, beruflich gegliedert und eingeteilt nach den großen Klassen der Gemeinden (Band 110). Dann folgte im Jahre 1898 die sehr wertvolle Publikation über die Landwirtschaft im Deutschen Reich. Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895 (Band 112) ferner die Gewerbe- und Handwerksstatistik, die Beschreibung der Gewerbebetriebe nach Größen, Motoren- und Maschinenbenutzung, Betriebsdauer im Jahre, Rechtsform der Unternehmung sowie Darstellung des Personals nach Stellung und Art der Beschäftigung im Betriebe für das gesamte Reich (Band 113). Im folgenden Band 114 wurden Nachweise auf Grund der Gewerbe- und Handwerksstatistik für die einzelnen Bundesstaaten, in Bezug auf die Größe der Betriebe und das Personal, im Band 115 in Bezug auf Motorenbenutzung, Hausindustrie und Unternehmungsformen publiziert. Der Band 116 enthält die meisten dieser Nachweisungen für die 28 Städte, die 1895 mehr wie 100 000 Einwohner hatten. In den beiden folgenden Bänden, die auch noch 1898 erschienen, wurden die Ergebnisse der Gewerbe- und Handwerksstatistik für 1008 kleinere Verwaltungsbezirke verarbeitet (Band 117 und 118). Das Jahr 1899 brachte uns den Band 111, der die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes nach der Berufszählung vom 14. Juni 1895 behandelt, und den Schlussband, dessen Titel wir schon oben erwähnt haben.

So wie der an dieser Stelle schon ausführlich besprochene Band 111 der Statistik des Deutschen Reichs eine Zusammenfassung und lichtvolle Verarbeitung der acht Einzelbände über die Ergebnisse der Berufsstatistik enthält, so bietet der vor kurzem ausgegebene letzte Band der Gewerbe- und Handwerksstatistik nicht bloß die Quintessenz der sechs Bände der Gewerbe- und Handwerksstatistik, sondern auch eine sehr wertvolle Verarbeitung derselben. Vielen, die weder Zeit noch Lust haben, aus den Materialien der einzelnen Bände das zusammen zu fassen, das von allgemeinerem Interesse ist, wird dieser Band sehr willkommen sein. Er wird aber auch den berufsmäßigen Statistikern viel Neues und Interessantes bringen, und so manch trodene, allein wenig folgende Zahl durch den wertvollen Text illustriert. — Die beiden Bände 111 u. 119 der Statistik des Deutschen Reichs sind ein würdiger Abschluß des großen Zahlenwerkes, das den Rang der deutschen Statistik bedeutend gehoben hat. Man muß im Gegensatz zu den sonstigen Leistungen der Reichsbehörden anerkennen, daß bei der Berufs- und Gewerbe- und Handwerksstatistik anerkannter Wert Objektivität geübt wurde. Es wird niemand behaupten können, daß eine tendenziöse Absicht bei der Verarbeitung der Materialien zu Tage getreten ist, und selbst die Agrarier, denen die Resultate am wenigsten gefallen haben mögen, haben es nicht offen gewagt, die Sammlung der Materialien und ihre Verarbeitung anzugreifen. Sie mußten ja auch darauf gefaßt sein, daß man ihnen auf Grund des Fragebogens zur landwirtschaftlichen Betriebsstatistik nachweisen konnte, daß man bemüht war, selbst die kleinsten landwirtschaftlichen Grundbesitzer festzustellen, nur um die Zahl der an der Landwirtschaft interessierten Personen möglichst hoch erscheinen zu lassen. Wenn trotzdem die Berufsstatistik und Gewerbe- und Handwerksstatistik das kolossale Anwachsen der industriellen und des Rückgangs der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung feststellte, wenn man zahlenmäßig nachgewiesen werden kann, daß Deutschland den Übergang vom Agrarstaat zum Industrie- und Fabrikstaat ausgeführt hat, wenn der Nachweis erbracht werden kann, daß die Accumulation der Industrie in der Zeit von 1882—1895 ungeahnte Fortschritte gemacht hat, so ist das nicht Schuld des kaiserlich-statistischen Amtes, das nur festgehalten hat, was nicht zu sagen, eine der größten und fruchtbarsten Forderungen auf statistischem Gebiete gewesen wäre, was aber nur diejenigen Vertreter der herrschenden Ordnung befriedigt hätte, die die Politik des Vogel Strauß als der Weisheit U und O ansehen.

Selbst wenn man die Kapittelüberschriften aus dem Inhaltsverzeichnis des vorliegenden Bandes angeben würde, würde man doch nicht genügend auf die Reichhaltigkeit des Inhalts dieses Bandes hinweisen. Wir wollen hier nur hervorheben, daß unter andern ausführlichen Darstellungen, sowohl in textlicher als in tabellarischer Beziehung, die Arbeitsstellung des Gewerbetreibenden, die tatsächliche Beschäftigung der Arbeiter in den einzelnen Betrieben, die gewerbliche Benutzung von Motoren und Arbeitsmaschinen, der Gesamtumfang und die Leistungsfähigkeit der gewerblichen Unternehmungen, die Rechtsform derselben, Campaigne- und Saison-Gewerbe, Hausindustrie und Hausgewerbe, gewerbliche Gesangsarbeit, Gewerbe und Handel in den Bundesstaaten Deutschlands, Gewerbe und Handel im Vergleich zum Ausland behandelt werden.

Es ist außerordentlich schwierig, bei einem Band von fast 600 Seiten großen Quartformats, der konzentriert das behandelt, was in Tausenden von Seiten statistischen Materials festgesetzt wurde, sich darüber zu entscheiden, was man den Lesern einer Zeitung als das Wichtigste und Interessanteste vorführen soll; ist ja doch jede einzelne Zahl in den vielen Bänden der Gewerbe- und Handwerksstatistik schon eine konzentrierte Feststellung außerordentlich zahlreicher sozialer Einzelercheinungen. Man wird auch nicht umhin können, auf diesen Band der Gewerbe- und Handwerksstatistik noch vielfach zurückzukommen, da ja bis zur Wiederholung dieser Zählung, und bis das Material einer künftigen Zählung vorliegt, leider noch sehr viel Zeit verstreichen wird, und bis dahin dieses Material die wichtigste Quelle zur Erkenntnis unserer Gewerbe- und Handwerksstatistik und der durch dieselbe berührten wirtschaftlichen und der speziellen sozialen Ercheinungen sein wird. Wir wollen uns heute nur begnügen, kritisch und berichtend das Kapitel über „Einige Maschinenbetriebe“ an der Jahrhundertwende“ zu betrachten.

Kritisch haben wir dagegen zu bemerken, daß die Auswahl dieser Betriebe zu beschränkt ist, da nur 10 derselben behandelt werden. Obgleich die soziale Bedeutung der 296 Maschinenbetriebe im Deutschen Reich, von denen jedes mehr als 1000 Personen, und die insgesamt 592 928 Personen und 885 205 Pferdekräfte beschäftigen, außerordentlich groß ist und in ihrer wirtschaftlichen Wirkung nicht hoch genug veranschlagt werden kann, wäre

wohl ein ausführlicheres Eingehen auf diese interessante Ercheinung der großen kapitalistischen Entwicklung im Deutschen Reich wünschenswert gewesen. Wir haben nichts gegen die Auswahl dieser 10 Betriebe, die verschiedene Einrichtungen des wirtschaftlichen Lebens behandeln, einzuwenden. Wir nennen dieselben: Krupp, Vulkan in Stettin, Babilische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rhein, Weberei von Hermann Wünsch's Erben in Ebersbach in Sachsen, Schultheiß Brauerei Aktiengesellschaft in Werl, Warenhaus U. Wertheim in Berlin, Berliner Elektrizitätswerk, Große Berliner Straßenbahn, Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg, Deutsche Bank in Berlin.

Man hätte wünschen müssen, daß bei diesen einzelnen Beispielen festgesetzt werde, ob die geschriebenen Betriebe die größten der betreffenden Gewerbegruppen sind, beziehentlich wie viel größer und wie viel sonstige Betriebe über 1000 Arbeiter in dieser Gewerbegruppe existieren. Man ist wohl zu der Vermutung berechtigt, daß einzelne Betriebe bloß deswegen ausgewählt wurden, weil man das statistische Material gerade bei diesen durch andre Materialien leicht ergänzen konnte. Aber es giebt auch einzelne Betriebe die größer sind, als die betreffenden, hier angeführten, aber die auch ausführliches Material enthält. So z. B. die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals Schudert u. Co., die eine weitaus größere Anzahl von Arbeitern und Angestellten beschäftigt als die Berliner Elektrizitäts-Werke, und die wegen ihrer vielen Beziehungen zu in- und ausländischen Tochter-Instituten einer eingehenden Darstellung wert gewesen wäre, und über die endlich in ihrer Jubiläumsschrift sehr wertvolles Material vorliegt. Ebenso wäre die Frage gewesen, ob man statt des Warenhauses Wertheim, wenn man sich schon bloß auf 10 Betriebe beschränken wollte, nicht lieber den viel umfangreicheren Geschäftsbetrieb von Treys hätte wählen sollen, obgleich selbst das Treys'sche Geschäft nicht das größte seiner Art in Deutschland ist. Aber es wären von dem größten Warenhaus Deutschlands wohl schwer die genauen Daten zu erhalten gewesen, da dasselbe wohl mit Rücksicht auf die steuerpolitischen Pläne einzelner Bundesstaaten ihr Geschäft unter verschiedenen Firmen betreibt, bei vielen bloß als Kommanditist figurirt, so daß der Einzelbetrieb in seiner Isoliertheit nicht genau erlattet werden kann. — Es sei hier die Zwischenbemerkung gestattet, daß trotz aller Bemühungen der Berufsstatistik die Annahme berechtigt erscheint, daß die Accumulation in Deutschland noch bedeutend größer ist, als sie in der Statistik in Erscheinung tritt, weil die Zusammenfassung vieler Betriebe nicht in die Augen springt. Wir wollen dies an dem Beispiel beweisen, daß eine Aktien-Gesellschaft, so z. B. die Schudert-Gesellschaft, im Besitze sämtlicher Aktien anderer Gesellschaften ist, z. B. der Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, so daß tatsächlich diese beiden Gesellschaften einen Betrieb bilden, während sie dem äußeren Anschein nach nebeneinander bestehende Maschinenbetriebe sind. Statistisch für die Zwecke einer Gewerbe- und Handwerksstatistik ist der Bestand an andern Betrieben kaum zu erfassen, obgleich dieser von großer Bedeutung für die Frage der Accumulation ist; so besitzt die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft von Schudert u. Co. (nominell) 620 000 Mark der Aktien der Hamburgischen Elektrizitätswerke, 600 000 Mark der Aktien der Zwickauer Elektrizitäts- und Straßenbahn-Aktiengesellschaft, 365 175 Mark der Rammberger Straßenbahn, 187 432 Mark der Lutz u. Rosens Elektrische Actienbolag, 23 845 Mark der Elektrizitätswerke Stern, 35 200 Mark der Compagnie Viennoise d'Electricité Viennaise, 336 675 Mark der Actieselskabet Haffslund (Norwegen), 1 700 000 Mark der Moskauer Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Jajce, 242 048 Mark des Elektrizitätswerks Lonza, 200 550 Mark der Königsberger Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft, 112 900 Mark der Actieselskabet Holmenkolbanen Christiania, 438 000 Mark des Elektrizitätswerks Schweiz, 721 623 Mark der Reiten Wiener Tramway etc. Der Fall Schudert bietet auch den Anlaß zu zeigen, daß der heutige Maschinenbetrieb überhaupt nicht mehr von einer nationalen Berufsstatistik erfasst werden kann, er wächst, wie schon die Aktienbeteiligung beweist, über die nationalen Grenzen hinaus. So hat die Firma Schudert eine große Reihe von Zweigfabriken und kaufmännischen und technischen Bureaus nicht nur in einer großen Reihe von Städten Deutschlands, — wir erinnern die Berliner Leser nur an die ehemalige Fabrik Naglo in Treptow bei Berlin — sie ist auch an zahlreichen Werken im Auslande beteiligt. So an dem großen Schudertwerke in Wien (vormals Armentz u. Mayer) mit 1 764 844 Mark, Paris (Société industrielle d'Electricité), London (British Schuckert Electric Co. Ltd.) mit 302 464 Mark, ferner an der Compagnie générale d'Electricité du Creil, Dayd & Pillé mit 487 913 Mark, bei der 1899 errichteten russischen Schudert-Gesellschaft (vormals B. Zeißel) in St. Petersburg, dann bei der rheinischen Schudert-Gesellschaft in Mannheim mit 157 500 Mark, sowie bei der Elektra Aktien-Gesellschaft in Dresden. Sie besitzt elektrische Centralen in eigener Verwaltung in Frankfurt a. M., Berlin (Neues Theater), Mainz, München, Wiesbaden, Penzig, Starnberg, das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn in Hamm, ferner betreibt sie die holländischen Elektrizitätswerke in Raagen und Würzburg.

Die Kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, deren gesamter Aktienbesitz der Elektrischen Aktien-Gesellschaft vorm. Schudert gehört und deren Verwaltung völlig vereint ist mit der der Schudert-Gesellschaft, besitzt Zweigniederlassungen in Stuttgart und in Sigmaringen und eine Generaldirektion in Wien. Die Gesellschaft betreibt in eigener Verwaltung die Elektrizitätswerke in Stuttgart, Sigmaringen, Reustadt a. S., Walsbühl, Wahrenheim, Verdetsgaden, Verzagabern, Grembsbrunn, Günzburg, Vergamo, sowie die Straßenbahn- und Elektrizitätswerke in Ulm a. D. Die Gesellschaft besitzt 600 600 fl. B. in Aktien der Elektrizitätswerke und Straßenbahn-Gesellschaft Czernowitz, mit 2 Millionen Mark ist sie an der Augsburger Straßenbahn beteiligt, mit anderen Gesellschaften hat sie die Aktiengesellschaft Reichenberger Straßenbahn (Böhmen) gegründet, mit deutschen und belgischen Finanzgruppen hat sie sich die Majorität bei der Trambahn-Gesellschaft in Konstantinopel gesichert, sie ist auch beteiligt bei der Compagnie electrica Anversoise (Antwerpen). Die Gesellschaft besitzt fast 2 1/2 Millionen in Aktien der Hamburgischen Elektrizitätswerke, fast 1 Million Lire in Aktien der Sicilianischen Tramway-Omnibus-Gesellschaft, 3/4 Millionen (nom.) Lire der Züricher Kleinbahn-Gesellschaft, 700 000 Mark der Zwickauer Elektrischen Straßenbahn, ferner fast 8 Millionen Francs in italienischen und belgischen, über 3 Millionen fl. B. in österreichischen Straßenbahn-Aktien, ferner sehr erhebliche Summen in deutschen, spanischen, norwegischen und russischen Elektrizitäts-Aktien. Dabei bestehen weitgehende Abmachungen mit den Großbanken. Alle diese Unternehmungen sind durch Verträge, Aktienbesitz, Austausch von Verwaltungspersonal und Aufsichtsratsmitgliedern an zahlreichen andern Unternehmungen beteiligt. Vereinigungen mit andern den Markt beherrschenden Firmen können bald zum Abschluß kommen. Die Accumulatoren-Fabrik Aktiengesellschaft in Berlin besitzt Fabriken in Hagen i. B., in Wien und Budapest, sie ist beteiligt an weiteren Fabriken in Hagen i. B., St. Petersburg, Gdansk, Steyr, Prag, Berlin (Schweiz), Stockholm, Madrid. Auf Grund der Vorkaufsverträge stehen sich Duzende ähnlicher Beispiele an. Leider ist man über den Effectbestand der großen Gründungsbanken (Credita mobiliers), wie z. B. der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, des Hauses Rothschild, Mendelssohn, Barckhaus etc. nicht genügend informiert; aber alles spricht dafür, daß sich der Schwerpunkt der industriellen Kapitalanlage dort befindet, daß die Bedeutung dieser Geschäftsunternehmungen heute weit weniger im Bankgeschäft als in der obersten Leitung unserer

Produktion liegt. So konzentriert sich eine ungeheure, genau nicht festzusetzende Kapitalmacht in wenigen Betrieben.

Es wird wünschenswert sein, bei einer Wiederholung der Berufsstatistik auf diese Ercheinungen das Augenmerk zu lenken, obgleich nicht verächtlich werden soll, daß derartige Feststellungen leichter ercheinern, als sie thatsächlich sind, weil häufig die ausländischen Fabriken anders firmieren als die Muttergesellschaft im Inland. Ebenso aber entzieht die Frage, ob man nicht Zweiggeschäfte ausländischer Fabriken innerhalb des Deutschen Reichs, deren Zahl sich wegen der hohen Industriezölle immer mehr vermehrt, nicht bloß als deutsche Betriebe, sondern auch als Glieder eines internationalen Betriebes festsetzen soll. Es ist ebenso interessant zu konstatieren, daß die große Fabrikfabrik Dieroppin in Viesfeld in Wien und in Graz hat, als daß die Premier Cycle Co. in England eine Maschinenfabrik in Döb bei Nürnberg hat, neben andern Fabriken im Ausland. Diese Beispiele liegen sich in unendliche vermehren. Wir erinnern heute nur noch an die große Firma Maggi in der Schweiz, die mehrere Fabriken in Deutschland, in Oesterreich, Frankreich und in andern Ländern hat, an die Schweizer Chokoladefabrik von Eugard mit der gleichen Ercheinung, an die Maschinenfabrik von L. u. C. Hartmann in Ludwigs in Böhmen, die jetzt ein Geschäftshaus in Dresden hat, an die Stahlblechfirma Carl Ruhn u. Co. in Wien, die in Stuttgart ein deutsches Haus hat, und dann an die zahlreichen großen Handelshäuser, die im Ausland und in fremden Weltteilen ihre Geschäftshäuser besitzen, wie z. B. die Firma Boermann in Hamburg, Jeß in Berlin.

Eines dieser Beispiele ist ja bei der Deutschen Bank in Berlin angegeben, die eine Filiale in London und 13 weitere Niederlassungen im Auslande hat, neben 16 Depositenkassen in Berlin, 4 Filialen in Bremen, Frankfurt a. M., Hamburg und München, 12 Anker-Institute mit 43 Niederlassungen im Inlande. Es wäre übrigens interessant gewesen, wenn neben der Deutschen Bank der Betrieb der Reichsbank auch in den wichtigsten zahlenmäßigen Ercheinungen festgesetzt worden wäre, ebenso wie neben der großen Berliner Straßenbahn die preussische Staats-Eisenbahn-Verwaltung, oder die deutsche Reichs-Postverwaltung, die zwar statistisch, aber auch geschäftlich Betriebe sind, hätten dargestellt werden sollen. Ueber die Firma Krupp ist erst unlängst in diesen Blättern so ausführlich berichtet worden, daß wir hier auf die Angaben der Berufsstatistik näher eingehen nicht nötig haben. Wir wollen nur unser Bedauern ausdrücken, daß über die ausländischen Produktionsstätten dieser Firma nichts mitgeteilt wird, und doch soll es Tatsache sein, daß die Firma in Spanien Eisenminen selbst betreibt, daß sie an großen amerikanischen Eisenwerken direkt beteiligt ist; wie weit sie ihren Plan, in Russland eine große Schiffswerft zu bauen, ausgeführt hat, sind wir nicht in der Lage festzustellen, aber der Plan ist jedenfalls ernstlich ventiliert worden. Aber schon diese wenigen Daten, die durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, beweisen, daß die Firma jedenfalls mehr Arbeiter und Angestellte beschäftigen dürfte, als die für den August 1899 angegebene Zahl von 44 057.

In den heutigen Tagen des Kampfes um die Flotte werden einige Bemerkungen über die Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft Vulkan besonders interessiren. Dieselbe beschäftigt 3 Direktoren, 114 kaufmännische Angestellte und Rechnungsbeamte, 281 Ingenieure und Werkmeister und 6810 Arbeiter. An Motoren werden verwendet: 56 Elektromotoren mit 380 Pferdestärken, 78 Dampfmaschinen mit 2844 Pferdestärken; ferner sind 977 wichtigere Arbeitsmaschinen im Gebrauch. An maschineller Einrichtung wird die Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft Vulkan durch die Babilische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. R. übertraffen; sie beschäftigt zwar bloß 6341 Personen, worunter 5825 Arbeiter, aber neben 2944 wichtigen Arbeitsmaschinen und 221 Dampfmaschinen mit 9000 Pferdestärken 62 Elektromotoren mit 156 Pferdestärken, einen Gasmotor mit 12 und 51 Federbedampfmotoren mit 2000 Pferdestärken. Vom Jahre 1890—98 stieg die Anzahl der beschäftigten Arbeiter ununterbrochen von 3668 auf 5414.

Interessant sind die Verhältnisse der Weberei von Hermann Wünsch's Erben in Ebersbach in Sachsen, die neben der Stammfabrik mit mechanischer Weberei, Appretur, Rauerei, Mangel-, Vorbereitung und Ausstrahlung, sowie verschiedenen Nebenbetrieben, aus einer Filiale mit mechanischer Weberei und Spulerei, einer zweiten Fabrik mit größerer Druckerei, Pulver-, Kattun-, Häberei, türkischer Kofsfärberei, Stärke- und verschiedenen Nebenbetrieben, ferner zwei weiteren Filialen mit mechanischer Weberei und Spulerei besteht. In der Gesamtunternehmung wirken neben 85 kaufmännischen Beamten und 148 technischen Angestellten 2800—3000 Arbeiter und 600—700 Hausgewerbetreibende. An Maschinen verfügt sie neben 18 Dampfmaschinen und 16 Dampfmaschinen mit 1476 Pferdestärken über 4 Elektromotoren mit 23 Pferdestärken und 2 Wasserrädern mit 24 Pferdestärken.

Außerordentlich zahlreich und mannigfaltig ist die Anzahl der Arbeitsmaschinen, von denen ca. 30 verschiedene Arten angewendet werden, von denen die interessantesten wohl die 37 Spulmaschinen mit 2920 Spindeln, 43 Treibmaschinen mit 1816 Spindeln, 18 Zwickmaschinen mit 594 und 82 Weilmotoren mit 1000 Spindeln sind. An Nebenbetrieben sind mit dem Hauptunternehmen verbunden: 1 Zicherei, 3 Schlossereien, 1 Schuhbinderei, 1 Klempnerei, 2 Kupfer-, Schmieden, 1 Sattlerei, 1 Kartenschlägerei, 1 Kammwäscherei, 1 Gas-erzeugung- und 1 Elektricitäts-Anlage. Die Untersuchung der Nebenbetriebe wäre sehr dankenswert, es kämen da ganz merkwürdige Kombinationen zu Tage, nicht bloß wie z. B. bei der Firma F. A. Brodhaus in Leipzig alle Formen der Servicefertigstellungskunst und des Buchhandels, sondern auch Maschinenfabriken, die Buchbinderien für den eigenen Bedarf im Betriebe haben, wie z. B. die vereinigten Maschinenfabriken Nürnberg und Augsburg mit ihrer Filiale in Gustavsburg.

Die Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg beschäftigt 8145 Personen, darunter 3 Geschäftsleiter, 267 kaufmännische Angestellte, 828 technische Angestellte und 7049 Arbeiter, das sind aber nur die Personen, die am Land beschäftigt sind. In diesen kommen die auf den 80 Ozeandampfern beschäftigten 6120 Mann, und die auf den 76 Fluchdampfern, See- und Fluchschleppern beschäftigten 378 Mann; an Lande werden 28 Kraftmaschinen mit 1135 Pferdestärken, 13 Dynamos von 1074 Volt und 3272 Ampere und 218 Arbeitsmaschinen verwendet. Die Ozeandampfer verfügen über Dampfmaschinen mit 253 710 Pferdestärken, die 76 Fluchdampfer mit 6731 Pferdestärken. Der Raumgehalt sämtlicher Schiffe beträgt 437 905 Registertons. Von 1886 bis 1899 hat sich die Zahl der Ozeandampfer von 25 auf 80, die der Brittonats von 67 237 auf 411 866, das Aktienkapital von 20,8 Millionen auf 78,4 Millionen vermehrt, die Zahl der Reisen von 154 auf 905, die der zurückgelegten Seemeilen von 1 400 000 auf 8 510 000, die der beförderten Güter von 503 862 auf 2 388 640 Kubikmeter vermehrt, während die Anzahl der Passagiere von über 48 000 auf bloß 74 000 unter sehr starkem Wechsel in den Zwischenjahren wuchs wegen des Rückgangs der überseeischen Auswanderung.

Mit einigen Bemerkungen über die Deutsche Bank in Berlin wollen wir schließen. Dieselbe beschäftigt 1625 Personen, das Aktienkapital hat sich von 15 000 000 Mark auf 130 Millionen erhöht. Die Reserven derselben betragen 46 500 000, 31 Proz. des gegenwärtigen Aktienkapitals; vom Jahre 1893 bis 1898 stieg die Anzahl der Conten von 29 984 auf 58 500, der Gesamtumfang von 29 auf 44 000 000 000 Mark.

Gegen diese Betriebe — und sie nehmen sich von Jahr zu Jahr — wird jede Mittelstandspolitik vergebens ankämpfen trotz der Führung dieser Bewegung durch so große Geister, wie die Herren Dr. Dahn, Dietel und Genossen. — Br.

\*) X, 245 und 318\* S. gr. 4<sup>o</sup> und 14 Kartogramme. Berlin. Postkammer u. Vahlbrecht. Preis 8 Mark.

## Wolff und Hirsch.

In dem Prozeß wegen Diebstahls von Depeschmaterial, in dem sich die Bureau Wolff und Hirsch gegenüber stehen, brachte der weitere Verlauf der Verhandlungen eine Reihe Indizien, aus denen hervorzugehen scheint, daß das Bureau Hirsch Wolffische Nachrichten benutzt hat. Auf Befragen des Rechtsanwalts Werthauer erklärte Zeuge, Direktor Dr. Mantler, daß das Wolffische Telegraphen-Bureau eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von einer Million Mark sei. Ein Teil der Aktien befand sich in den Händen des Herrn v. Viechroder. Auf Befragen des Verteidigers Dr. Sello, ob der Zeuge einen einzigen Fall angehen kann, in welchem nachzuweisen ist, daß das Hirschsche Bureau eine Nachricht aus dem Wolffischen Bureau benutzt habe, erwidert der Zeuge, daß er hierzu außer Stunde sei, weil er sich nicht daran gekümmert habe.

### Redakteur Ehrentraut,

der früher bei der „Berliner Abendpost“ angestellt war, giebt an, daß er vor etwa zwölf Jahren im Hirschschen Bureau während der Vormittagsstunden beschäftigt war. Als Redakteur der genannten Zeitung habe er auch die Wolffischen Depeschen bezogen und es sei vorgekommen, daß er diese Depeschen auch für das Hirschsche Bureau benutzt habe. Auf die Frage, wie oft dies geschehen sei, erklärt der Zeuge, daß er sein Zeugnis hierüber verweigere, da er befürchte, sich sonst selbst einer strafbaren Handlung bezichtigend zu müssen. Wegen Unvollständigkeit der Aussagen des Zeugen wird dessen weitere Vernehmung ausgesetzt. — Der folgende Zeuge,

### Redakteur Palm aus Herbedthal

befundet, daß er viele Nachrichten — während des spanisch-amerikanischen Krieges bisweilen 20mal täglich — dem Hirschschen Bureau telephonisch übermittelt habe. Die Nachrichten wurden von London nach Paris, von dort nach Brüssel, dann nach Herbedthal und von dort durch ihn nach Berlin telephoniert. Die ganze Verbindung habe jedesmal etwa eine Stunde in Anspruch genommen. Rechtsanwalt Prodnig richtet an den Zeugen die Frage, ob er nicht einmal eine

### Depesche erdichteten Inhalts

an Hirsch gerichtet habe. Der Zeuge bejaht dies. Er habe versucht wollen, ob die Angestellten des Hirschschen Bureaus lesen seien und habe deshalb an einem Sonntag im März 1898 an Hirsch eine Depesche abgesandt, wonach Oberst Picquard in türkische Dienste getreten sei. Am Montag darauf hätten schon viele Zeitungen die erdichtete Nachricht wiedergegeben und aus dem davorgelagerten W habe er angenommen, daß sie aus dem Wolffischen Bureau stamme. Es könne also nur eine Durchsicht zwischen den Angestellten des Hirschschen und Wolffischen Bureaus vorgelegen haben.

Der Angeklagte Hirsch weist auf der Telefonabrechnung nach, daß ihm die Verurteilung Drehsus' um 4 Uhr 51 Minuten zugegangen ist. Direktor Dr. Mantler erklärt, daß dem Wolffischen Telegraphenbureau die Nachricht erst um 6 Uhr 7 Minuten geworden ist.

Bei der Fortsetzung der Verhandlung überreicht Direktor Dr. Mantler einen Band der Depeschen des Wolffischen Bureaus, um zu beweisen, daß die von der Gegenseite erwählte Depesche betr. den Oberst Picquard darin nicht enthalten sei. — Darauf wird der

### Redakteur Paul Störmer

vernommen, der früher längere Zeit im Hirschschen Bureau beschäftigt war. Er befundet, daß das letztere häufig Auszüge aus Wolffischen Depeschen an seine Kunden verschickt habe. Die Druck-Eremplare der Wolffischen Depeschen seien gewöhnlich von dem Voten Oskar Müller gebracht worden, sie hätten sich meistens in einem Umschlag der „Berliner Zeitung“ befunden, in welcher damals der Zeuge Ehrentraut thätig gewesen sei. — Justizrat Dr. Sello behauptet, daß der Zeuge Störmer ohne Wissen seiner Chefs für auswärtige Zeitungen Zeitartikel geschrieben und dazu wahrscheinlich seine Kenntnis aus dem Nachrichten-Material des Hirschschen Bureaus benutzt habe. Dies sei durch einen Zufall erst bekannt geworden. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß er seine Wahrnehmungen über die widerrechtliche Benutzung Wolffischer Depeschen gelegentlich einem Angestellten des Wolffischen Bureaus, Herrn Stellbogen, mitgeteilt habe. — Rechtsanwalt Prodnig stellt durch Befragen des Zeugen folgendes fest: Der Zeuge ist früher Postbeamter gewesen und wegen Unterschlagung entlassen und zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er ist dann durch Vermittlung einer dritten Person bei Hirsch angelernt und hat ein Anfangsgeld von 100 M., später 200 M. erhalten. Rechtsanwalt Prodnig überreicht ferner eine Reihe von Briefen des Zeugen an das Hirschsche Bureau; in dem einen derselben erkennt Zeuge an, daß er Geldbegehre, die er für daselbe in Empfang genommen, im Betrage von etwa 500 M. nicht abgeführt habe. In anderen Briefen, die nach seiner Entlassung geschrieben sind, verlangte Zeuge eine ihm angeblich zustehende Geldsumme von 1100 M., widrigenfalls er gewisse Vorgänge im Hirschschen Bureau verraten würde. In einem andern Briefe droht er mit gerichtlichen Schritten, falls er nicht binnen drei Tagen das Geld erhalte; er hat es aber nicht erhalten und solche Schritte nicht unternommen. Auf Befragen des Direktors Mantler erklärt der Zeuge Störmer, daß im Hirschschen Bureau eine Instruktion bestanden habe, für die „Berliner Zeitung“ Wolffisches Material zu verwenden. Der Angekl. Hirsch sucht diese Behauptung zu entkräften.

Es wird alsdann nochmals der Redakteur Paul Ehrentraut als Zeuge vernommen und festgestellt, daß derselbe i. Z. Redakteur der

### „Berliner Abendpost“

und gleichzeitig im Hirschschen Bureau thätig war. Die „Berliner Abendpost“ erscheint in denselben Verlage, wie die „Berliner Zeitung“, es sind dort zwei Exemplare der Wolffischen Depeschen vorhanden und der Zeuge soll nun beinahe täglich mit seinem eigenen Manuskript auch Wolffisches Material an Hirsch geschickt haben. Er giebt dies zu, meint aber, daß dies nur geschehen sei, wenn ein Wolffischer Nachrichtenzettel in der Redaktion unbenutzt übrig geblieben war oder wenn etwas Besonderes vorlag, was nach seiner Meinung Interesse für Hirsch haben könnte. Er sei dazu niemals von Hirsch aufgefordert worden, letzterer habe allerdings auch niemals seiner Verwunderung über diese Zustellung Wolffischen Materials Ausdruck gegeben. In einem Falle habe Herr Hirsch ihm gesagt, daß er die Wolffischen Sachen nicht gebrauchen könne. Der Zeuge erklärt, daß er sich gesagt habe, Hirsch werde ein Interesse daran haben, zu sehen, wie Wolff die eine oder die andere Sache behandle. Eine Anfrage des Justizrats Dr. Sello beantwortet der Zeuge dahin, daß es sich immer um Material handle, welches schon durch die Zeitung benutzt worden war. — Direktor Mantler bezweifelt dies stark und begründet seine Ansicht, daß von den zwei Exemplaren, die die „Berliner Zeitung“ und die „Berliner Abendpost“ erhalten, nur eins in der Redaktion benutzt werde, das andre in seinem Zustande an Hirsch geschickt worden sein dürfte.

### Auch ein Nebenberuf.

Zeuge Oskar Müller ist Votum im Bureau Hirsch und hat an der Börse den Angeklagten Dörfert kennen gelernt. Er sei an der Fondsbörse beschäftigt gewesen und habe Dörfert gebeten, ihm die Kurse von der Produktionsbörse zu sammeln, damit er in der Lage sei, den Börrentenden, die ihn vielfach danach fragten, die Kurse sagen zu können. Dörfert habe ihm außerdem abends die Fondsbörsen-Kurse und Tendenzberichte geben lassen, über die er dann den ihm des Abends begehrenden Börrentendenzkuranten gegen gutes Trinkgeld Auskunft gegeben habe. Dörfert habe außerdem mehrfach für ihn Briefe bei Buhle abgegeben, die Börsentendenzberichte enthielten. Diese Nachrichten habe er aber in eigenen Interesse verwendet, aber nie dem Bureau Hirsch gegeben. — Auf Befragen des Justizrats Dr. Sello erklärt der Zeuge, daß er „feste Kundenschaft“ nicht habe; er sei nur abends in der Friedrichstraße vielfach von ihm

bekanntem Börrentenden nach Kurzen Börrentenden, Ursachen der Schwankungen u. gefragt worden. Der Zeuge bestätigt weiter auf Befragen, daß er, wie andere Voten, seinen Bekannten zum Ankauf oder Verkauf bestimmter Papiere geraten habe.

### Viechroder.

In der Beweisaufnahme kommt weiter zur Sprache, daß vom Angeklagten Hirsch bezw. dessen Bruder Schritte unternommen worden seien, um zu ermitteln, ob nicht auch im Wolffischen Bureau Unregelmäßigkeiten vorgehen. So ist u. a. Redakteur Bedekind, der seiner Zeit bei Wolff thätig gewesen, von dem Bruder des Angeklagten Hirsch aufgesucht worden, ohne daß letzterer Erfolg hatte. Auch der jetzige Hilfsarbeiter im Finanzministerium Hans Anruh, der vor zehn Jahren im Wolff'schen Bureau angestellt war, ist eines Tags zu Hirsch bestellt worden. Er hat bei dieser Gelegenheit Herrn Hirsch erzählt, daß seines Wissens im Wolffischen Bureau nach einer geheimen Instruktion wichtige politische Nachrichten, die auf die Börse von Einfluß sein könnten, vor ihrer Veröffentlichung dem Hause Viechroder vorgelesen seien. Er hat bei dieser Gelegenheit weiter erzählt: Als einmal eine Depesche aus Argentinien eingelaufen und veröffentlicht worden sei, ohne erst dem Hause Viechroder vorgelesen worden zu sein, sei darüber großer Ärger gewesen und der für dieses Verfahren Verantwortliche entlassen worden. — Rechtsanwalt Prodnig wünscht zu wissen, ob nicht wichtige politische Depeschen, die bei Wolff einlaufen, vor ihrer Veröffentlichung den Viechrodern vorgelesen werden müssen. Von dieser Fragestellung wird aber Abstand genommen, weil nach Ansicht des Gerichts die Frage mit dieser Anlage gar nichts zu thun habe.

### Eine romantische Geschichte.

Nach einigen Zeugen, deren Aussagen ohne Belang sind, wird der Lehramter Gustav Post vernommen. Der Sohn desselben ist neun Jahre als Votum bei Hirsch thätig gewesen und dann plötzlich entlassen worden. Die Anklage vermutet, daß dieser Votum am meisten von begangenen Unregelmäßigkeiten wisse und deshalb vernommen worden sei, aus Berlin zu verschwinden. Angeklagter Hirsch behauptet, daß diese Entlassung darauf zurückzuführen sei, daß Post, der im Bureau „Hermann“ gerufen wurde, eine Denunziation wegen Heberleiung der Sonntagstruhe erstattet habe. Der Zeuge Post (Vater) bekundet: Der Sohn sei am 11. Juni v. J. nach Hause gekommen und habe mitgeteilt, daß er plötzlich entlassen sei. Auf die Frage nach dem Grunde habe der Sohn geantwortet: Er könne den Grund nicht sagen, er habe sein Ehrenwort gegeben, darüber nicht zu sprechen. Er habe auch gleich seinen Koffer gepackt und sei an demselben Tage abgereist — angeblich nach Hamburg. Wo er Geld zur Reise her hatte, wisse er nicht. Auf eine Erkundigung bei Herrn Hirsch habe dieser geantwortet, man solle sich nur nicht beunruhigen, die Entlassung sei erfolgt, weil der Sohn sich vorlaut betragen habe. Von dem Sohne hat die Familie dann lange nichts gehört, endlich ist von ihm ein Brief aus Antwerpen eingegangen, in welchem er mitteilte, daß es ihm gut gehe und er alles Uebrige mündlich mitteilen werde, da er in einigen Wochen zurückkehren würde. Als dies nicht geschah, hat die Schwester an den Bruder geschrieben, der Brief ist aber als unbestellbar zurückgekommen. Dann hat die Schwester, Nichte Post, nach Ansuchen an den Väter des Bruders geschrieben und darauf einen in französischer Sprache verfaßten Brief des Bruders erhalten, den Prof. Norman verdolmetscht. Darin heißt es: der Sohn sei abgereist, unbekannt wohin, er sei auch nicht zurückgekehrt und man wisse nicht, was aus ihm geworden sei. Er sei mit einem Herrn mit schwarzem Vellhart abgereist, habe angeblich nach Paris gehen wollen, solle aber in Rotterdam sich aufhalten. Während seiner Anwesenheit in Antwerpen habe er nicht gearbeitet, habe aber jede Woche von dem Herrn, mit dem er abgereist sei, Geldbriefe erhalten, vor seiner Abreise habe er sich neue Kleider gekauft. Der Brief war adressiert „Monsieur Nichte Post à Berlin“. — Frau Post und ihre Tochter bekundeten die Aussage des Vaters. Der Zeuge Palm aus Herbedthal erklärt, daß er nicht der in dem Antwerpener Briefe als „Patron“ des jungen Post bezeichnete Mann sei.

## Tokales.

### Ein kommunaler Messias?

Die Rede, die der Oberbürgermeister Kirchner in der ersten Stadtverordneten-Sitzung dieses Jahres bei der Einführung der neu gewählten Stadtverordneten gehalten hat, ist, wie sich jetzt herausstellt, von manchen Seiten sehr ernst genommen worden. Besonders in dem Sage von den „Aufgaben der sozialen Fürsorge“, deren Lösung Herr Kirchner in Aussicht stellte, erblinden einige Schwärmer mehr als nur schöne Worte, wie sie bei solchen Gelegenheiten gemacht zu werden pflegen.

Offen gestanden: wir haben geglaubt, die oberbürgermeisterliche Verheißung würde von der gesamten Berliner Bevölkerung mindestens ebenso rasch wieder vergessen werden, wie sie vernünftig von dem Herrn Oberbürgermeister selber wieder vergessen worden ist. Das Häuflein der Rational-Sozialen hat aber jene Redebühne sogar so ernst genommen, daß sie jetzt in Noth bei der Stadtverordneten-Wahl Gesandte damit machen zu können glauben. Sie stempeln den schonredenden Oberbürgermeister in ihrer Herzensheftigkeit beinahe zu einer Art von Kommunalein Messias, auf den alles, was es in Berlin an Nützlichem und Beladnem giebt, seine Hoffnung setzen darf, und sie möchten dem Glauben an diesen vermeintlichen Retter aus aller Not und Bedrängnis nicht nur in den Kreisen des sogenannten Mittelstandes, sondern auch in den Reihen der Arbeiter Anhänger werden.

Nun ist Herr Kirchner zweifellos ein sehr thätiger Mann. Vielleicht wäre er sogar wirklich im Stande, jene Aufgaben der sozialen Fürsorge ihrer Lösung entgegenzuführen. Aber wo hat er denn bisher gezeigt, daß er etwas Derartiges ernstlich will? Er hat weder als Bürgermeister noch als unbestätigter Oberbürgermeister irgend etwas gethan, was darauf schließen ließe, daß er sich der sozialen Pflichten eingedenk ist, die eine Kommune wie Berlin hat. Wird er als bestätigter Oberbürgermeister mit einem Male einen andern Standpunkt einnehmen?

Und selbst wenn er ernstlich wollte, was er in seiner Rede versprochen hat, so liegt doch der Schwerpunkt der städtischen Verwaltung nicht beim Oberbürgermeister noch überhaupt im Magistratskollegium, sondern in der Stadtverordneten-Versammlung. Auch Oberbürgermeister wird ein Reformprogramm durchsetzen können, wenn die Stadtverordneten-Versammlung Widerstand leistet, wie andererseits auch kein Oberbürgermeister sich dauernd dem Wunsch nach Reformen widersetzen kann, wenn die Stadtverordneten-Versammlung darauf hindrängt. Der kommunale Reformen verlangt und erwartet, der verlangt und erwartet sie also von der Stadtverordneten-Versammlung!

Was man von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung — von der freisinnigen Mehrheit, die in ihr herrscht — erwarten darf, das ist hinreichend bekannt. Der Berliner Kommunal-freisinn hat noch niemals auf Reformen hingedrängt. Er hat oft genug sogar das Gegenteil gethan und wird auch in Zukunft noch lieber oft das Gegenteil zu thun suchen, bis seine Herrschaft gebrochen ist. Genau so viel und genau so wenig, wie von diesem Freisinn, darf man aber von Herrn Kirchner erwarten. Er wird niemals weiter als bis zu dem Punkte gehen, wo er bei der freisinnigen Mehrheit noch auf Unterstützung rechnen kann, und das ist eben nicht weit. Er darf nicht weiter gehen und — davon sind wir überzeugt — er will es auch gar nicht. Er ist ja „Geist von ihrem Geist“. Daraus ergibt sich dann aber von selbst, wie wenig die Freunde kommunaler Reformen aus den Reihen der, die sich jetzt gewissermaßen als Oberbürgermeister-Partei aufstehen, zu erwarten haben — so radikal sich diese Leuten im übrigen gebärden.

Als im Jahre 1898 der Berliner Reformverein Herrn Kirchner aus Anlaß seiner Wahl zum Oberbürgermeister beglückwünschte, antwortete dieser sich in seiner Antwort speziell über die Notwendigkeit von Schulreformen. Er hob hervor, es müsse dabei „mit Vorsicht“ verfahren werden, die Schulverwaltung dürfe „nie ruhen, aber auch nie hasten“. In diesen Worten kommen die oberbürgermeisterlichen Grundsätze klar zum Ausdruck. Herr Kirchner gilt als ein Begner ungestümen Drängens“, als ein Mann der „Mäßigkeit“ mit der „Besonnenheit“. Er hat in der That bereits mehrfach gezeigt, daß er es vorzuziehen versteht, Reformen zu wünschen mit seinen beschwichtigenden Darlegungen erfolgreich zu bezeugen. Wiederholt haben erst seine Ausführungen es der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung ermöglicht, ihr ablehnendes Votum mit Anstand abgeben zu können. Wie sehr Herr Kirchner in die Bahnen dieser Mehrheit wandeln will, das beweist übrigens auch jene Einführungsrede. Er hebt nachdrücklich hervor, daß bei der Lösung der sozialen Aufgaben die Steuerkraft der Bürgerschaft berücksichtigt werden müsse. Was diese an sich durchaus zu billiger Aufhebung in diesem Zusammenhang und aus diesem Grunde zu bedeuten hat, das weiß jeder, der das Wallen des Freisinn in der Berliner Kommunalverwaltung kennt. Die Rücksicht auf den Geldbeutel der Besitzenden wird die Rücksicht sein, an die sich die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung und der Magistrat samt Herrn Kirchner bei der Lösung der sozialen Aufgaben halten werden.

Wer auf einen solchen „Messias“ seine Hoffnung setzt und andre zu derselben Thorheit verleiten will, der verdient den Namen eines „betrogenen Betrügers“!

Im Wöchnerinnenheim am Urban, das seit 2 1/2 Jahren besteht, ist in diesen Tagen die tausendste Entbindung erfolgt.

Die städtische Schuldeputation, an deren Spitze Oberbürgermeister Kirchner steht und welcher außer je fünf Stadträten und Geistlichen, zehn Stadtverordnete und ein Bürgerdeputierter, im ganzen also (einschließlich eines Magistratsassessors) 33 Mitglieder angehören, sollte, wie erinnerlich, durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung und des Magistrats vor zwei Jahren um zwei Mitglieder (je einen Stadtverordneten und einen Bürgerdeputierten) verstärkt werden. Es wurde dann auch der Stadtverordnete Singer in die Schuldeputation gewählt, die Wahl aber von der Aufsichtsbehörde zu Unrecht nicht bestätigt. Die Stadtverordneten-Versammlung lehnte im Sommer v. J. die vom Magistrat beantragte Vornahme einer anderweiten Wahl ab. Jetzt hat sich der mutige Stadtverordnete-Aufsicht entschlossen, die in Aufsicht genannte Verstärkung doch vorzunehmen angeblich in Anbetracht der Verneinerung der Schulen einerseits und der Arbeitslast der Schuldeputation andererseits. Der Aufsicht hat daher den Stadtrat, Kirisch (an Stelle Singers) in Vorschlag gebracht. Für den verstorbenen Justizrat Dr. Hornig, der ebenfalls der Schuldeputation angehörte, ist der Stadt- Rechtsanwalt Cassel vorgeschlagen worden. In Zukunft wird die Deputation dann aus 35 Mitgliedern bestehen.

Für die Voeren. 174 770,77 M. beträgt die Summe, welche bisher für die verwandten resp. die Hinzubehaltenen der geselligen Voeren bei dem Centralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz eingegangen ist.

Eine Enquete über Dienstbotenbehandlung veranfaßt Privatdocent Dr. Stillich von der Humboldt-Universität. Herr Dr. Stillich bemüht sich, von den Dienstboten, ohne daß sie von der Herrschaft beeinflusst werden, u. a. über folgende Fragen Auskunft zu erhalten: „Wann stehen Sie früh auf? Im Sommer? Im Winter? — Wann hören Sie abends auf zu arbeiten? Im Sommer? Im Winter? — Wännen Sie öfters länger aufbleiben, zum Beispiel wegen Gesellschaften, Ausfeiern der Herrschaft u. c.? — Wie oft dürfte längeres Aufbleiben im Jahre vorkommen? — Haben Sie manchmal bis nach Mitternacht warten müssen? — Wie oft und wie lange haben Sie freien Ausgang? — Bekommen Sie mittags dieselbe Kost wie Ihre Herrschaft? — Können Sie sich satt essen? — Wie ist der Raum, in dem Sie schlafen, beschaffen? Höhe, Breite, Länge Ihres Schlafzimmers in Metern, Größe und Lage des Fensters? Beschreiben Sie bitte Ihr Zimmer möglichst genau. — Vägt Ihre Herrschaft von Leuten außerhalb des Hauses (Nacht-dienstboten) folgende Arbeiten ganz oder teilweise ausführen (die von diesen Nichtdienstboten ausgeführten Arbeiten sind zu durchstreichen): Waschen — Plätten — Nähen — Ausbessern — Boden — Kleiderbüchsen und Stiefelputzen — Aechsentragen — Schuttern (grobes Reinemachen) — Kochen bei Gesellschaften — Fensterputzen — Teppiche, Matten u. c. aufklappen? — Haben Sie sich über unrichtige Zeugnisse zu beschweren gehabt? — Hat sich die Polizei einmal in Ihr Dienstverhältnis einzumischen gehabt? — Haben Sie schlechte Erfahrungen bei der Erlangung einer Dienststelle gemacht? — Sind Sie von Ihrer Herrschaft immer gut behandelt worden? — Welche Gründe können Sie angeben, warum nicht mehr Mädchen sich dem häuslichen Dienst widmen?“

In diesen Fragen wittert die dem Prügelfiskus ergebene „Deutsche Tageszeitung“ Menschlichkeit und fühlt daher wie ein Hochverletzt. Diese Thatsache braucht wohl nur registriert zu werden, um alle gestitteten Menschen zur Förderung der Enquete zu veranlassen. Und wä fogar dünken, daß an dieser Forderung auch solche Dienstgeber, deren Gewissen rein ist, ein Interesse haben müssen.

Beim Baden von Schlage gerührt wurde der aus Friedenau gebürtige, 23 Jahre alte Druggist Wilh Hartwig. Der junge Mann nahm gestern kurz nach 12 Uhr in der Postbadeanstalt in der Thurn-straße ein Bannbad. Da er sich nach einer halben Stunde noch nicht wieder sehen ließ, so sah der Baderwartler sich nach ihm um und fand ihn mit dem Gesicht nach unten tot in der Wanne liegend. Wiederbelebungsvoruche hatten keinen Erfolg.

Die von dem Teltower Kreisrat eingesezte Kommission von 14 Mitgliedern zur Vorberatung der Teltow-Kanal-Vorlage hat die Annahme der Vorlage mit 12 gegen 2 Stimmen beschlossen.

Der 31 Jahre alte Autscher Karl J. wurde gestern Nachmittag am Strandufer, in der Nähe der Pinarstraße, an einem Zaun hängend aufgefunden und sofort abgeschlitten. Einem Schutzmann gelang es, den Lebendtodnen, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wieder zum Bewußtsein zu bringen. Krankheit scheint die Veranlassung zur That J.'s gewesen zu sein.

Ein junges Opfer des Baubetriebs. Einen tödlichen Ausgang hat ein Baumfall genommen, der sich am Dienstagnachmittag um 4 Uhr auf einem Grundstück in der Fehrbellinstraße zu Schöneberg ereignete. Dort ist bei einem Neubau, den der Gartenerbsbesitzer Rüdiger errichten läßt, der Zimmerpöller Wald aus der Hauptstr. 104 beschäftigt. Ein Sohn des Pöllers, der 18 Jahre alte Zimmer-lehrling Karl Wahl, hatte beim Aufbau der Rüstung geholfen. Um 4 Uhr nachmittags war man damit fertig. Während der alte Wald unten stand, machte sich sein Sohn oben in der Höhe des vierten Stocks an einer Stange der Rüstung zu schaffen. Plötzlich kurzte der junge Mann, wahrscheinlich infolge der Glätte, die nach dem Schneefall herrschte, in die Tiefe hinab. Mit einem Schuß und schweren Verletzungen an der Brust wurde er nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Hier ist er seiner Verletzung erlegen.

Ein früherer Rittmeister wegen Majestätsbeleidigung verhaftet. Wegen Majestätsbeleidigung, Betrugs und Verbrechen nach § 176 des Strafgesetzbuchs ist der frühere Rittmeister Gustav Dahle aus der Wielandstraße 4 in Charlottenburg verhaftet worden. Dahle hat keine rechtliche militärische Vergangenheit. Vereits als junger Offizier beehrte er ältere Kameraden durch „Krawattengeschick“ aus. So brachte er einen Major, der mit ihm einem Provinzial-Kanalarbeiterregiment angehörte, um sein ganzes Hab und Gut. Diese unaufrichtigen Geschäfte führten dahin, daß Dahle aus dem Offizierscorps entfernt wurde. Von den Darlehens-

und Wechselgeschäften wandle er sich nun dem Güterhandel und dem Grundstücksbesitz zu. Hierbei trat er auch in Verbindung mit Herrn J. u. C. J., der schon in verschiedenen Projekten eine Rolle spielte. Von J. u. C. J. kaufte er auch das Gut Althofen in Mecklenburg, das einmal dem jungen Kreisdirektor Ernst Meitz gehört hat. Umfangreiche Spekulationen betrieb Dahle auch mit Baugelände in Wilmersdorf und Charlottenburg. Viele Erfahrungen hat dabei ein Zimmermeister A. Luge aus Wilmersdorf gemacht, der um seine Grundstücke kam, während Dahle ein ziemlich reicher Mann wurde. In dem Hause Wielandstr. 4, das sich aus dem Besitze Kluges in den des ehemaligen Zimmermeisters übergegangen ist, wohnte dieser unangemeldet bei seiner Wittwe, einer Modistin Marie Schramm. Der Majestätsbeleidigung machte er sich angeblich in einem Gespräch über die Kanalvorlage schuldig, die er heftig bekämpfte. Seine Anzeigen wurden von mehreren Seiten angegriffen. Der Vorwurf des Betrugs hängt mit den Grundstücksübertragungen zusammen. Derselben wegen schweben auch noch mehrere Civilprozesse. In einem wurde erst am Montag verhandelt. Unterdessen wurde Dahle von der Kriminalpolizei bereits scharf beobachtet. Am Dienstag nahmen mehrere Beamte ihn in seiner Wohnung fest.

**Zum Besten des seit vier Jahren kranken Kollegen G.,** der bereits von seiner Waise angekauft ist, veranstalten die Tischler der Werkstatt von Schulz in der Fruchtstraße am Sonntag eine Matinee in der Königsbank, Frankfurterstr. 117. Es darf wohl erwartet werden, daß diese wohlthätige Veranstaltung zahlreich von der Arbeiterschaft besucht wird. Der Vertrauensmann Berlin IV., Südost.

**Berliner Geburten.** Im Jahre 1899 sind in Berlin, nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen, über 49 100 Kinder lebend und rund 1770 tot, also zusammen noch nicht 51 000 Kinder geboren worden. Dagegen wurden im Jahre 1898, nach der letzten darüber veröffentlichten Feststellung des Berliner Statistischen Amtes, 49 491 Kinder lebend und 1789 tot, zusammen 51 280 Kinder geboren. Die oben für 1899 angegebenen Zahlen können sich durch verspätet eingehende Meldungen nur noch unwesentlich erhöhen, so daß sich für dieses Jahr ein absoluter Rückgang der Zahl der Geborenen ergibt. Seit dem Jahre 1891, in dem hier 53 335 Kinder geboren wurden (davon 51 978 lebend und 1357 tot), ist die Zahl der Geborenen fast ununterbrochen absolut zurückgegangen. Nur die Jahre 1893, 1897, 1898 machten eine Ausnahme.

**Im Zeichen der Socialreform** macht sich der Biergarten zu festigen Winterzeit recht häßlich. Man sieht dort täglich in der Gegend von der Penderstraße bis zur Köpenickerinsel etliche zwanzig Pioniere nebst zwei Unteroffizieren beim Bannmähen beschäftigt. Da wohl kaum anzunehmen ist, daß diese Arbeit mit der militärischen Ausbildung der Soldaten im Zusammenhang steht, so ist gewiß die Frage gestattet, ob zur Zeit unter den Steuerzahler keine Leute vorhanden sind, welche gegen anständlichen Lohn sich zum Bannmähen bereit finden würden?

**Theater und Vergnügungen.** Im Deutschen Theater ist heute die Premiere von Gerhart Hauptmanns „Schind und Jona“. Im Schiller-Theater wird diesen Sonntagmorgen „Cyprienne“ gegeben. Außerdem wird, da sehr viele Anfragen vorliegen, bereits heute die nächste Aufführung von „Die Jungfrau von Orléans“, die am 1. Februar, und die nächste Aufführung von „Hedwig Geese“, die am 25. Februar stattfindet, angezeigt. Die erste Aufführung von „Friedweller“ ist nunmehr definitiv für Freitag, den 9. d. M., angezeigt. — Am Circus Schumann wird heute das Aufstufungsstud „Dr. Faust“ zuerst gegeben.

**Feuerbericht.** Freitagmittag entstand Pesselerstraße 13 in Folge Explosion eines Dens ein Zimmerbrand, der Möbel und Kleidungsstücke einäscherte, aber großen Umfang nicht erlangte, da die Feuerwehre rasch zu Stelle war. Markthauerstraße 45 hatte ein Posten Brennmaterial Feuer gefangen, während gleichzeitig Landsbergerstraße 39 eine Petroleumlampe explodirte, ohne indessen wesentlichen Schaden zu verursachen. Koch-Lebuserstraße 16 wurde die Wehr gerufen, weil hier Eccegas im Bodenraum im Brand geraten war, der auch einen Teil der Dachkonstruktion einäscherte. Stendalerstraße 18 war ein Bodenbrand zu besichtigen, der Cigarettenstängel zerstörte. Ein dreiwendiger Kohlenkasten verursachte einen Alarm nach Wilhelmstraße 37. Donnerstagsmorgens gingen Potsdamerstraße 113 Gardinen und Möbel in Flammen auf. Durch überglühendes Fett entstand Reichbergerstraße 101 in einer Waderei ein kleiner Brand, der schnell abgelöscht werden konnte. Linienstraße 232 war ein unbedeutender Zimmerbrand abzulösen. Außerdem erfolgte noch Alarm nach Schönhauser Allee 122 und Groß-Beerensstraße 30, wobei es sich um blinder Lärm bezw. einen Schornsteinbrand handelte.

#### Aus den Nachbarorten.

**Parzellerversammlungen in den Vororten.** Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet in Woltersdorf (im Nied. Werderschen Saale) eine Volksversammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Stadthagen über das Thema: „Wohin führt der Aus?“ sprechen wird. — In Weihensee fällt wegen der Blottenversammlung die für Dienstag geplante Versammlung aus.

**Die Arbeitnehmer-Beisitzer des Schöneberger Gewerbegerichts** haben an den Magistrat und Stadtverordneten eine Eingabe gerichtet, worin sie ersuchen, die Entschädigung für Wahrnehmung der Termine auf fünf resp. sechs Mark zu erhöhen, um es dem Beisitzer auch fernherhin zu ermöglichen, daß er mit ganzer Kraft sein Wissen und Können der Rechtspflege zur Verfügung stellen kann. Die beantragte Entschädigung ist eine den sozialen Verhältnissen sowie denen Schönebergers vollständig gerechtfertigt. Bei der steigenden Zunahme der Einwohnerzahl, der regen Thätigkeit im allgemeinen, ist es voranzuziehen, daß das Gewerbegericht mehr als je in Anspruch genommen und es den Beisitzern bei Ausdehnung der Termine unmöglich gemacht wird, ihre Arbeitsstätte aufzugeben. Weiter wird die Einmündung eines Ausschusses verlangt. Die Stadtverordneten werden sich kommenden Montag mit der Eingabe beschäftigen.

**Die Erhebungen, welche über die gewerbliche Beschäftigung von Schulkindern** der Magistrat von Schöneberg hat anstellen lassen, um für die auch dort in Aussicht genommene Polizeiverordnung zur Beschränkung der Kinderarbeit eine bestimmte Unterlage zu erhalten, haben auch in dieser Stadt ein erfreuliches Ergebnis gehabt und den Beweis dafür geliefert, daß gerade auch für Schöneberg die Einschränkung der Erwerbsthätigkeit der Schulinder ein dringendes Bedürfnis ist, da das Resultat der Feststellungen noch weit über die Erwartungen der städtischen Behörden hinausgegangen ist. Die in sämtlichen Schöneberger Volksschulen vorgenommene Befragung der Kinder hat nämlich ergeben, daß von den etwa 7400 Schülern, welche zur Zeit der Feststellung insgesamt die Anstalten besuchten, nicht weniger als 848, mithin fast 12 Proz., mit gewerblichen Arbeiten beschäftigt waren, und zwar 532 Knaben und 316 Mädchen. Davon fanden im Alter von 6—7 Jahren 11 Kinder, 7 bis 8 Jahren 41, 8—9 Jahren 52, 9—10 Jahren 86, 10—11 Jahren 103, 11—12 Jahren 188, 12—13 Jahren 192, 13—14 Jahren 189 und über 14 Jahren 88 Kinder. Der Art des Erwerbes nach wurden beschäftigt: als Zeitungsträger 206, zum Wildausstreuen 155, zum Reißbänntragen 292, zum Bieranstreuen 2, zum Regelausschleiden 32, mit Aufwartedienst 80, mit Bedienung in Werkstätten 4, als Laufburschen bezw. Mädchen 69 und mit sonstigen Arbeiten 71. Die Dauer der Beschäftigung aber differirte zwischen 1/2 und 9 Stunden! Denn es waren von diesen Kindern täglich im Durchschnitt thätig: 1/2 Stunde 35 Kinder, 1 Std. 135 Kinder, 2 Std. 320, 3 Std. 123, 4 Std. 81, 5 Std. 60, 6 Std. 50, 7 Std. 29, 8 Std. 14 und neun Stunden sechs Kinder, und zwar traten vor 8 1/2 Uhr in Ordnung 506 Kinder ihre Beschäftigung an und 57 waren noch abends nach 8 Uhr gewerblich thätig, während 432 Kinder in den zwischen-

liegenden Tageszeiten beschäftigt wurden. Diese Zahlen, welche mit großer Deutlichkeit für sich selbst sprechen, haben dem Magistrat wie der Igl. Polizeidirektion die Notwendigkeit des baldigen Erlasses einer Verordnung zur Beschränkung der Erwerbsthätigkeit von Schulkindern hoffentlich noch mehr nahegelegt, als es schon durch die allgemeinen Erörterungen der Frage geschehen war.

**Die Gemeinde Wilmersdorf** beabsichtigt zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung des Ortes in allen Teilen desselben 78 weitere Straßenlaternen zu errichten. — Die Eröffnung der neuen höheren Lehranstalt wird jetzt definitiv zu Ostern dieses Jahres und zwar mit den beiden untersten Klassen Sexta und Quinta erfolgen. Die Anstalt, welche später zur Reformschule ausgebaut werden soll, wird aus diesem Grunde, wie es bisher bei allen solchen Anstalten geschehen ist, zunächst als Realschule begründet werden, während die weitere Ausgestaltung zum Reformgymnasium, die erst in zwei Jahren mit der Aufhebung der Tertien beginnen kann und in einer Fortführung der Anstalt als Realschule und Gymnasium bestehen würde, einer späteren Beschlußfassung der Gemeinde wie auch noch einer besonderen Prüfung und Genehmigung des Kultusministers vorbehalten bleibt. — Zu einer Stiftung ist der Gemeinde von einer Frau Hauptmann Clausius ein Kapital von 3600 M. mit der Bedingung überwiesen worden, daß die Stiftung den Namen „Gabriele Clausius-Stiftung“ erhalten soll und aus den Zinsen armen Kranken bedienter Geschlechts und Berufs Unterricht und Verpflegung in einem Krankenhaus gewährt werden.

**Die Brandruine** in der Prinz Handjerystraße zu Rixdorf ist jetzt bis zur Hälfte abgetragen worden, so daß die Gefahr eines Einsturzes beseitigt zu sein scheint. Die Absperrung des Brandplatzes ist daher am Donnerstag aufgehoben worden.

**In Charlottenburg** hat der Stadtverordnete Buchdruckereibesitzer Krebs, gewähnt von der dritten Abteilung im ersten Wahlbezirk, wegen Ueberhäufung mit Berufsgeschäften sein Mandat niedergelegt. Er war der einzige konservative Stadtverordnete in unserm Nachbarstadt.

**Die Angelegenheit des Oberfeuerwehlers Edmann** von der königlichen Gießfabrik in Spandau hat einen weentlichen harmlosen Ausgang genommen, als das gestern erwähnte Gerücht von seiner Verhaftung vermutet ließ. Edmann ist nur zu 14 Tagen gefängnis verurteilt worden und hat in seinem militärischen Verhältnis keinerlei Benachteiligung erfahren. Er ist zum Artillerie-depot in Küstrin verlegt worden.

**Ueber die Auffindung der Leiche** des in Gadowsee ertrunkenen Oberleutnants v. Trumbach haben dessen Angehörige, die schon wiederholt am Seeufer gewellt haben, eine Besetzung von 500 Mark angefordert. Die Fischer, welche schon mehrere Tage danach suchten, meinen, daß die Strömung den Toten schon weit hinweg getrieben habe.

**Ein gefährlicher Fund** machten gestern in der Nähe der Stadt Rauen zwei Schulknaben; es war eine Granatenladung, die sie anheben und bis in die Gegend der Gadowsee transportierten. Hier bemerkte sie der Gymnasialprofessor Altdorf, der in dem Gefäß eine unbediente, vollständig gefüllte, 21 Centimeter lange Granate erkannte. Er nahm den gefährlichen Gegenstand sofort in Besitz und brachte ihn in sichere Verwahrung, worauf der Fund dem Kommando des Töbinger Liegungsplatzes angezeigt wurde. Da der Fundort selbst außer dem Bereich der Sonnwiese des Schießplatzes liegt, so ist anzunehmen, daß sich ein Dieb das Gefäß angeeignet und vorläufig in der Nähe der Stadt beheselt gehalten hatte.

**Entwendetes Infanteriegewehr.** Auf Antrag der Direktion der königlichen Gießfabrik in Spandau begab sich gestern Polizeibeamte nach der Wohnung eines Schlossers dieser Fabrik, um Hausung nach entwendeten Gewehren vorzunehmen. Der Verdächtige, der vermutlich von einem Kollegen demüthigt worden war, gab ein noch unvollständiges Infanteriegewehr des neuesten Modells freiwillig heraus.

**Die Spandauer Stadtverordneten-Versammlung** füllten am Donnerstag allein die hauptsächlich von socialdemokratischer Seite geführten Debatten über den Hauptetat pro 1900/1901 aus. Bei der Beratung beantragte Schröder (Soc.) je fünf Exemplare der Städte-Ordnung und des Kommunalabgaben-Gesetzes mit Kommentar anzuschaffen und dieselben den Stadtverordneten zugänglich zu machen, da sich das Bedürfnis hierfür immer mehr bemerkbar mache und nicht jeder Stadtverordnete demittel genug sei, um neben seinen Opfern an Zeit etc. noch hierfür bare Aufwendungen zu machen. Dieser Antrag wurde mit allen gegen die Stimmen unserer Genossen und zweier bürgerlichen Stadtverordneten abgelehnt. — Stadt. Schröder (lib.) erklärte in der Diskussion: „Wer nicht im Stande ist, sich diese Bücher selbst anzuschaffen, der soll nicht Stadtverordneter werden! Unsere Genossen Schröder und Rieger ungelten diesen liberalen Auspruch“ nach Gebühr fest!

Bei den „Einnahmen“ wurde von Rieger (Soc.) ein energischer Vorschlag bei der Verteilung der schon seit Jahresfrist rückständigen Pacht etc. und eine höhere und gleichmäßige Verteilung der sogenannten „Anerkennungsgebühren“ angeregt. Bei dem Titel „Polizeikosten“, beantragten Rieger und Schröder (Soc.), die von der Stadt erhobenen Gebühren für Kinderwagen-Marken, welche eine jährliche Reineinnahme von etwa 1500 M. ergibt, in Fortfall kommen zu lassen. Von dem Oberbürgermeister und dem Stadt. Rieder wurde dieser Antrag jedoch bekämpft, da die Marken eine gewisse Kontrolle für diejenigen Kinderwagen ermöglichen, welche das Recht hätten, die Bürgersteige zu befahren. Herr Rieder versieg sich zu der von ihm gewünschten Verheißung, daß man sehr oft einen solchen „Karren“ aus dem Wege gehen müsse, um nicht mit ihm zu kollidieren, deshalb konnte die Stadt auch ruhig für die Wagenmarken Gebühren erheben. Trotz der energischen Begründung des Antrags durch die Antragsteller, lehnte die liberale Mehrheit die Abschaffung dieser entarteten Form einer Steuer ab. Das gleiche Schicksal erlitten die socialdemokratischen Anträge: das Verfahren vor dem Gewerbegericht unentgeltlich zu gestalten, zumal jährlich nur etwa 95 M. Gerichtslohn eingehen, und die Miete für den Friedhofs-Inspektor welcher bei dem jetzigen System ein Einkommen von etwa 10 000 bis 15 000 M. jährlich bei 1150 M. auf 1500 M. zu erhöhen. Gegen den Antrag unserer Genossen, welche durch Schröder die gleichmäßige Bemessung der Kommunalsteuer-Zuschläge zu der Einkommen- und Realsteuer auf 175 Proz. beantragten, beschloß die Versammlung die Erhebung von 180 Proz. Zuschlag zu der Einkommen-, 170 Proz. zu der Real- und Gewerbesteuer und 100 Proz. zu der Verbrauchssteuer! Hierauf wurde der Hauptetat mit 2 537 744,40 M. in Einnahme und Ausgabe festgestellt.

#### Aus der Frauenbewegung.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Montag, den 5. Februar, abends 9 1/2 Uhr, in den Annuballen, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Schriftstellers Paul Glich über das Thema: „Der Anteil des weiblichen Geschlechts an der Kriminalität“. Gliche sehr willkommen. Der nächste Vortragend für die Jahreshilfe in Moabit ist am 5. Februar bei Mart. Pottlichter, 10. Der Vorstand.

#### Die Unternehmung der weiblichen Gefangenen.

Die Leser erinnern sich noch der Mitteilungen über die empörende Behandlung, die unsere Genossin Luise Fick in Hamburg im August vorigen Jahres durch den Gefängnisarzt Dr. Köfing zu teil wurde, als sie wegen Freivergehen 3 Tage Gefängnis zu verbüßen hatte. Jetzt veröffentlicht die so schamhäßlich Mißhandelte in der letzten Nummer der „Gleichheit“ weitere Einzelheiten über das System der Unternehmung, das im Hamburger Gefängnis-

allen weiblichen Gefangenen gegenüber zur Anwendung kommt. Dieses System ist so empörend, daß es notwendig erscheint, die weitestehende Öffentlichkeit damit bekannt zu machen, um durch die öffentliche Kritik auf Abhilfe zu wirken.

Frau Fick wurde vor der ärztlichen Untersuchung mit drei andern Gefangenen in ein doppeltes Klosett mit kleinem Vorraum gesperrt, wo sich alle bis aufs Hemd entkleiden mußten. Für das Weitere geben wir Frau Fick selbst das Wort:

„Sie werden auch innerlich untersucht“, hieß es, „dort ist ein e Schüssel, die Sie nahe hin an der zum Waschen nehmen können, und hier ist auch ein Tuch zum Abtrocknen“. Eine Waschkübel und ein Tuch für vier Personen! Meiner unmaßgeblichen Meinung nach geschieht die zwingende Unternehmung aus hygienischen Gründen. Wenn das aber der Fall ist, so ist es einfach unerhört, daß 4. sage und schreibe vier Personen, von denen der Arzt erst nachher konstataieren soll, ob sie gesund oder krank seien, sich in einer Schüssel waschen und mit einem Tuch abtrocknen müssen. Wie leicht ist es möglich, daß unter den Personen, welche zusammen Schüssel und Tuch benutzen müssen, sich eine befindet, die mit einer Geschlechts- oder Hautkrankheit behaftet ist, die durch das Abtrocknen mit demselben Tuch auf die anderen übertragen wird. Die Gefahr der Ansteckung, der durch die Unternehmung vorgebeugt werden soll, wird durch solche Geflogenheiten geradezu heraufbeschworen. Meines Erachtens wäre es eine Forderung der Hygiene wie der Sittlichkeit, daß jede einzelne Gefangene sich in ihrer Zelle auf die Unternehmung vorbereiten müßte. Dadurch würde die Gefahr der Ansteckung vermieden und vor allem dem Schamgefühl Rechnung getragen. Wie schablonenhaft im übrigen verfahren wird, dafür zwei Beispiele. Ich mußte mich der Unternehmung unterwerfen, obgleich ich nur zu drei Tagen Gefängnis verurteilt war, von denen ich bereits einen verbüßt hatte, als ich untersucht wurde. Eine Frau, die direkt aus dem Gefängnislazarett, also aus den Händen des Arztes, ins Gefängnis kam, wurde ebenfalls ärztlich untersucht.

Nachdem der Herr Doktor erschienen war, kamen wir der Reihe nach, wie wir auf der Liste aufgeführt waren, an die eusefliche Prozedur, dabei Prostituierte und andre Gefangene durcheinander. Damit der Herr Doktor keine Sekunde zu warten brauchte, mußten wir entkleidet auf dem zugigen Korridor vor der Thür des Untersuchungszimmers warten, bis die Einzelne an die Reihe kam. Da ich das zurückhaltende Vergnügen hatte, die Letzte zu sein, mußte ich mindestens 20 Minuten auf dem Korridor stehen.

Ob der Arzt sich nach jeder einzelnen Unternehmung die Hände gereinigt hat, kann ich nicht sagen. Nach der schablonenhaften Schnelligkeit, mit der die Sache vor sich ging, scheint mir fast Grund vorzuliegen, daran zu zweifeln. Ein Wassereimer habe ich in Zimmer nicht bemerkt, jedoch ist es möglich, daß ich das übersehen habe, weil ich mich in hochgradiger Erregung befand. Mit Karbol oder Jodol hat jedenfalls der Herr Doktor meine Hände nicht desinfiziert. Mit der rechten Hand griff er in einen Napf mit grüner Seife und ging dann an die Unternehmung. In der ganzen Art und Weise derselben, der Vorbereitung, all dem Drinn und Drauß, erweist man, wie mir scheint, daß die Gefangene nicht als Mensch, sondern nur als Hebelthier betrachtet wird, als die Puppe, welcher der Strafrichter die Nummer eines Artikels des Strafgesetzbuchs auf die Schulter heftet.

Wie ich auf den Wink der Wärterin entkleidet — selbst die Schuhe mußte man draußen ausziehen — ins Zimmer des Arztes trat, glaube ich nicht nur meiner Kleider, sondern auch meiner Menschenvürde beraubt, so entsetzlich erniedrigend und demütigend wirkte der ganze Vorgang auf mich. Erst in meiner Zelle kam allmählich die Besinnung und ruhige Ueberlegung wieder. Da habe ich vor Empörung mit den Zähnen geknirscht und in ohnmächtigen Zorn die Hände geballt, jedoch was half das?

Man kann den Zorn einer ehrenhaften Frau über solche entwürdigende Behandlung nachfühlen. Sie ist völlig unbescholten, noch niemals bestraft. Im Kampfe für ihre politischen und gesellschaftlichen Ideale kollidirt sie mit einem veralteten, reaktionären Gesetz, von dessen Bestehen sie als Staatsbürger keine Ahnung haben, das eine harmlose Handlung, Ankleben von Fetten oder Verteilung von Aufzügen ohne vorherige politische Erlaubnis mit Gefängnisstrafe bedroht. Wegen solchem Quark kann man in Deutschland ins Gefängnis geworfen und bei dieser Gelegenheit wie ein Stück Vieh behandelt werden. Welcher anständige Mensch möchte darüber nicht in besten Zorn geraten!

Aber auch von diesen besonderen Umständen abgesehen — ganz allgemein ist solche Behandlung der weiblichen Gefangenen empörend, allen Schamgefühl hobnsparend und selbst Prostituierten gegenüber mangelhaft. Die Notwendigkeit der Unternehmung im allgemeinen soll keineswegs bestritten werden; aber es kann wohl eine Auswohl getroffen werden und es muß vor allen Dingen mit der nötigen Rücksicht verfahren werden, es darf nicht so alle Menschenvürde mit Füßen getreten werden. Und zur Unternehmung von Frauen müssen unbedingt weibliche Serge angekleidet werden.

**Eine Petition an die russische Regierung** wegen Errichtung von Universitätskursen für Frauen in Kiew wird von einer Anzahl russischer Damen vorbereitet. Zu diesem Zweck werden Erhebungen über die Zahl der russischen Studentinnen aus dem Süden Russlands gemacht, welche an den ausländischen Universitäten, besonders in Deutschland, der Schweiz und Frankreich studieren. Man will damit den Beweis führen, daß die Errichtung einer Frauenuniversität in Kiew eine Notwendigkeit ist.

**Im Volksdienst** von Großbritannien sind gegenwärtig etwa 30 000 Frauen angestellt; das ist etwa ein Fünftel aller Beamten und Arbeiter, die die englische Postverwaltung beschäftigt.

**Frauen in öffentlichen Aemtern.** In der Stadt Watling im Norden der Vereinigten Staaten hatte die letzte Stadtratwahl das Resultat, daß der gesamte Stadtrat (Magistrat) jetzt aus Frauen besteht und auch zum Bürgermeister eine Frau gewählt wurde.

#### Vermishtes.

**Wieder zwei Grubenunfälle.** In der bei Markisch gelegenen Grube „Gabe Gottes“ wurde durch einen zu früh losgehenden Schuß ein Bergmann getötet und ein zweiter am Kopf schwer verletzt. — In dem Tagesbau der Grube „Anno“ bei Gohlsleben entstand ein Dammschlag, wobei der Arbeiter Gustavmann aus Barneberg verunglückte wurde. Obgleich die Rettungsarbeiten sofort aufgenommen wurden, konnte man Deutschmann nur als Leiche ans Tageslicht fördern. Der Verunglückte hinterließ Frau und drei Kinder.

**Soldaten-Selbstmorde.** In Worms hat sich erst kürzlich ein Soldat der 10. Compagnie des dortigen Infanterie-Regiments vom Zuge überfahren lassen. Jetzt hat sich ein Soldat derselben Compagnie mittels Revolver erschossen. — In Oels in Schlesien haben in den beiden letzten Tagen des Januar drei Verurteilten Selbstmord verübt: ein Melker der Butiche eines Rittmeisters vom Dragoner-Regiment und die Geliebte des Butichen, die sich aus Gram über diesen Verlust erhängte.

**Naptha-Explosion.** Aus Antwerpen wird berichtet: Infolge einer heftigen Naptha-Explosion wurde eine heftige Spiritus- und Kohlenätherfabrik in Brand gesetzt. Beim Einsturz des Hauses kam eine Person ums Leben. Der Schaden ist sehr bedeutend.

**Trichinenkrankungen.** Wie man aus Götting meldet, sind in Grot-Schönau gegen fünfzig Personen infolge des Genusses von trichiniförmigen Fleisch erkrankt, eine davon, eine Fabrikarbeiterin, ist bereits gestorben. Die gerichtliche Untersuchung des Falles ist eingeleitet.

**Zwei Dampfer verunglückt.** Ein großer unbekannter Dampfer ist bei Vorköf gestrandet. Der Vorgangsdampfer „Rügen“ ist zur Hilfeleistung abgegangen. — Der „Soll“ meldet aus Madrid: Der spanische Patostidampfer „Amelia“ ist mit dem französischen

Dampfer „Andes“ zusammengestoßen. Die „Amelia“ ist gesunken. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Postraub. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Ein Freitagvormittag mit dem Postzuge eingetroffen und an die französische Post adressierter Briefbeutel, der eingeschriebene Briefe enthielt, ist erbrochen aufgefunden worden. Einige an hiesige Bankhäuser adressierte Briefe waren erbrochen und ihres Inhalts beraubt. Welche Beträge geraubt worden sind und wo die That verübt worden ist, hat noch nicht festgestellt werden können.

Aus der deutschen Volksschule. Von Zeit zu Zeit veröffentlichen bürgerliche Blätter zum Amusement ihrer Leser besonders fehlerhafte Schüler-Aufsätze. So auch neulich die „Oberell. Landesztg.“ in Mülhausen: „Unser Kaiser“ — so lautete das Aufsatzthema einer hiesigen Schule. Nachdem das Thema reichlich durchgesprochen war, stiftete eine kleine Schifferin folgende Litteraturprobe zusammen: Am 27. Januar war unser Kaiser das Licht der Welt. Seine schönste Jugend brachte er auf Friedrichstr. Hier verfertigte er Klassen dienste er wusch den Schwamm spitzte die Kreide und putzte auch wohl die Tafel. Fleiß und Pünktlichkeit bringen den fleißigen eine Denkmünze. Da wurde er Offizier. Das Regiment schickte unser Kaiser in die unverschämte nach Bonn. Sie trafen zum zweitenmal in das Regiment ein. Im Jahre 1888 wurde er wach. Seitdem wurde er ein gerechter Pflicht. (Den Frieden.) Er pfleg den Frieden als Brömigkeit zu befehlen.

Dieser Aufsatz lehrt von neuem zweierlei. Erstens daß den Kindern unter der falschen Eitelkeit „Deutsche Geschichte“ Hohen-gollern-Verherrlichung in solcher Fälle beigebracht wird, daß sie mit dem besten Willen nicht im Stande sind, den trocknen Anecdotenreichtum zu verdauen. Zweitens aber läßt die im scherzhaften Gewande gebrachte Mitteilung die traurige Thatsache erkennen, daß Religion und Patriotismus im Unterricht einen so breiten Raum einnehmen, daß die Pflege der deutschen Sprache und anderer notwendiger und nützlicher Dinge über Gebühr vernachlässigt wird. Man wende nicht ein, daß der Mülhauser Fall besonders kraß liege. Es dürfte in Deutschland nur selten ein 14-jähriges Kind zu finden sein, das bei seiner Entlassung aus der Gemeindefschule im Stande wäre, ohne ganz grobe grammatische und orthographische Fehler einen einfachen Brief zu schreiben.

Marktpreise von Berlin am 1. Februar 1900

Table with market prices for various goods like wheat, rye, and oil. Columns include item name, unit, and price.

Erntemittel pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungssätze - und umgerechnet vom Vorkriegspreisium für den Doppelcentner + Kleinhändlerpreise

Produktenmarkt vom 2. Februar. Getreide konnte sich heute leicht befehlen, da die strengeren Nachträge die Befürchtung nahe legen, daß die letzten erdriene Schicht wieder eingeschleift werden könnte.

Am Spiritusmarkt wurden ca. 28.000 Liter 70er loco mit 48,80 (unverändert) gehandelt. Die ringreifen Händler bleiben eifrig bemüht, den Nachweis zu führen, daß Spiritus auch außerhalb des Ringes zu guten Preisen leicht unterzubringen ist.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

Wette. Eine solche Junke hat es nicht gegeben. D. W. Butterick's Schnittmuster, Romanbantenstr. 55 beachten Sie Seite 24 Th IV des Adreßbuchs. Zeyffel. Fragestellung zu unser. Briefeicht mündlich? D. G. 14. Nehmen Sie doch einfach das Berliner Adreßbuch her. Was an solchen Berechtigungen hier etwa besteht, finden Sie darin.

des Briefs Kenntnis von dessen Inhalt nicht haben. Nach Ihrer Schilderung sieht Ihrem Schwiegerohn kein Anspruch gegen Sie zu. — Ernst Altermann. Sie müssen leben. — S. 90. Sprechen Sie mit der Belastung in der juristischen Sprechstunde vor. — Genosse 51. 1. Franzosen brauchen eben so wenig wie andre Völkern männlichen Geschlechts zu sein. 2. Auch einer sich wieder verheiratenden Frau sind die Nebenbeiträge zu erstatten. — O. C. C. Am 1. Januar 1891. — Dollendor. Sie sind im Verstum Eine kammergerichtliche Entscheidung darüber, ob die 50 Mk. so genannter Kinderabzug, die bei der Steuerveranlagung erfolgen, bei der Frage der Wahlberechtigung zugunsten sind, existiert überhaupt nicht. Wohl aber hat das Oberverwaltungsgericht in einem für die Arbeiter ungünstigen Sinne das Steuergesetz dahin ausgelegt, daß auch bei Entscheidung der Wahlberechtigungsfrage der niedrigerer Satz zur Anrechnung kommt. Wer 50 Mk. Einkommen hat, infolge des Kinderabzugs aber unter 500 Mk. steuer, ist danach nicht wahlberechtigt. — W. Steffin. Ja. — S. 9. 190. 1. Ja 2. Sie könnten sich unter Schilberung der Sachlage an das Vormundschaftsgericht wenden. 3. Geben werden der Vater und das Kind 4. Ein weiteres Recht, als aus 2. hervorgeht, steht Ihnen nicht zu. Ihr Schwiegerohn ist nicht verpflichtet, Ihnen seinen Kassenbuch auszuliefern; sein Schenkungsverbot ist wertlos. — S. 100. 1. Es ist nicht ersichtlich, worauf Sie glauben klagen zu können. 2. Rein. 3. Wegen den Vater ja, gegen Sie nicht. — S. 9. 23. 1. und 2. Ja. 3. Wenn das Mädchen innerhalb eines Jahres nicht abgemacht oder Veranlassung zu einer Kündigung in dieser Zeit gibt, so kann das Mädchenvergehen im Gebiete der altverehrlichen Gelübdeordnung auf den Lohn angerechnet werden. — Friedrich 1000. Ein Betriebsunfall kann bei der Sachlage als vorliegend erachtet werden. Die Witwe ist ihres Rechte getreu machen. — S. 6. 100. 1. In drei Monaten von der Staatsrat ab verfährt die Verlobung von Nebenleistungen. Die Verlobungsbrief wird aber durch jede seitens des Verlobten gegen den Richter gerichtete Handlung unterbrochen. Liegt eine abgeleitete Nebenleistung vor, so beträgt die Frist zwei Jahre. 2. Rein.

Witterungsübersicht vom 2. Februar 1900, morgens 8 Uhr.

Table with weather forecast for various stations including temperature, wind, and precipitation.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 3. Februar 1900. Etwas wärmer, ziemlich trübe mit Niederschlägen und mäßigen südlichen Winden.

Advertisement for coffee featuring 'Zusolge seiner eigenartigen patentierten Herstellungsweise befüllt Kaffeebohnen Malzkaffee in hohem Grade Geschmack und Aroma des Bohnenkaffees...' and an image of a coffee cup.

Advertisement for Goldware-Industrie Belmonte & Co. featuring a pocket watch image and text about gold jewelry and watches.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. Orthodernverwaltung Berlin H. Sonntag, den 4. Februar...

Advertisement for Bauernfest by Centralverein der Bildhauer Deutschlands, featuring 'MAGGI' soup advertisement.

Advertisement for Bock-Bieres by Münchener Brauhaus Akt.-Ges., featuring a beer mug image.

Advertisement for Treptow Restaurant featuring 'Elektro' and 'Falbe'.

Bekanntmachung. Ordentliche Generalversammlung der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker...

Advertisement for Ziehharmonika mit Spiral-Zitter-Apparat, featuring an image of a harmonica.

Advertisement for J. Brünn featuring a hat image and text about hats and fabrics.

Advertisement for Zahnschmerz featuring an image of a hand holding a tooth.

Restoration. Ist billig zu verkaufen. Gegend in der Brunnenstraße. In ertragen Straßensunderstr. 68 im Ulgar-Gebäude.

Advertisement for Köslner Hof and Hans Kayser featuring images of beer glasses and a hammer.

Advertisement for Grösste Ersparnis 2 Ltr. Rum and Alkohol-Genuss.

Advertisement for Schultze, Wasserthor-Str. 1/2, featuring an image of a hand holding a glass.

Large advertisement for P. Neumann's Central-Bazar featuring 'Letzte Woche!' and 'Großer Brand-Ansverkauf'.

Zu den Stadtverordneten - Neuwahlen.

Im 35. und 44. Wahlbezirk dritter Abteilung finden bekanntlich am Mittwoch, den 14. Februar, Nachwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung statt.

Als Kandidaten der sozialdemokratischen Partei sind aufgestellt:

Im 35. Bezirk: Reichstags-Abgeordneter Emanuel Bäum, Kirchhofstr. 16.

Im 44. Bezirk: Expedient Th. Glöck, Konigsbergerstr. 52. Die Parteigenossen werden es an reger Agitation nicht fehlen lassen.

Vorab gilt es, die Wählerliste zum Nachsehen der Wählerlisten zu veranlassen. Dies ist besonders notwendig, um Störungen im Wahllokal zu vermeiden.

Der 35. kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 245, 246, 249-253. Derselben enthalten folgende Straßen in der Schönhauser Vorstadt: Oberbergerstr. 9-32 und 34-49; Eberwalderstr. ausschließlich Nr. 24; Lychnersstr. 2-193; Nummerstraße 1-16 und 52-56; Leichterstr. 1-140; Danzigerstr. 98; Buchholzerstr.; Gieselerstr.; Gieselerstr.; Gieselerstr.; Stargarderstr. 1-20 und 64-82; Schönhauser Allee 46-144.

Die Wählerlisten für diese Straßen liegen zur Einsicht aus bei Mars, Kasanien-Allee 98.

In der Rosenthaler Vorstadt umfasst der Bezirk die Straßen: Bernauerstr. 25 und 27-49 und 51-83; Swinemünderstr. 24-34 und 96-106; Vinetaplatz; Stuppinerstr. 11-23 und 26-89; Wolgasterstr. 1-13; Wollinerstr. 22-37 und 39-46; Straßburgerstr. 1-13 und 60-69; Brunnenstr. 50-65 und 123 bis 138.

Die Listen für diese Straßen liegen zur Einsicht aus bei Paschänger, Swinemünderstr. 34.

Der 44. Bezirk umfasst die Stadtbezirke 298-308. Diese Bezirke enthalten folgende Straßen:

293. Birkenstr. 31-49; Vredowstr. 14-35; Bremerstr. 20-57; Emdenerstr. 15-33; Quigowstr. 79-108; Siemensstr. 11-42; Straße 4a (Abt. VIII); Amionplatz; Wicelstr. 1-26 und 29-54; Wilhelmshavenstr. 17-46.

294. Emdenerstr. 1-14 und 89-94; Oststr. 1-3 und 20; Turnstr. 38-54 und 67-85; Waldenferstr. 2-20 und 25-42.

295. Arminiusplatz, Straße Am Arminiusplatz, Vredowstr. 1-18 und 30-50; Bremerstr. 1-19 und 58-76; Bugenhofenstraße, Jonasstraße, Turnstr. 28-35; Waldenferstr. 1 und 48; Wilhelmshavenstr. 1-16 und 47-60.

296. Birkenstr. 60 und 61; Lüberstr. 1-21 und 35-52; Verlebergerstr. 33, 34, 36, 38, 40, 41; Stromstr. 11-16 u. 49-62; Turnstr. 21-27.

297. Lüberstr. 22-24 u. 27-34; Verlebergerstr. 35, 37 u. 39; Stromstr. 17-33 u. 85-88.

298. Birkenstr. 17-30 und 50-59; Habelbergerstr. 1-9 und 30-40; Lüberstr. 25 und 26; Verlebergerstr. 28; Pultitzstraße; Quigowstr. 115; Salzweberstraße; Stendalerstr. 11; Stephanstr. 27 bis 45; Stephan-Platz; Stromstr. 33a u. 34.

Die Wählerlisten für den 44. Bezirk liegen aus bei Farr, Pultitzstr. 10.

Veräume niemand, die Listen nachzusehen! Da nach den Listen vom Juli 1899 gewählt wird, so ersuchen wir die Wähler, welche bezogen sind, beim Wählen ihre alte Wohnung anzugeben.

Ferner ist es notwendig, daß die Wähler die Legitimationskarten, die der Magistrat ihnen zuschick, aufbewahren. Der bis zum 10. Februar eine solche Karte nicht erhalten hat, wolle sich um Verfüzung einer Legitimation (Steuerzettel, Mietskontrakt) an die Genossen wenden, bei denen die Listen zur Durchsicht ausliegen. Auf zur Agitation!

Versammlungen.

In einer gut besuchten Volksversammlung, die am Donnerstag im „Prater“ tagte, sprach Reichstags-Abgeordneter Bäum über kommunalpolitische Verhältnisse. Der Referent zeigte in trefflicher Weise, welche wichtige Aufgaben die Kommune zu erfüllen habe. Er wies nach, wie notwendig es sei, daß auch in der kommunalpolitischen Verwaltung eine verständige Sozialpolitik walte, damit nicht nur einzelne Kreise, sondern die Gemeinde sich zum Vorteil der Gesamtheit entwickle. Mit scharfen Worten geißelte er unter allseitiger Zustimmung die ungenügenden Unterlassungsgründe der jetzigen Stadtverwaltung im Verkehr und Schulwesen, das laßige Zustand beim Bodenerwerb und den andern Spekulationsunternehmungen. In der folgenden Diskussion schilderte Vörgmann das reaktionäre Gebahren der jetzigen liberalen Stadtverwaltung. Sodann wurde Genosse Bäum einstimmig zum Kandidaten für den 35. kommunalwahlbezirk aufgestellt und in das Wahlkomitee Mars, Kunst, Dobrowla, Steiniger, Weghaupt, Paschänger und Morgenstern ernannt. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die impulsive Versammlung.

Die Berliner Mieterpartei - unter dieser Firma ziehen die National-Sozialen in den Kommunalwahlkampf im 44. Bezirk - hielt am Donnerstag eine Versammlung in der Brauerei Moabit ab. Der Besuch war ein guter, aber etwa die Hälfte der Anwesenden gehörte der Sozialdemokratie an. Pfarrer Kaumann, der den einleitenden Vortrag hielt, entwickelte im wesentlichen das Programm der Bodenreformer und empfahl Damascio als denjenigen, der von diesem Standpunkt aus die Wohnungfrage und als früherer Lehrer der Schulangelegenheiten in der Stadtverordneten-Versammlung als Sachmann behandeln könne. Der Kandidat Damascio selber verteidigte die Anwesenden wegen der Darlegung seines kommunalen Programms auf die Versammlungen, die noch abgehalten werden sollen, und, um bei den Arbeitern Stimmung zu machen, stellte er sich als Mann aus dem Volke und Arbeiterfreund vor. Dieser Kandidat, Genosse Glöck, der hierauf das Wort nahm, legte den Unterschied zwischen Sozialdemokratie und National-Sozialen dar, und wies darauf hin, daß die bodenreformerischen Forderungen, welche Kaumann hier vorführte, sich gar nicht ohne Mitwirkung der arbeitenden Körperschaften durchführen ließen, daß es also nicht zutrafte, wenn sich die Mieterpartei als unpolitisch bezeichne. Niemand werde es den National-Sozialen, wenn sie einen Sitz im Räten Hause zu erlangen suchen, und wenn wir auch dem, was sie auf kommunalem Gebiet zu thun gedenken, zustimmen können, so werde uns das nicht hindern, auf Grund unseres weitergehenden Programms in den Wahlkampf einzutreten und den Wahlkreis wieder zu erobern. Nachdem hierauf ein Bürgerparteieller gesprochen hatte, vertrat noch Genosse Augustin den Standpunkt der Sozialdemokratie. Er schloß mit der Bemerkung: Herr Damascio habe an die Bürgerpartei appelliert. Er (Redner) werde sich freuen, wenn die Bürgerpartei sich so weit aufreisse, um für einen National-Sozialen zu stimmen. Die Arbeiter dagegen wissen, daß sie am besten vertreten sind durch einen Sozialdemokraten. Die Debatte, die auf beiden Seiten durchaus sachlich und ohne Leidenschaft geführt wurde, währte bis nach Mitternacht.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verfehrerarbeiter hielt am Sonntag, den 28. d. M., seine Jahres-Generalversammlung im Englischen Garten ab, welche von mehr als 500 Mitgliedern besucht war. Aus dem Bericht des Bevollmächtigten Dertel war zu entnehmen, daß im Jahre 1899 61 Versammlungen, 205 Betriebsbesprechungen und 49 Sitzungen der Ortsverwaltung stattfanden. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Jahres von 1900 auf 3782 gestiegen. Von 4 größeren Lohnbewegungen wurden 3 mit Erfolg durchgeführt. Die Mitglieder setzen sich zusammen aus: 614 Kolonialern und Expeditionsarbeitern, 142 Mehl- und Getreidehändlern, 758 Kohlenarbeitern, 68 Möbeltransportarbeitern, 604 Dienstmännern und Bedienten, 448 Straßenbahn-Angestellten, 88 Diensthändlern, Kellnerarbeitern etc. Rechtschutzwurde in 15 Fällen erwirkt, in 14 Fällen wegen Uebertretung des § 316 Gefährdung eines Eisenbahntransports. Hierbei wurden elf

Freisprechungen erzielt. An Unterstützungen wurden im ganzen für Berlin 3448 M. ausgegeben.

Es wurde sodann mitgeteilt, daß die Mitglieder Sommerfeld und Adler verstorben seien, das Andenken derselben wurde von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt.

Aus dem Jahresbericht für das 4. Quartal 1899 ist folgendes zu entnehmen: Die Einnahmen betragen 6940,55 M., die Ausgaben 5782,44 M.; darunter befinden sich 3459,70 M., die an die Hauptkasse abgeliefert sind. Der Bestand in der Ortskasse beträgt gegenwärtig 1178,41 M. Die Jahresabrechnung ergab an Einnahmen 18822,82 M., an Ausgaben 17644,41 M. Hervorzuheben ist, daß davon 8879,10 M. an die Hauptkasse abgeliefert und 1180,80 M. für Krankenunterstützung ausgegeben wurden. Nach einer lebhaften Diskussion über den Bericht unterbreitete Werner eine Uebersicht über den Stellennachweis. Danach wurden im 4. Quartal 279 Stellen gemeldet. Der Branche nach wurden verlangt 110 Hausdiener und Bader, 80 Köche, 54 Arbeiter, 35 Lauf- und Arbeitsburden, 115 Stellen wurden für fest besetzt, 85 zur Anhilfe. Nicht besetzt werden konnten 86 Stellen, weil passende Kräfte fehlten. Bei 35 Stellen war der Lohn zu niedrig. Bei den besetzten Stellen betrug der Höchstlohn 27 M., der niedrigste 15 M., der Durchschnittslohn pro Woche 21,40 M. Die längste Arbeitszeit betrug 17, die kürzeste 10 Stunden. Im Durchschnitt 19 1/2 Stunden. Im Laufe des Jahres 1899 wurden an Stellen 1087 gemeldet, davon besetzt für fest 386 und zur Anhilfe 197. Der Durchschnittslohn im Jahre betrug bei den besetzten Stellen im ersten Quartal 19,10 M., im zweiten 18,90, im dritten 19,00 und im vierten Quartal 21,40 M. Das Steigen des Durchschnittslohns ist lediglich auf die mit Erfolg durchgeführten Lohnbewegungen zurückzuführen. In Anbetracht des Wachstums des Verbandes mußte ein zweiter Beamter im Bureau provisorisch eingestellt werden. Die Versammlung wählte Joh. Hoffmann. Für die Ortsverwaltung wurden vorgeschlagen als Bevollmächtigter bis 1. April Rob. Dertel, als zweiter Bevollmächtigter Adolf Bied, als Kassierer Werner, als Schriftführer Langkau. Nach einer Mitteilung, daß Exemplare der neuesten Polizei-Strassenordnung in Taschenformat zum Preise von 10 Pf. im Bureau des Verbandes, Bischoffstr. 13, I zu haben seien, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bankow. Am 30. Januar fand bei Seltelern, Schönhausen, eine öffentl. Versammlung des Arbeitervereins statt. Genosse Kozke sprach über: „Was will die Sozialdemokratie?“. Redner ging von dem Ausspruch des Grafen Oriola aus, die Sozialdemokratie ist keine politische Partei, sie ist die einzige, welche kein Programm hat. Redner bemerkt, daß allein schon in dem Wort „Sozialdemokrat“ ein ganzes Programm enthalten sei und giebt dann einen geschichtlichen Überblick. Nachdem der Vortragende in packender Schilderung die Entrechtung der Arbeiterklasse dargelegt hatte, kommt derselbe zu dem Schluß, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch ihre eigene Kraft geschehen kann.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 4. Februar, vorm. 8 1/2 Uhr im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstraße 27c, Versammlung: Freireligiöse Bewegung. - Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls Vortrag des Herrn Wilhelm Bölsche „Die Weltreligion“. Gäste und Herren sehr willkommen.

Evangelische Gemeinde, Mohrenstraße 47, im oberen Saal des Brandenburger Hauses. Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolph Benzig, zweiter Vortrag seines Vortragszyklus: „Jahreskreis und Katechismus“. Der Mißbrauch der Heiligen. Gäste, Damen und Herren haben freien Zutritt.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Straßburg-Nord. Sonntag, den 4. Februar, vorm. 10 Uhr bei Ramlow, Schönhauser Allee 135, Sitzung. Gäste willkommen.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Rixdorf-Brick. Vereinsversammlung am Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 1 Uhr, im Wollsch-Loose, Hermannstraße 48-50 (Kaiser Saal). Tagesordnung: Demonstrationsvortrag des Jahrganges Herr Dr. Sommer. - Geschäftliches. - Remunerationen. - Berichtendes. - Aufnahme neuer Mitglieder.

Centralverein der im Adresswesen und verwandten Branchen Beschäftigten. Berlin. Sonnabend, den 3. Februar, abends 8 Uhr bei Sternchen, Bahstr. 57, Versammlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin). Sonntag, 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Feen-Palast, Burg- und Wolfsgangstrassen-Ecke: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Bericht des Vorstandes, der Bezirksleiter, der Werkstatt-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. 3. Ertrag der Ortsverwaltung. 4. Komitierung der Delegierten zum Verbandstag. 5. Bericht des Gewerkschafts. 6. Wahl des Gewerkschafts. Nur Eintritt mit Mitgliedsbuch. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Die Ortsverwaltung. Dredisler. Die Gesamt-Kommission der Drechsler Berlin wird ersucht vor der Generalversammlung um 9 1/2 Uhr vormittags bei Mars, Lüberstr. 35, zu einer Besprechung zu erscheinen.

Seefische Volksnahrung. Riesige Fänge unserer Dampfer ermöglichen uns Cabliau p. Pfd. 20 Pf., im Ansch. 22-25 Pf., Schellfische p. Pfd. 25-35 Pf. während dieser und kommender Woche in unseren hiesigen Verkaufsstellen abzugeben. Andere Fischarten - auch Steinbutt, Seesungen, Tarbutt, Scholle etc. - ebenfalls billig. Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“. Haupt-Filliale: Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10. No. III. Berlin NW., Löwenburgerstrasse, Ecke Panlstr., Stadtbahnweg 388/9 (Centrallagerei). No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulzendorferstrasse. No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10/II, am Wilhelmplatz. No. IV. Im Schlesischen Bahnhof, Hadaistr. 22. No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Horitzplatz u. Ritterstrasse.

Verband der Fabrik-, Land- u. Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Die Beerdigung des Kollegen Emil Möhl findet am Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr von der Halle des Gemeindefriedhofes in Wilmersdorf (gegenüber der Straßengasse) statt. Die Kollegen besonders der A. G. W. werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen. Die Ortsverwaltung. Am 28. Januar 1900 starb unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Moritz Wainig im 21. Lebensjahre. Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 4. Februar, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Begräbnisplatzes d. Kaiser Wilhelm-Bischmidschlag in Wilmersdorf, Kaiser-Bischmidschlag-Brunnentweg 21795. Das Personal d. Buchdruckerei Otto v. Holten. Dankagung. Allen Verwandten und Kollegen für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Vaters, des Steinbildhauer Julius Müller meinen herzlichsten Dank. Ww. Luise Müller nebst Kind.

Verband der Möbelpolierer. Montag, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung in Rixdorf, im Restaurant Wabenschneider, Herrmannstraße 197. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Jahn: „An der Schwelle des Jahresendes“. 2. Diskussion. 3. Bericht über die Lage des Streiks bei der Firma Laborn. 4. Berichtendes. Am Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, findet für die Kollegen der Zahlstelle Friedrichsberg eine Morgen-sprechung statt und zwar im Lokal des Herrn Heinke, Ede Friedrichsbergstr. Am Mittwoch, den 7. Februar, abends 8 Uhr: Vertrauensmänner-Sitzung Friedrichsbergstr. 11. Diejenigen Kollegen, welche ihre Kontrollkarten noch nicht umgetauscht haben, werden ersucht, dieses schleunigst zu thun. Der Vorstand. H. U.: K. Höfer, Konigsbergerstr. 19.

Tapezierer. Dienstag, den 6. Februar 1900, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung beider Filialen. Filiale Nord: Brunnenstraße 188. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über „Die Stellung des Menschen in der Natur“. 2. Diskussion. 3. Berichtendes. Filiale Süd: Marienburgerstr. 83 bei Lorenz. Tages-Ordnung: 1. Vortrag Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Berichtendes.

Centralverband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin. Das Mitglied Albert Pohlenz starb am 31. Januar nach längerer Krankheit. Die Beerdigung findet Sonntag, den 4. Febr., nachm. 3 Uhr von der Halle des Friedhofes der Marien-Gen. Hofenschieden bei Wilmersberg statt. Um rege Beteiligung der Mitgl. ersucht Der Vorstand.

Berein der Maschinisten, Heizer und Berufsangehörigen Berlins und Umgegend. Sonntag, den 4. Februar cr., nachmittags pünktlich 5 Uhr, in Cobus-Festsaal, Weichstraße 20: Fortsetzung der Generalversammlung. Tages-Ordnung: Verhandlung der eingegangenen Anträge. Wahl von zwei Delegierten zum Verbandstag in Nürnberg. Wahl des Bergrühungs-Komitees und dreier Mitglieder als Beisitzer-Kommission für den Arbeits-nachweis. Der Vorstand.

Achtung! Kleber Achtung! (Tapezierer). Sonntag, 4. Febr., mittags 12 Uhr, bei Pastor, Inlestr. 10: Öffentl. Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Der bevorstehende Streit der Kleberwerke. 2. Diskussion. Die Hausarbeiter (Kleberwerke) sind hiermit eingeladen. - Es ist Pflicht Kleber zu ersetzen. 2182/6. Na. Die Zahlstellen der Kleber befinden sich in folgenden Stadtteilen. Sonntagvormittag 10-12 Uhr: N. Lychnersstr. 133, Silbermagel; NO. Franz-sfurter Allee 70, George; SO. Wienerstr. 31, Stephan; O. Schützenstr. 18 u. 19, Winter. Der Einberufer Strasser.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Unsere für Dienstag, den 6. Februar, fehlgeschickte Mitglieder-Versammlung fällt aus. - Die nächste Versammlung findet am 20. Februar statt. Unsere Bibliothek ist von jetzt ab Mittwoch von 6-8 Uhr abends und Sonnabends von 6-9 Uhr abends geöffnet. Sonntag, 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, in der neuen „Urania“, Taubenstraße 48/49: Vortrag: „Von den Alpen bis zum Vesuv“. Illustriert a 60 Pf. (inkl. Garderobe) sind von heute ab in den Zahlstellen sowie im Bureau, Kassenstr. 50, zu haben. Die Ortsverwaltung. Achtung! Vereine. Achtung! Nonnenbergs Parkfischchen, Treptow, 3628/9 empfiehlt sein Etablissement für alle vorkommenden Vereins-Festlichkeiten unter den coulanteften Bedingungen. A. Nonnenberg.

Möbel und Polsterwaren. Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 1345/90. Franz Tutauer, Brunnenstraße 152.

Achtung! Töpfer! Achtung! Vom Montag, den 5. Februar, ab befindet sich das Bureau der Filiale Berlin des Centralverbandes der Töpfer Neue Friedrichs-strasse 20. Arbeitsnachweis nachmittags von 5-6 Uhr, Sonnabend 4-5. Bibliothek täglich außer Sonnabend von 6-7 Uhr. Der Filialvorstand.

Achtung! Vereine. Achtung! Nonnenbergs Parkfischchen, Treptow, 3628/9 empfiehlt sein Etablissement für alle vorkommenden Vereins-Festlichkeiten unter den coulanteften Bedingungen. A. Nonnenberg.

